

# Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM, ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 17/15. Jahrgang

25. August 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

## Schwarz-braune Allianz

DVU und NPD unterstützen Kohl, Kinkel und Waigel

Die NPD und die DVU werden nicht zu den Bundestagswahlen kandidieren. Ihre Kandidatur angemeldet haben die REP's. Außerdem haben am 22.8.94 Schönhuber und Dr. Frey für die Republikaner und die DVU eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der sie dazu aufrufen, „... Auseinandersetzungen einzustellen und zu einem Verhältnis zu gelangen, das insbesondere bei Wahlen eine Selbstblockade verhindert.“ Sie seien alarmiert durch die „Gefahr“, daß die CDU das Abstammungsprinzip womöglich fallen lassen könnte und somit „Deutschland als Land der Deutschen“ in Frage gestellt sei. Der „linken Volksfront“ müßte eine „rechte Abwehrkraft“ entgegengesetzt werden, „... zu der die CDU/CSU mit Exponenten wie Süßmuth, Geißler, Blüm, Pflüger und Glück weder willens noch in der Lage“ sei. Die CSU wird in dieser Erklärung an die engen Verbindungen zwischen den ehemaligen bayerischen Ministern Seidl und Maunz und DVU-Chef Dr. Frey erinnert.

Unter dem Titel „Zukunftsperspektiven für Deutschland, Herausforderung für Kohl und Kinkel“ ruft die *National-Zeitung*, das Hetzblatt des Dr. Frey, und damit richtungsweisend für die DVU, in der Ausgabe vom 29.7.94 ihre Anhängerschaft zur Wahl von Kohl und Kinkel auf. „Helmut Kohl hat in den letzten Jahren außenpolitische Erfolge erzielt, an die auch nur zu denken zu Zeiten der 'alten' Bundesrepublik niemand gewagt hätte. Vorläufiger Höhepunkt ist die Aufwertung Deutschlands zu einer europäischen Groß- und Führungsmacht durch den amerikanischen Präsidenten Clinton. Nicht ganz unbeteiligt an diesem Erfolg dürfte

auch Bundesaußenminister Klaus Kinkel gewesen sein. Man denke nur an die ‚Heimholung‘ Österreichs nach ‚Europa‘.“ Der Artikel endet: „Sollten für Deutschland Zukunftsperspektiven geschaffen werden, ... so bedarf es ... eines energischen Kampfes aller noch volksbewußten und patriotischen Bürger, vor allem aber mutiger und verantwortungsbewußter Politiker, gegen die im Lande agierenden und das Volk terrorisierenden (wobei auch geistiger Terror gemeint ist) antideutschen Kräfte, ohne Rücksicht auf Rang und Namen oder Parteibuch. (...)“ Würde Helmut Kohl dies gelingen — so die *National-*

*Zeitung*, dann wäre ihm „ein Ruhmesblatt im Buch der deutschen Geschichte“ gewiß.

*National-Zeitung* und DVU repräsentieren den militaristischen Block der „alten Nazis“ im faschistischen Lager. Mit Ihrem Aufruf dokumentiert die *National-Zeitung* deutlich, welche Kräfte und Interessen die Kohl/Kinkelsche „Groß- und Führungsmacht“-politik — die anderen EU-Ländern das „Kreuz“ brechen will, wenn sie nicht parieren, die den kurdischen Befreiungskampf auslöschen will, weil er sich ihren Interessen entgegenstellt — braucht, wenn Kohl und Kinkels Politik anzieht und

auf wen sie sich stützt. Daß die FDP noch ein paar Stimmen braucht, wenn das Lager der „demokratischen Rechten“ (*National-Zeitung*) über die Runden kommen soll, dürfte die DVU auch erkannt haben.

Im *Focus-Magazin* vom 22.8., dem *Spiegel-Verschnitt* zur *Bildzeitung*, posiert Helmut Kohl derweilen im Freizeitdress unter der Titelüberschrift: „Macht mit List und Lust, der Bürger-King, Das Geheimnis des Helmut Kohl“. Die mitgelieferten Wahlanalysen sollen belegen: alles in Ordnung, das Regierungslager stabilisiert sich. „Mit Kohl bleibt alles, wie es ist.“ Das ist eine Wahlbotschaft der CDU, die derzeit medienwirksam aufbereitet werden soll. Tatsächlich bleibt überhaupt nichts, wie es ist.

Mit dem Anschluß der DDR und der Abschüttelung der alliierten Vorbehaltsrechte wurde tatsächlich die „Bonner Republik“ beendet. In der herrschenden Klasse sind alle historischen Differenzpunkte um die weitere Außenpolitik „Deutschlands“ erneut auf der Tagesordnung. Die „Geopolitik“, die die Führungsrolle „Deutschlands“ aus der sog. „Mittellage“ der BRD begründet, wird wiederbelebt. Wolfgang Schäuble, der mehr oder weniger designierte Nachfolger Kohls, auf dem letzten Parteitag als nationaler Einpeitscher der CDU hervorgetreten, verkündet dazu: „Diese Lage in der Mitte Europas prägt unser historisches Schicksal. Wir waren immer Teil aller Auseinandersetzungen. ...“ (zit aus: Schäuble, „Und der Zukunft zugewandt“, S.189ff.)

Gerade aus einer solchen „Mittellage“ Fortsetzung Seite 2 unten rechts



Schüler-Plakataktion in Essen, 9. Mai 1994.

(Bild: M. Scholz)

## Kehrtwende bei Milošević

Wirtschaftsblockade und US-Waffen zwingen Belgrader Regierung in die Knie

Durch den Blockadebeschluß der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien gegen die bosnischen Serben hat der Bosnienkrieg eine entscheidende Wendung erhalten. Nachdem das Parlament der bosnischen Serben in Pale den „Friedensplan“ der westlichen Staaten wie vorherzusehen abgelehnt hatte, zog der serbische Präsident Milošević wie eine Furie über die bosnischen Serben her, was nicht vorherzusehen war. In einer regierungs-offiziellen Erklärung von Milošević heißt es: „Diese heimtückische Entscheidung mit ihrer absurden Argumentation ist gegen die Interessen aller Serben und der Bürger Jugoslawiens gerichtet. Hinter ihr verbergen sich die persönlichen und materiellen Interessen von Kriegsgewinnlern und Leuten, die Angst haben, das ihre Verbrechen aufgedeckt werden können.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 5.8.94)

Der Grund für diese radikale Kehrt-

wende der jugoslawischen Regierung liegt zum einen in den katastrophalen Auswirkungen der internationalen Wirtschaftsblockade gegen Jugoslawien. Es wurde der Milošević-Regierung deutlich genug klargemacht, daß nur eine Trennung von den Interessen der bosnischen Serben zu einer schrittweisen Rücknahme der Wirtschaftsblockade führen wird. Eine einfache Gewinn- und Verlustrechnung der jugoslawischen Regierung, was die Unterstützung der Karadžić-Leute kostet und was eine Aufhebung der internationalen Wirtschaftsblockade bringt, machte die jetzige Entscheidung sehr leicht.

Viel wesentlicher ist aber zum anderen die Erkenntnis, daß sich das militärische Pendel eindeutig zugunsten der Izetbegović und Tudjman-Truppen neigt. Seit der Bildung einer bosnisch-kroatischen Konföderation wird die Soldateska von Izetbegović mit modernsten Waffen ausgerüstet, die über

die offene Grenze von Kroatien nach Bosnien gehen. Zudem hat jetzt der US-Senat beschlossen, das die US-Regierung einseitig das Waffenembargo für die Izetbegović-Leute aufheben soll. Wenn bis zum 15. Oktober das Parlament der bosnischen Serben dem „Friedensplan“ nicht zustimmt, soll der UN-Sicherheitsrat das Waffenembargo aufheben. Die US-Senatoren fordern aber darüber hinaus, daß die USA selbst wenn der Sicherheitsrat dieser Maßnahme nicht zustimmt, trotzdem Waffen nach Bosnien schicken.

Schon jetzt sind die Auswirkungen dieses Beschlusses in Bosnien zu sehen. Auf breiter Front rücken die Truppen Izetbegović's vor. Die jugoslawische Regierung weiß auch, daß diese entfesselten Truppen nicht an der Grenze der Bundesrepublik Jugoslawien haltmachen werden. Sie hofft, durch den Trennungsbeschluß von den bosnischen Serben internationale Garantien für eine

Sicherung der Grenzen zu erhalten.

Es ist in einer solchen Situation schon bezeichnend, wenn der Capo der katholischen Kirche jetzt unbedingt eine Rundreise auf dem Balkan machen will. Eine ähnliche Aktion machte er schon vor zwei Jahren, als er von der ungarischen Grenze aus zu einem Kreuzzug gegen die Serben aufrief hatte. Diesmal wird es etwas ähnliches geben. — (hav)

**GNN-Verlag warnt vor dem Generalbundesanwalt**

Die Verbreitung der Broschüre

„Ausgewählte Dokumente zur Zeitgeschichte, BRD/RAF“ ISBN 3-926922-00-1

ist zur Zeit verboten. Rechtliche Schritte des Verlages sind eingeleitet. Näheres auf der Seite 15.

**AKTUELL IN BONN****Verfassungstreit: Vermittlung**

Am 26. August will sich der Bundesrat auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause u.a. mit den noch immer nicht verabschiedeten Verfassungsänderungen befassen. Wenn die Gesetze nicht bis Ende September verabschiedet sind, verfallen sie und sämtliche Verhandlungen müssen im nächsten Bundestag von vorne beginnen. Ein solches Scheitern des Gesamtpaketes fällt auch den SPD-Ländern schwer, u.a. weil damit auch die erstmalige Erwähnung von Rechten der Behinderten in der Verfassung hinfällig wäre. Auf der anderen Seite haben die Länder berechnete Vorbehalte gegen den zunehmenden Abbau föderaler Elemente und wollen zu Recht eine Stärkung ihrer Position. Erwartet wird deshalb, daß der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anruft.

**BGS-Ausbau wird beschleunigt**

Am 16. August hat Bundesinnenminister Kanther den Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes für 1993 vorgestellt. Bei der Gelegenheit kündigte er an, daß der Ausbau des BGS trotz der zunehmenden Bedenken der Länder (u.a. gegen das neue BGS-Gesetz, das die Länder blockieren, weil sie sich gegen die darin enthaltene weitere Entwicklung des BGS zur Bundespolizei wehren) rasch weitergehen werde. Allein im nächsten Jahr soll der BGS 230 Millionen mehr an Mitteln erhalten als 1994 — eine Steigerung von fast 10 Prozent. Vor allem im Osten soll der BGS verstärkt werden: An den Ostgrenzen soll die Zahl der BGS-Beamten von jetzt 4400 Personen bis 1996 auf 5900 Personen verstärkt werden.

**Sozialhilfe soll weiter sinken**

Nachdem Finanzminister Waigel bereits bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für 1995 eine zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre gefordert hatte, setzt Kohl jetzt nach. Gegen die Befristung der Arbeitslosenhilfe hatten u.a. auch die Kommunen protestiert, denn wer keine Arbeitslosenhilfe mehr bekommt, bezieht Sozialhilfe, und die zahlt nicht der Bund, sondern die Gemeinden. Nun bietet Kohl auf seine Art „Entlastung“ an: Er fordert, auch die Sozialhilfe zu senken. Bei Personen im arbeitsfähigen Alter, denen arbeiten „möglich und zumutbar“ sein müsse die Sozialhilfe weiter gesenkt werden, forderte er in einem Interview. Dieses Ziel solle auch direkt im Wahlprogramm der CDU festgehalten werden, über das der CDU-Vorstand in dieser Woche beraten und evtl. entscheiden will.

**Zinskosten größter Haushaltsteil**

Die Ausgaben des Bundes für die Zinsen auf die Staatsschuld sind schon

jetzt der zweitgrößte Titel im Bundeshaushalt und werden in den nächsten Jahren zum größten Haushaltsteil werden. Darauf hat der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU, Roth, hingewiesen. Konkret: 1995 werden Zinszahlungen allein des Bundes auf 98 Mrd. DM ansteigen, für den Zeitraum 1995 bis 1998 werden Gesamt-Zins-Zahlungen von 405 Mrd. DM erwartet, mehr als doppelt so viel wie in der vorhergehenden Legislaturperiode (1990 bis 1994). Sozial bedeutet diese Entwicklung, daß ein beträchtlicher Personenkreis, insbesondere in den höheren Einkommenszonen, inzwischen vermutlich mehr an Zinsen auf Staatsschuldspapiere in seinem Privatbesitz einnimmt, als er umgekehrt an Steuern an den Bundeshaushalt überhaupt zahlt. Die reaktionäre Parole vom „Mißbrauch unserer Steuern“ wird so auf ganz neue Weise bestätigt — bei den Besserverdienenden und ganz Reichen findet dieses statt! Effektiv zahlen diese Personen gar keine Steuern, sondern kassieren — aus der Steuer-

zahlung der ärmeren Bevölkerungsteile, von denen ein beträchtlicher Teil, nämlich die ausländischen Personen, bekanntlich noch nicht einmal Wahlrecht hat. Eine bizarre Oligarchie!

**Tarifbruch**

Zum 1. August ist das sogenannte „Beschäftigungsförderungsgesetz“ in Kraft getreten. Seitdem können u.a. auch private Arbeitsvermittler ihre Geschäfte aufnehmen und tun das auch schon.

Der DGB hat bei dieser Gelegenheit seine Kritik an dem neuen Gesetz bekräftigt. „Das heute in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz bringt sozialen Rückschritt“, kritisierte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer. „Unerträglich sei vor allem, daß private Arbeitsvermittler nicht an die tarif- und sozialrechtlichen Mindestnormen angebunden seien. Deshalb müsse diese Regelung nach der Bundestagswahl umgehend revidiert werden“, heißt es in der DGB-Pressemitteilung.

**Was kommt demnächst?**

Am 26. August berät der Bundesrat u.a. über das sog. „Verbrechensbekämpfungsgesetz“, den Gesetzentwurf der Regierungsparteien zur Neufassung des § 218 StGB, das sog. „Alteigentümergebot“ zugunsten von Land-Ansprüchen der Junker im Osten und das Gesetzespaket zur Verfassungsänderung. Am 5. September beginnt dann der Bundestag seine Sitzungen wieder, insbesondere mit der ersten Beratung über die Gesetzentwürfe für den Bundeshaushalt 1995. Am 11. September sind die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen. Für die Woche vom 19. bis 23. September ist bislang die letzte Bundestagsitzung vor den Wahlen am 16. Oktober vorgesehen. Vorher, nämlich am 25. September, sind die Landtagswahlen in Bayern.



# „Dann woll'n wir mal!“

**A**m 18. und 19. August trafen sich in Bad Münstereifel SpitzenkandidatInnen der PDS für den 13. Deutschen Bundestag. Das Treffen fand auf Einladung des Vorsitzenden der jetzigen Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, statt. Teilgenommen haben außerdem der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky und weitere Mitglieder des Parteivorstandes sowie die Fraktionsvorsitzenden der PDS-Landtagsfraktionen. Die anwesenden 32 SpitzenkandidatInnen der PDS verständigten sich auf die nachfolgende erste gemeinsame Erklärung.

Die PDS ist im 12. Deutschen Bundestag als Gruppe mit 15 Abgeordneten vertreten. In den 13. Deutschen Bundestag wollen wir mit mindestens 35 Abgeordneten zurückkehren:

— als Fraktion — nicht mehr wie bisher in den parlamentarischen Rechten beschränkt,

— als Opposition — noch mehr als bisher mit Ideen, Energien und konkreten Alternativen handelnd, die außerparlamentarische Opposition unterstützend und die etablierten Parteien wirksam unter Druck setzend,

— als bunte Mischung aus Mitgliedern und Nichtmitgliedern der PDS

— dennoch nicht in unseren Überzeugungen beliebig, sondern konsequent gegen den konservativen Zeitgeist.

Daß die PDS dem Bundestag erhalten bleibt, weil die ausgrenzende Sperrklausel bei mindestens drei Direktmandaten nicht angewendet werden darf, daran zweifelt heute kaum noch jemand. Daß sie unabhängig davon in der Lage ist, als gesamtdeutsche linke Partei mindestens 5 % der Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen, dafür werden wir in den verbleibenden acht Wochen weiter gemeinsam kämpfen. Immer mehr Meinungsforschungsinstitute trauen uns dies inzwischen auch zu. Wer am 16. Oktober die PDS in den Bundes-

tag wählt, wird also nicht seine Stimme verlieren, sondern allenfalls die Angst, diese so laut einzusetzen, daß sie zu hören ist.

Wenn die anderen vier Bundestagsparteien die PDS als ihren gemeinsamen Konkurrenten behandeln, damit aber auch zugeben, daß die PDS eine ernsthafte Alternative zu ihnen ist, so wollen wir dieser Klarstellung nicht widersprechen. Das Recht, zwischen ihnen zu unterscheiden, werden wir dennoch hüten: Die jetzigen Regierungsparteien dürfen ebenso sicher sein, daß sich für eine erneute Regierungsbildung durch sie keine Hand aus der PDS-Fraktion heben wird, wie die beiden anderen keine Sorgen haben müssen, daß ein Versuch, mit einer rot-grünen Regierung einen neuen Weg einzuschlagen, an uns scheitern könnte. Man muß uns weder bitten noch kann man uns hindern, uns in jedem Fall für das zu entscheiden, was mehr Raum für soziale Gerechtigkeit, für unmittelbare Demokratie, für Chancengleichheit in Bildung und Kultur und für gesellschaftliche Emanzipation schafft. In unserem Verständnis von Opposition nistet keine ungestüme Lust am Neinsagen, sondern der Wille, die Dinge durch Vorschläge und Kritik zu einem Besseren zu bringen.

Unser Nein wird allerdings uneingeschränkt bleiben, wo immer es um Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus, um militärischen Machtaufbau und Ausbeutung oder Benachteiligung der Menschen in der „Dritten Welt“, um Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Deregulierung, um Frauendiskriminierung, Ausgrenzung von Minderheiten und darum geht, demokratische Rechte als Steinbruch und die Interessen der Menschen in Ostdeutschland als vernachlässigenswert zu behandeln.

Unser Ja wird umgekehrt immer dort zu hören sein, wo Vorschläge zur Über-

Fortsetzung von Seite 1:

**Schwarz-braune Allianz ...**

„die in der Tradition des deutschen Imperialismus immer als naturalistische, „schicksalhafte“ Begründung für Einmischung, Expansion, Vorherrschaft, europäische „Führungs-“ und „Ordnungspolitik“ gedient hat, begründet sich bei Licht betrachtet eigentlich das genaue Gegenteil: die Notwendigkeit der Nichteinmischung und des Antimilitarismus. Eher „Durchgangsland“ für alle Umliegenden oder permanenter Unruheherd für Europa und weltweit. Das sind die beiden Optionen, die sich für die weitere Entwicklung stellen. National-Zeitung und DVU wählen die zweite. Für sie ist deshalb die Bundestagswahl und der Sieg der CDU/CSU/FDP-Koalition „schicksalhaft“. Deshalb rufen sie zur Wahl von Kohl und Kinkel auf, deshalb stellen sie den Streit in den eigenen Reihen zurück.

Dieser Wahlauftritt für Kohl und Kinkel findet aber sein Voraussetzungen auch in der politischen Zusammensetzung der CDU/CSU und in der politischen Entwicklung der CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik. Sie liegen in der Verbindung von immer weiterreichenden außenpolitischen Zielen und dem totalitären „Führungs-“ Anspruch, der Forderung nach totaler Unterordnung unter die Ziele der „Führungs- und Ordnungsmacht“ „Deutschland“ im Inneren. Dazu Schäuble: „Politik im Sinne unserer internationalen Verantwortung ist an erster Stelle eine Herausforderung zur politischen Orientie-

rung und zur geistigen Führung im Inneren. Wer sich dem verweigert, versündigt sich an unserer Zukunftsfähigkeit.“ (S. 193, a. a. O.) Die Ausbreitung des ideologischen und organisatorischen Unterbaus dieser Sorte totaler Inanspruchnahme für die Führungsrolle „Deutschlands“ ist in den Regierungsparteien weit gediehen. National-konservative Zirkel und Arbeitskreise in der CDU/CSU finden immer größeren Zulauf, Lummer propagiert ungestört die Zusammenarbeit mit den Republikanern, CDU-Mitglied Bötziges ruft zur „Konservativen Revolution“ in der CDU auf. Was die antifaschistische Kritik schon sein Jahren beobachtet, belegt jetzt u. a. auch das CDU-Mitglied Pflüger in seinem Buch: „Deutschland driftet, die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder“.

Carl Schmitt, als Theoretiker und Praktiker des „starken“ und „totalen“ Staates Wegbereiter des Faschismus, wird zum Allgemeingut der Regierungsparteien. Sowohl Schäuble wie der neue Bundespräsident Herzog breiten sich fast wortgleich über die fortschreitenden „zentrifugalen Kräfte der Gesellschaft“ aus, denen man „integrative, zentripetale“ Kräfte des Staates entgegenstellen mußte.

Kritik und Widerstand gegen die Faschisten trifft also — auch bei den anstehenden Wahlkämpfen — auch die nationalkonservative Entwicklung des Regierungslagers. Und Kritik und Widerstand gegen die totalitäre Entwicklung des Regierungslagers richtet sich auch gegen die Faschisten. — (chc)

## PDS-BundestagskandidatInnen trafen sich

Windung der Massenarbeitslosigkeit, für soziale Gerechtigkeit und zum Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte, zum ökologischen Umbau der Produktion und des Verkehrs und zur Selbstständigkeit regionaler Strukturentwicklung, für das Selbstbestimmungsrecht der Frau, für antirassistische Aufklärung und Gesetzgebung, für radikale Abrüstung und Entmilitarisierung, für eine wirkliche Überwindung der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Spaltung der Bundesrepublik gemacht werden.

Wie die Lage ist, werden wir mit solchen Vorschlägen weiterhin vor allem selbst aufwarten müssen: Zum Beispiel mit einer Neueinreichung des Antirassismus-Gesetzes der jetzigen Bundestagsgruppe der PDS/LL, das von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Zum Beispiel mit einer Neueinreichung der Gesetzesinitiativen für eine Herabsetzung des Wahlalters und eine Wahlbeteiligung von hier lebenden AusländerInnen, die ebenfalls geschlossen abgelehnt wurden. Zum Beispiel mit einer Neuauflage der Initiativen der jetzigen Abgeordnetengruppe für eine soziale Grundsicherung, für eine Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes einschließlich eines Verbots von Aussparungen, für einen Erhalt der Bodenreform, für eine Korrektur der Rentenüberleitung und des Altschuldenhilfegesetzes, für bezahlbare Wohnungen, für eine ersatzlose Streichung des § 218, für eine Wiederherstellung des Asylrechts, eine Abschaffung des völkischen Staatsbürgerschaftsbegriffes und eine Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft, für ein vollständiges Verbot von Rüstungsexporten und von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, egal in welcher Farbe der Helm lackiert ist.

Unsere künftige Fraktion kann sich auf die Arbeit der jetzigen Abgeordnetengruppe stützen. Die Initiativen der vergangenen vier Jahre sind zu schade, als daß sie nach dem 16. Oktober als bloßes Archivmaterial verstauben dürfen. Wir werden sie übernehmen, ausbauen und um weitere ergänzen — und leisten uns die leise Hoffnung, daß die engstirnige Abwehrhaltung in den Reihen der Sozialdemokratie und der Grünen gegen alles, was die Abgeordneten der PDS erarbeiten, im nächsten Bundestag einer nüchternen Prüfung weicht. Den Irrtum, hier würde ein Auslaufmodell seine letzten Bremsspurten hinterlassen, mögen sie bis dahin noch getrost pflegen, mit dem Wiedereinzug der PDS in den Bundestag werden sie ihn aufgeben müssen.

Die nächste PDS-Fraktion wird — da die PDS mit Offenen Listen antritt, auf denen viele Nichtmitglieder der PDS kandidieren — noch bunter sein als die jetzige Abgeordnetengruppe, zu der drei parteilose Abgeordnete gehören. Unsere erste gemeinsame Beratung hat gezeigt, daß dies eine gute Grundlage für einen offenen Dialog und einen kritischen Meinungsstreit ist, der die Zusammenarbeit nicht beschädigt, sondern belebt. Uns bestärkt dies darin, auch im Bundestag für eine größere Offenheit und Öffentlichkeit einzutreten, für ein gläsernes Parlament, in dem das bessere Argument mehr zählt als die Fraktionsdisziplin. Die PDS hat mehr Demokratie gelernt, als manchen in anderen Parteien lieb ist, die stur so weitermachen wollen, wie sie's schon immer gemacht haben. Da die PDS eine sozialistische Partei ist, ist sie bereit, zu teilen.

(PDS-Presseerklärung vom 20.8.1994, nach: Comlink)

# Deutsche Welle Regierungsfunk?

## IG Medien kündigt Verfassungsklage gegen Auslandsrundfunkgesetz an Von Ulrike Küstler

Nach im August wird der Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag das „Gesetz über den Deutschen Auslandsrundfunk“ beraten. Der Bundestag hat am 16. Juni mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP dieses Gesetz in zweiter und dritter Lesung beschlossen; alle anderen Parteien stimmten dagegen. Für die Regierungskoalition und die Bundesregierung ist das Gesetz „der letzte noch fehlende Baustein einer umfassenden Neuordnung des Rundfunks auf Bundesebene“. Die Opposition kritisiert seine mangelnde Staatsferne; teils hält sie es für verfassungswidrig. Im Vermittlungsausschuß geht es also darum, ob oder mit welchen Änderungen das Gesetz den SPD-dominierten Bundesrat passieren und in Kraft treten kann. Die IG Medien hat angekündigt, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, wenn das Gesetz in der jetzigen Form in Kraft treten sollte.

Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU) gab sich bei der Gesetzesberatung feierlich: „Der Deutsche Bundestag hat nicht oft Gelegenheit, über ein Rundfunkgesetz zu debattieren und damit eine Aufgabe zu erfüllen, die dem Kernbereich der Medienpolitik zuzuordnen ist.“ Denn die Rundfunkhoheit liegt eigentlich bei den Ländern, wodurch — auch nach den Erfahrungen des Dritten Reiches — eben verhindert werden soll, daß die Bundesregierung sich einen Staatsender hält. Mit dem Gesetz über den deutschen Auslandsrundfunk wurde 1960 und bleibt durch die Neufassung 1994 dieses Prinzip durchbrochen.

Blank: „Seit mehreren Jahrzehnten hat es in der deutschen Rundfunklandschaft unter dem Begriff ‚Rundfunkanstalten des Bundesrechts‘ zwei Namen gegeben: den Deutschlandfunk mit Sendungen für Deutschland und Europa und die Deutsche Welle als Auslandsender. Neben dem Deutschlandfunk war der RIAS Berlin, von den Amerikanern 1945 gegründet und später nach und nach in die Verantwortung des Bundes übergegangen, der freien und objektiven Berichterstattung gerade auch über die innerdeutsche Grenze hinaus verpflichtet. Beide Anstalten haben viel dazu beigetragen, dem Gedanken der freiheitlichen Einheit Deutschlands zum Durchbruch zu verhelfen.“ Aus Deutschlandfunk und RIAS wurde zu Jahresbeginn das Deutschland-Radio mit Sendeauftrag in Deutschland und (vor allem Ost-)Europa. Entgegen den Begehrlichkeiten der Koalition wurde es ins föderale öffentlich-rechtliche Rundfunksystem eingegliedert. Nicht so die Deutsche Welle.

### Propagandauftrag: Für deutsche Interessen weltweit ...

Daß die Deutsche Welle in Bundeshoheit bleibt, stellte in der Debatte niemand in Frage. Die letzten Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu Rundfunkfragen hätten dies durchaus ermöglicht. Denn sie haben das Prinzip der Staatsferne und der Unabhängigkeit des Rundfunks sowohl in der Programmgestaltung als auch in der Finanzierung noch einmal stark betont. Der Streit im Bundestag ging wesentlich um die zweckmäßige Gestaltung der Deutschen Welle. Für die CDU/CSU forderte Blank: „Wie bisher soll der Welt das Bild Deutschlands vermittelt und dabei

die deutsche Auffassung zu wichtigen Fragen dargestellt werden.“

Daß die Deutsche Welle u. a. die „deutschen Auffassungen“ vermitteln soll, steht auch als Programmauftrag in § 4 des Gesetzes. Und § 5 sagt zum Programmgrundsatz: „Die Berichterstattung soll umfassend, wahrheitsgetreu und sachlich sein sowie in dem Bewußtsein erfolgen, daß die Sendungen der Deutschen Welle die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu ausländischen Staaten berühren können.“

Blank weist die Kritik, damit werde die Deutsche Welle zum Propagandainstrument der Regierung, zurück: „Sie soll nicht etwa ausschließlich und unreflektiert die offiziellen Verlautbarungen des Parlaments oder der Bundesregierung wiedergeben.“ Es wäre „aber wirklichkeitsfremd, wenn man annähme, daß die Deutsche Welle ihre ins Ausland gerichteten Sendungen völlig losgelöst von allen Belangen der politischen Beziehungen zum Ausland gestalten kann. Es ist daher gerechtfertigt, sie in der Formulierung der Programmgrundsätze daran zu erinnern, daß ihre Sendungen die Beziehungen zu anderen Staaten berühren können... Das ist keine staatliche Bevormundung, sondern ein Appell an die Einsicht, daß in der Außenpolitik manches zwangsläufig anders zu sehen und zu artikulieren ist als in der journalistischen Berichterstattung...“

Noch deutlicher wird Hans-Joachim Otto (FDP): „Es kann doch wirklich keinem Zweifel unterliegen..., daß die Sendungen der Deutschen Welle, die in nahezu allen Teilen der Welt empfangen werden können, die außenpolitischen und die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik in erheblichem Maße berühren, und zwar positiv und negativ.“ Daraus leitet er ab: „Insofern hat die Deutsche Welle unter den Rundfunkanstalten unbestreitbar eine Sonderstellung und eine Sonderverantwortung... Wer deshalb auf die besondere Verantwortung des Journalisten hinweist, übt keineswegs Zensur aus, sondern spricht die Basis der grundgesetzlichen Pressefreiheit an.“

Der SPD ist das zu plump; Günter Verheugen fordert: „Es ist nötig, daß wir im Ausland ein Bild unseres Landes vermitteln, das der Wirklichkeit entspricht... Es muß deshalb ein Sender sein, der die Möglichkeit hat, Zustände in unserem eigenen Land auch kritisch zu betrachten und kritisch zu behandeln.“ Die SPD sieht im Grundsatz der Rundfunkfreiheit ein Werbemittel, weil „das Bild, das über die Deutsche Welle im Ausland vermittelt wird, Auswirkungen... hat auf die Bereitschaft, mit uns zusammenzuarbeiten, und vielleicht auch auf die Bereitschaft, bei uns zu arbeiten und zu investieren.“

### ... gerade auch in Krisen- und Konfliktsituationen

Verheugen: „Der zweite Grund dafür, daß wir einen Auslandssender brauchen, ist, daß Informationsfreiheit für uns ein grundlegendes Element einer demokratischen Ordnung ist... Sie ist ein Menschenrecht.“ Verheugens Beispiel für den positiven Einsatz dieser Informationsfreiheit zeigt, daß auch die SPD darunter ein Instrument der Einmischung versteht: „Gerade in der Zeit des kalten Krieges hat sich übrigens sehr deutlich gezeigt, was für eine ge-

waltige Bedeutung ein Auslandssender haben kann. Auch die deutsche Welle hat in dieser Zeit eine wichtige Rolle gespielt...“ Und Verheugen ist nicht zimperlich, der Regierung für den weiteren Einsatz des Senders zu empfehlen: „Der dritte Grund dafür, daß wir einen Auslandssender brauchen, ist der, daß wir in einer Welt leben, in der immer wieder Krisen und Konflikte ausbrechen. In solchen Krisen- und Konfliktsituationen hat das gute alte Radio immer noch eine ganz besondere und wichtige Funktion. Wir erleben es im Augenblick gerade im Zusammenhang mit dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, wie wichtig Beiträge der westlichen Auslandssender sind.“

Nur die PDS kritisierte diese Ausrichtung des Senders als politisches Instrument der deutschen Außenpolitik. Dietmar Keller stellte fest, daß „mit diesem Gesetzentwurf die Gefahr besteht, die Deutsche Welle zu einem Sprachrohr der Bundesregierung zu machen. (Damit) könnten Journalistinnen und Journalisten des Senders künftig verpflichtet werden, einseitig die Meinungen der Bundesregierung über Funk und Fernsehen im Ausland zu verbreiten“.

### Dienstrecht sichert „rechten“ Gebrauch der Pressefreiheit

Die IG Medien und die Oppositionsparteien im Bundestag haben auf weitere kritische Punkte hingewiesen:

— Im Rundfunkrat der Deutschen Welle werden 14 von 30 Mitgliedern von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat bestimmt. Ein Sitz für die „gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen“ sichert noch nicht einmal die dauerhafte Vertretung des DGB. Ein einziger Sitz für alle Verbände des kulturellen Lebens wird von der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung besetzt. Dafür hat aber der Bund der Vertriebenen einen Sitz. Auch im Verwaltungsrat werden vier von neun Mitgliedern Staatsvertreter sein. Der Personalrat hat Teilnahme, aber nicht einmal Rederecht.

— Die Finanzierung der Deutschen Welle erfolgt nach dem Haushaltsgesetz des Bundes.

— Bei der Deutschen Welle sollen freie Mitarbeiter, nach bisheriger Rechtspraxis als arbeitnehmerähnliche Personen geschützt, keine Beschäftigten im Sinne des Personalvertretungsrechtes sein. Sie werden damit um so erpreßbarer. Rundfunk wird aber heutzutage zu einem hohen Anteil von freien Mitarbeitern der Sender gestaltet.

— Daß die „deutschen Auffassungen“ in der Berichterstattung der Deutschen Welle angemessen berücksichtigt werden, sichert das Gesetz durch unfehlbare Mittel: Die Beschäftigten sind dem öffentlichen Dienstrecht unterworfen. § 45 des Gesetzes verbietet, daß Beschäftigte der Deutschen Welle „bessergestellt“ werden als „vergleichbare Arbeitnehmer des Bundes“. Damit kann jede tarifvertragliche Vereinbarung des Senders mit den Gewerkschaften staatlicherseits kontrolliert werden. Die IG Medien sieht darin einen unzulässigen Eingriff Dritter in die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit und hat eine Klage beim Bundesverfassungsgericht angekündigt, falls dies zum Gesetz werden sollte.

(Alle Zitate aus dem Bundestagsprotokoll vom 16.6.1994)



# Kurdistan: 10 Jahre Befreiungskampf

## Türkische Regierung gerät zunehmend in internationale Isolation

Von Rudolf Bürgel

Am 15. August jährte sich der Beginn des nationalen Befreiungskampfes des kurdischen Volkes zum zehnten Mal. In diesen zehn Jahren hat sich der kurdische Befreiungskampf im türkisch besetzten Nordwest-Kurdistan zu einer alle Teile der Bevölkerung erfassenden Massenbewegung ausgeweitet.

Heute kontrolliert die kurdische Befreiungsarmee über 70 Prozent des Hochlandes. Die türkische Armee ist in die Kasernen der größeren Städte zurückgedrängt worden. Erstmals konstatiert das auch öffentlich die Nato (siehe Dokumentation aus der *Europäische Sicherheit*). Dringt die türkische Armee mit Bodentruppen in die von der Guerilla kontrollierten Gebiete ein, so muß sie sich seit Ende letzten Jahres unter schweren Verlusten zurückziehen. Rund 30000 bis 40000 Guerillakräfte gehen heute in verschiedenen Gebieten, besonders in der Region Botan, zum Verteidigungs- und Stellungskrieg über. Die Guerillaeinheiten werden umgebildet, es kommt jetzt zur kurdischen Armeebildung, Offensivoperationen werden von ihr vorbereitet.

Türkische Regierung und türkische Militärführung haben im letzten Oktober den „totalen Krieg“ (Generalstabschef Güres) ausgerufen und die „Endlösung der Kurdenfrage“ (Ministerpräsidentin Ciller) als letztes Mittel angekündigt. Der Versuch, die bewaffneten Einheiten der ARGK „auszutrocknen“, d. h. ihre Basen und ihre Logistik zu beseitigen, führte seit letztem Jahr zu massenhafter Dorfzerstörung, Vertreibung und Massakern an der kurdischen Landbevölkerung. Aber auch dieser Versuch scheiterte. Auch alle Versuche, PKK-Basen in Südkurdistan zu vernichten, sowie die Bildung einer Allianz mit dem südkurdischen Feudalherrn Barzani waren nicht erfolgreich. Die letzte Großoperation mit über 50000 Armeekräften in Südkurdistan wurde bis weit auf das türkische Staatsgebiet zurückgeschlagen. Als letztes Mittel beschloß die Ciller-Regierung die Generalmobilmachung: drastische Sparmaßnahmen, neue Einkommenssteuern, 15prozentige Lohnsenkungen und Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, Erhöhung von Mehrwert- und Produktsteuern, Abschöpfung aller Gewinne staatlicher Betriebe für die Kriegskasse, Verlängerung des Wehrdienstes um zweimal drei Monate. Die über 400000 Mann starke Armee in Kurdistan wurde um weitere 150000 Personen aufgestockt, alte kurdische Feudalherrn, die durch die kurdische Revolution um ihre gesellschaftliche Stellung fürchten, werden mit Geld vollgestopft, um Söldner auszuheben.

Die Türkei steht heute vor dem wirtschaftlichen Ruin. Die gewaltigen Rüstungsmaßnahmen haben die Auslandsschulden auf über 70 Mrd.-Dollar getrieben. Bis Jahresende sind fünf Mrd. Dollar für Zinstilgung und 17 Mrd. Dollar für Kreditstilgung fällig. Der Devisenbedarf soll bei 15 Mrd. Dollar 1994 liegen. Bloß diese Einnahmen werden nicht mehr erreicht werden. Die Überweisungen der türkischen Arbeitse migranten bleiben ebenso aus wie die Touristen. 20 Prozent weniger liefern Ölleitungen im kurdischen Batman.

Die Regierungspolitik ruft verschiedenste Widerstände in der türkischen Gesellschaft hervor. Neben einem eintägigen Generalstreik von zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen

Dienst gibt es erste Meutereien. Am 23. Juli demonstrierten 800 Soldaten in der Kaserne Mamak gegen Mißhandlungen und Folter der Offiziere, infolge derer ein Soldat starb. Die Tagesrationen wurden von 3100 Kalorien 1991 auf nur noch 2440 gesenkt. Weit über 250000 Männer sind desertiert. In neun Städten in Kurdistan gab es 49000 Deserteure.

Die türkische Führung greift mehr und mehr zum Mittel des Völkermords. An die 2000 Dörfer und mehrere Städte sind bombardiert, abgebrannt worden. Vieh und Ernteerträge werden von der Armee vernichtet. Vor den Bombarde-

In den westlichen Staaten, die bisher den Kurs der türkischen Regierung unterstützten, wird vermehrt Kritik gegen das Morden der türkischen Armee laut.

Zunehmend wird das türkische Regime wegen seiner Kurdistanpolitik isoliert. Das liegt einerseits an der aussichtslosen militärischen Lage. Das Faß zum Überlaufen brachte aber die Aufhebung der Immunität der DEP-Abgeordneten, ihre Verhaftung und der Beginn des Prozesses in Ankara. Das Repräsentantenhaus in den USA kürzte die Türkeihilfe. Die Kritik im Europäi-

kischen Völkermordkurs. Die deutschen Konzerne haben an dem Rüstungsgeschäft kräftig verdient. Kanzler Kohl, Außenminister Kinkel, Verteidigungsminister Rühe und Innenminister Kanther halten an der Politik „Bollwerk Türkei“ und „Tor nach Osten“ fest. Kaukasus, Zentralasien, aber auch Ukraine und Balkanregion sollen von der deutsch-türkischen Allianz beglückt, geplündert und „befriedet“ werden. Und für Dorfzerstörungen und Massenmord werden weiter Waffen aus der BRD geliefert: eine Lieferung von 1,2 Millionen Schuß Munition für 20-Millimeter-Kanonen soll jetzt in die Türkei gehen. Zum Testen wird ein Leopard 1A5-Panzer und eine Haubitze FH 70 mitgegeben. Warnende Stimmen, wie die des Direktors des Hamburger Orientinstituts Prof. Dr. Udo Steinbach (siehe das Interview der kurdischen Nachrichtenagentur Kurd-A mit ihm in dieser Ausgabe auf Seite 3), werden in den Wind geschlagen. Der „Markt von 300 Millionen Menschen“ zwischen der Türkei und China lockt.

Die Annäherung zwischen der Türkei und Iran und dem Irak kommt der deutschen Regierung und den Konzernen ebenfalls entgegen. Ist doch die BRD größter Handelspartner des Iran und vor dem Golfkrieg auch des Iraks gewesen.

Die im Januar gegründete Sicherheitsallianz mit der Türkei gegen Rußland wird erstmals eingesetzt gegen den Vorherrschaft am Schwarzen Meer und im Kaukasus ringenden Konkurrenten Rußlands. Die Türkei hat die Durchfahrtsrechte durch den Bosphorus und die Dardanellen für russische Schiffe seit dem 1. Juli stark eingeschränkt. Wissen muß man, daß an die 50 Prozent des russischen Außenhandels über diesen Seeweg abgewickelt wird.

Allen Anschein nach setzt die Bundesregierung ihre Hoffnung auf eine Lösung des „kurdischen Problems“ durch ein Blutbad in der Türkei. Wie anders sollen die 1,2 Millionen Schuß Munition für die im bergigen Gelände beweglichen 20-mm-Kanonen zu verstehen sein?

Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, hat anlässlich des 15. August zum wiederholten Male in diesem Jahr Verhandlungen für einen beiderseitigen Waffenstillstand und zur Einleitung eines Friedensprozesses angeboten. In der BRD verhallte dieses Angebot ebenso wie in der Türkei ungehört. Anfang Oktober wird die Lage in der Türkei im Europaparlament verhandelt. Professor Steinbach stellt ähnlich wie die sicherlich nicht „kurdenfreundliche“ Militärzeitschrift *Europäische Sicherheit* fest, daß das türkische Militär diesen Krieg nicht gewinnen kann. Beide propagieren ein „Umdenken“ auch auf Seiten der Bundesregierung.

Aber es werden enorme Anstrengungen von der politischen Linken unternommen werden müssen, dieser Bundesregierung in den Arm zu fallen. Diese steht bisher in bester Tradition der Regierung Wilhelm II, die zu den Armeiemassakern schwieg, der Regierung Stresemann, die zu den Griechen- und Kurdenmassakern schwieg, zu der Regierung Hitler, die die großtürkischen Bestrebungen für ihre Massaker gegen die sowjetische Bevölkerung einzuspannen versuchte.

Diese Regierung unterstützt diesen Völkermord aktiv.

### DOKUMENTIERT:

## „Putsch in der Türkei?“

*Die „Europäische Sicherheit“, eine politisch rechts stehende Militärzeitschrift, schreibt unter dieser Überschrift:*

Asomedyä, das Organ der Industrie- und Handelskammer von Istanbul, hat in seiner Ausgabe vom August 1993 die jährlichen Kosten des Einsatzes von insgesamt 448000 Mann (Militär, Gendarmerie, Spezialeinheit „Özel Tim“ und bewaffnete Zivilisten) auf 100 Billionen TL (ca. 6,7 Milliarden Dollar) beziffert. (...)

Von einer sozialen Befriedung kann also keine Rede sein. (...) Es wird geschätzt, daß mindestens 3,4 Millionen Menschen aus dem Kriegsgebiet in die Städte der Westtürkei und in die totale Verelendung geflüchtet sind. Der soziale Unfriede wandert also von Osten nach Westen des Landes. Ankara ist reaktionsunfähig: 1993 betrug der Fehlbetrag des Staatshaushaltes ca. 125 Billionen TL (30 Prozent). Entsprechend ist die Situation der Wirtschaft. (...) Nicht vom Ausland gedeckt ist jedoch die Tagesration des türkischen Soldaten: noch 1991 beinhaltete sie 3100 Kalorien, heute nur noch 2440. Unter diesen Umständen muß damit gerechnet werden, daß früher oder später neben dem Krieg im Osten die Türkei mit kaum berechenbaren sozialen Unruhen in ihren westlichen Teilen konfrontiert wird. ...

Demgegenüber scheint ... die Macht der Kurden ungebrochen. Die Zahl der Guerilla der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) beträgt ca. 18000 Mann, die aber aus einem Reservoir von 300000 potentiellen Kämpfern schöpfen, die die Verluste sofort aus-

gleichen. (...) Obwohl die offizielle Türkei darüber schweigt, wird geschätzt, daß etwa 70 bis 75 Prozent des Hochlandes der Osttürkei sich bereits fest in der Hand der Kurden befindet. Neben der primitiven Verwaltung existiert auch eine eigene Währung: Ein Wechsel, dessen Wert in Weizen oder Mais berechnet wird. (...)

Am schwersten von allem wiegt für die Türkei der Verlust der Perspektive für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union. (...) Zum einen weil die EU genug „kranke“ Mitglieder, mit Griechenland an der Spitze, hat, zum anderen aber auch, weil die Toleranz der Verbündeten über den Zustand der Menschenrechte in der Türkei langsam aber sicher zur Neige geht. Die Mißhandlungen kurdischer Abgeordneter innerhalb des türkischen Parlaments, die anschließende Aufhebung ihrer Immunität und ihre Verhaftung kann keine westliche Regierung übersehen — trotz aller Toleranz, die der Westen bisher der Türkei bei der Behandlung der Kurdenfrage entgegengebracht hat.

Das Land ist ruiniert und hat keine Perspektiven. Immer wenn dies der Fall war, hatte in der Türkei die Stunde der Militärs geschlagen. ... Bisher ergriff das Militär stets die Macht, um die „unfähigen Politiker“ aus der Regierung zu vertreiben. So können aber die türkischen Militärs kaum noch einen eventuellen Putsch begründen. Seit Jahren versprechen sie, den Aufstand der Kurden in den nächsten drei Monaten niederzuschlagen. Seitdem sind bald vier Jahre vergangen und der Kurdenaufstand ist heute bedrohlicher denn je.

(aus: „Europäische Sicherheit“ 6/94)

ments, bei denen auch Napalm und Phosphor eingesetzt werden, flüchteten 100000 Menschen nach Südkurdistan. Über zwei Millionen Flüchtlinge gibt es heute in Kurdistan.

Schon früher führte das türkische Regime Massenumsiedlungen in Kurdistan durch, entvölkerte zeitweilig ganze Regionen wie Dersim (Tunceli). Jetzt greift das Regime auf Maßnahmen wie bei den Armeniermassakern 1914-18 zurück. Es versucht, die Bevölkerung ganzer Regionen in Internierungslager zu treiben. Wer sich weigert, wird umgebracht. Bis zum Herbst sollen allein 10000 Menschen aus der Region Ararat vertrieben werden.

schon Parlament und im Europarat wird heute nicht mehr allein von Griechenland getragen. Diplomatisch wurde die ERNK in Griechenland und Italien anerkannt, der PKK-Vertreter sprach im britischen und norwegischen Parlament. Die Regierungen Österreichs und der Schweiz erklärten sich zu Vermittlungen bereit. Der ehemalige französische Außenminister, eine ganze Reihe belgischer Senatoren und englischer Abgeordneter fordern den Aus-schluß der Türkei aus dem Europarat, z. T. sogar aus der Nato.

Die Regierung der Bundesrepublik steht als einzige europäische Regierung auch öffentlich stramm hinter dem tür-

# Wende in Türkei-Politik?

Interview mit dem Leiter des Orient-Instituts Hamburg, Prof. Steinbach

**P**rofessor Dr. Udo Steinbach ist Direktor des Deutschen Orient-Instituts Hamburg und Berater verschiedener politischer Institutionen in der Bundesrepublik für Nahostfragen. Professor Steinbach kehrte am Sonntag, dem 14. August, von einer Informationsreise aus dem Nahen Osten zurück, in deren Verlauf er verschiedene Gespräche, u.a. mit dem Generalsekretär Abdullah Öcalan der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) geführt hatte. Am 15. August sprachen in Bonn die Kurd-A-Mitarbeiter Adem Colak und Jan Cremer mit Prof. Steinbach über die Situation der Türkei und der Kurden.

**■ Kann man bereits nach zehn Jahren den Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK gegen den türkischen Staat als ein historisches Datum bezeichnen?**

Das würde ich jetzt noch nicht meinen, aber ganz gewiß hat damals eine Entwicklung begonnen, über die wir jetzt eine Art Zwischenbilanz ziehen könnten; nämlich ein bewaffneter Aufstand einer zunächst kleinen Gruppe, der aber in den vergangenen zehn Jahren in eine Art kurdische Nationalbewegung übergegangen ist. Es ist heute die Angelegenheit einer Bewegung, die zwar weiter kämpft, aber auch über eine politische Lösung nachdenkt. Historisches Datum deshalb noch nicht, weil die Konturen einer politischen Lösung noch nicht klar sind. Man hat nach zehn Jahren aber das Gefühl, daß eine politische Lösung früher oder später herauskommt.

**■ Wie würden Sie diese Art neuer kurdischer Nationalbewegung charakterisieren?**

Ich würde sie vom Ziel her charakterisieren. Und zwar mit dem Worten von Herrn Öcalan, der gesagt hat: „Es gibt eine Lösung innerhalb der Grenzen des türkischen Staates, aber eines ist unverzichtbar, die Wahrnehmung einer nationalen Identität des kurdischen Volkes.“ Darum geht es, daß die Kurden nicht länger pervertiert werden durch einen türkischen Staat, der sie zu türkifizieren versucht, kulturell zu türkifizieren versucht und ökonomisch alleine läßt. Das Anliegen einer kurdischen Nationalbewegung muß sein, den politischen und kulturellen Freiraum zu gewinnen gegenüber der türkischen Regierung, die kurdische Identität zum Ausdruck zu bringen und zugleich einen ökonomischen Entwicklungsspielraum zur Verfügung zu haben, der eine rasche Entwicklung der kurdischen Gebiete zuläßt.

**■ Steht das Bild, das Sie von der kurdischen Bewegung und der PKK entwerfen, nicht im Gegensatz zu dem von den deutschen Medien und deutscher Regierungspolitik aufgebauten Feindbild? Meist wird die PKK in den Medien nur genannt als marxistisch orientierte, gewaltbereite Kadergruppe, die auf Biegen und Brechen einen autonomen Staat haben will.**

Nach den Gesprächen, die wir mit Herrn Öcalan hatten, stellt sich das doch differenzierter dar. Ich denke, dabei gibt es zwei Probleme: Erstens, daß sich die kurdische Seite oder genauer gesagt die PKK in der Vergangenheit nicht klar genug artikuliert hat. Das zweite Problem ist — und darauf hat Herr Öcalan meines Erachtens zu Recht

hingewiesen — daß natürlich im Westen letzten Endes ausschlaggebend war, was das NATO-Mitglied, der Europa-Kandidat Türkei gesagt hat.

**■ Sehen Sie die Rolle der PKK in diesem historischen Prozeß positiv?**

Nein, ich sehe diese Rolle nur realistisch. Man kommt eben an dieser Bewegung nicht vorbei. Es ist klar, daß die PKK es geschafft hat, ein Klima unter den Kurden zu schaffen, in dem eine immer größer werdende Zahl kurdischer Menschen in der Türkei sich von der PKK vertreten fühlt, weil man auch immer klarer sieht, daß außerhalb des bewaffneten Kampfes keine Lösung der Problematik erkennbar ist. Viele haben auf Verhandlungen gesetzt, die türkische Seite hat sich als hart und unflexibel erwiesen. Der bewaffnete Kampf, welcher vor zehn Jahren begonnen hat, gewinnt im Nachhinein seine Plausibi-

lung. Herr Öcalan deutete an, daß man eine Art parlamentarische Versammlung gründen will mit kurdischen Politikern, die aus verschiedenen Bereichen kommen. Dann wird man versuchen, auch das hat er gesagt, die anderen kurdischen Gruppierungen gleichsam in eine Art nationale Front einzubinden. Die PKK wird also zunächst ihre Rolle als Speerspitze weiterführen, aber sich immer mehr in politische Strukturen einbetten.

**■ Kann es überhaupt eine militärische Lösung des Problems in der Türkei geben?**

Das weiß nun jeder, ich vermute, auch der türkische Generalstabschef, daß es eine solche Lösung nicht mehr gibt. Genau das ist die Ausgangssituation. Die Situation im August/September könnte eine Schlüsselsituation werden in dem Sinne, daß auch der türkischen Seite deutlich wird, daß es nicht mehr mög-



**Auf dem Staatsgebiet der BRD hetzt die Regierung die Polizei kurdischen Jugendlichen nach. T-Shirts wie das nebenstehend abgebildete sind den Jugendlichen vom Leib zu reißen. Die Polizei wird zum Vollstrecker einer ungesetzlichen Prügel- und Gewaltstrafe mißbraucht. Gleichzeitig schickt man einen institutsleitenden Professor zur verfeimten PKK. Wenn ein Professor mit der PKK reden darf, dürfen das andere Leute wohl auch, oder hat er mit einem Verfahren wegen Unterstützung einer verbotenen Vereinigung zu rechnen?**

lität, seinen historischen Stellenwert, wie der Kampf der PLO, der zunächst auch verketzert wurde und am Ende akzeptiert werden mußte, weil diese kämpferische Phase eine Voraussetzung der politischen war. Der Kampf gegen das türkische Militär war eine Voraussetzung, um überhaupt wahrgenommen zu werden, eine kurdische Identität zu entwickeln und die türkische Regierung zu zwingen, hoffentlich in politische Gespräche einzutreten.

**■ Wie sehen Sie die Zukunft der PKK?**

Die PKK wird, wenn die militärischen Auseinandersetzungen weitergehen, immer mehr die Speerspitze der Interessen des kurdischen Volkes im Südosten der Türkei werden. Man wird versuchen, diese militärische Dimension immer mehr in eine politische Dimension umzusetzen, und zwar mit einer Art parlamentarischer Rückendeck-

lich ist, militärisch zu gewinnen; zudem wird der internationale Druck größer, in politische Gespräche einzutreten, sowohl von Seiten der Europäischen Gemeinschaft wie von der Seite der Amerikaner. Es ist wirklich das Problem, daß man in der türkischen Regierung keine Bereitschaft sieht, den politischen Ball aufzunehmen. Die Regierung ist ein Haufen von ziemlich divergierenden Interessen, die Ministerpräsidentin Frau Çiller befindet sich in einer Art Überlebenskampf. In dieser Situation kann sie kaum eine politisch wegweisende Rolle spielen. Die türkischen politischen Parteien befinden sich zudem in einem desolaten Zustand. Neue politische Bewegungen, denen man in längerfristiger Sicht gleichsam eine Art Neuaufbau zutrauen kann, befinden sich erst in embryonalem Zustand. Man müßte eine starke türkische Regierung haben, die aber auf keiner Ebene in Sicht ist.

## Inländische Fluchtalternative Westtürkei

Mythos und Realität

Ein Bericht zur Situation kurdischer Flüchtlinge in der Westtürkei, entstanden im Rahmen einer Delegation vom 18. bis 29. März 1994 in den türkischen Teil Kurdistans und nach Istanbul. Er dokumentiert sorgfältig recherchierte Einzelfälle von Verhaftungen, Mißhandlungen und Folter, benennt Gesprächspartner, Tatort, Zeugen. Wideleget wird eine Standardbegründung zur Ablehnung von kurdischen Flüchtlingen.

Herausgegeben von: **AKTION 3. WELT Saar**  
Weiskircher Str. 24  
66674 Losheim  
Tel.: 0 68 72 / 69 82 Fax: 78 26

Preis Pro Expl. 4,00 DM + Porto, ab 10 Expl. 2,00 DM + Porto.  
Bei Bestelzwert bis 20,00 DM Vorauskassa!

**■ Wie kann konkret der Weg zu einer politischen Lösung aussehen?**

Durch eine Verstärkung auswärtigen Drucks, durch ein Angebot auswärtiger Vermittlung.

**■ Sollte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland so ein Angebot unterbreiten?**

Sollte, ja. Überlegungen hat es ja immer wieder gegeben, ob man nicht doch Anstöße geben sollte. Diese Überlegungen sind zu schwach gewesen, sie haben die türkische Seite nicht zu einer Bewegung gebracht. Man weiß, was in Bonn angesagt ist, es fehlt nur die Bereitschaft, deutlich mit der türkischen Seite zu sprechen. Es sollte jetzt eine europäische Initiative geben und auch eine amerikanische. Im Augenblick hat die amerikanische Regierung begonnen umzudenken; sie hat Teile der Entwicklungshilfeleistungen an Fortschritte in der Kurdenfrage geknüpft.

**■ Wie könnte eine politische Lösung aussehen?**

Ich denke, man täte gut daran, sich das deutsche Modell des Föderalismus anzuschauen. Aber zunächst sollte das Kämpfen und Töten eingestellt werden. Dieses ist ein Angebot, das Herr Öcalan schon einmal unterbreitet hat. Daß der Waffenstillstand von 1993 gebrochen worden ist, ist auf den Druck des türkischen Militärs zurückzuführen. In einem zweiten Schritt sollte es Gesten und Angebote an die kurdische Seite geben, welche die kurdische Seite vom guten Willen der türkischen Regierung überzeugen können. Und von da aus könnte man über die Möglichkeit einer politischen und kulturellen Autonomie der Kurden nachdenken. Es geht darum, einen Modus vivendi in den verschiedenen Teilen Kurdistans zu finden. Dieser Modus vivendi hat, wie Herr Öcalan betonte, eine notwendige Bedingung: „die kurdische Identität muß zum Ausdruck gebracht werden können“. Wenn dieses gelungen ist, dann wird man weiterdenken können, wie die verschiedenen Regionen Kurdistans näher zusammengebracht werden können, mit welcher Organisationsform und unter welchen Rahmenbedingungen.

**■ Glauben Sie, daß durch eine Lösung der Kurdenfrage sich in der Türkei auch die allgemeine Menschenrechtssituation verbessern könnte?**

Dieses beides gehört untrennbar zusammen. Und das sehen auch viele Türken so. Das ganze ist ein Paket: die Vertiefung der Demokratie, die Sicherung der Menschenrechte, die Anerkennung der Minderheiten, ein Paket, das sich nicht auftrennen läßt.

**Kurd-A: Herr Professor Steinbach, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.**



# Provokationen gegen Kuba US-Militärintervention gegen Haiti

**Am 31. Juli 1994 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution, die den Weg frei macht für eine Invasion Haitis durch eine multinationale Truppe unter US-Kommando. US-Kriegsschiffe kreisen vor Haiti, und das heißt auch vor Kuba.**

**D**ie „Kommunistische Arbeiterzeitung“ (KAZ), herausgegeben vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, der seit Jahren in der Kuba-Solidaritätsbewegung aktiv ist, ruft in ihrer neuesten Ausgabe zur verstärkten Unterstützung Kubas gegen die US-Provokationen auf. Wir veröffentlichen den Artikel vollständig.

Fast genau 30 Jahre hatten die Duvaliers (Papa Doc und Baby Doc) auf Haiti eine brutale Diktatur ausgeübt. Freiheit und Democracy, Menschenrechte — für Washington war die Welt in Ordnung.

Duvalier senior war 1956 von der haitianischen Armee an die Macht gebracht worden. Duvalier junior wurde 1986 die Ausreise durch die Armee nahegelegt. Mit Sack, Pack und Beute verließ er das Land — Richtung USA.

Die haitianische Armee ist eine glorreiche Hinterlassenschaft der USA, die 1915 das Land besetzten und es bis 1934 von den Marines beherrschen ließen. In dieser Zeit wurde die haitianische Armee aufgebaut und ausgebaut als zuverlässige Kraft gegen das haitianische Volk und zur Sicherung der US-Interessen im Land. Neunzig Prozent des ausländischen Kapitals in Haiti kommen aus den USA — darunter Exxon, Texaco, Citybank. Haiti fungiert als „verlängerte Werkbank“ für US-Firmen vor allem aus der Leichtindustrie. Fünfundneunzig Prozent der Exporte

aus diesem Sektor gehen in den nord-amerikanischen Markt. Das Land ist hochverschuldet — an US-Banken. Es ist eines der ärmsten Länder der Welt, Lebenserwartung der 6,5 Millionen Einwohner: 54 Jahre — ein paar hundert Kilometer von US-Territorium entfernt.

Baby Doc mußte 1986 gehen, weil das Volk unruhig wurde. Unruhe ist nicht gut fürs Geschäft. Andere ein wenig, damit alles gleich bleibt.

Bis 1989 regierte das Militär. In freien Wahlen wurde am 16.12.1990 der Pfarrer Aristide als „Anwalt der Armen“ — für die USA und die Militärs völlig überraschend — von 67 Prozent der Haitianer zum Präsidenten gewählt. Am 30.9.1991 setzte das Militär seiner Präsidentschaft durch einen Putsch ein Ende. Dazwischen hatte die US-„Entwicklungshilfe“-Organisation AID erklärt, die neue Regierung hätte „Entscheidungen getroffen, die in hohem Maße für das wirtschaftliche Wachstum schädlich gewesen seien“ (zit. nach ILA, März '94, S. 21). Im April 1992, also nach dem Putsch, schrieb das US-Wirtschaftsministerium: „Nachdem eine international anerkannte Regierung (!) wieder-

hergestellt worden ist, liegen langfristig die besten Aussichten US-amerikanischer Unternehmen in Haitis exportierender Montageindustrie. Haitis Nähe zu den Vereinigten Staaten, der Zugang zum Generalized System of Preferences, zur Caribbean Basis Initiative und zur Section 807 US sowie die Fülle an Niedriglohn-Arbeitskräften machen die Insel zu einem attraktiven Standort der Montageindustrie — vorausgesetzt, das Land erreicht politische Stabilität.“ (a.a.O.) Klar, alle Handelspräferenzen, die die USA z.B. Kuba im Namen von Freiheit und Democracy verweigern, stehen der Putschistenregie-

dateska in Haiti fliehen, erhalten in den USA kein Asyl. Wohl aber werden großzügigerweise angeblich 20000 Plätze für Flüchtlinge aus Haiti eingerichtet — etwa 100 Kilometer von Haiti entfernt. Das Camp heißt Guantanamo und liegt, natürlich ganz zufällig, auf dem Territorium Kubas: Militärbasis der US-Marine seit 1903, seit dem Sieg der kubanischen Revolution 1959 von der kubanischen Regierung als unrechtmäßig und kolonialistisch angeprangert, doch von den USA befestigt und ausgebaut als Drohung gegen die Völker der Karibik und Mittelamerikas und als Pfahl im Fleisch Kubas.



600 000 Cubanerinnen und Cubaner demonstrierten auf dem Platz der Revolution in Havanna für die Regierung.

lung auf Haiti selbstverständlich zu. Man würde ja sonst vor allem den Handel zwischen und innerhalb von US-Firmen behindern — und dort hat ja bekanntlich Freiheit und Democracy nichts zu suchen, dort gelten andere Segnungen: Ruhe und Ordnung, um das Wachstum (des Profits) zu sichern. Menschenrecht = Kapitalfreiheit, nicht wahr.

Und so etwas schickt sich nun an, an der Spitze einer internationalen Truppe eine Invasion anzuführen, gedeckt durch einen Beschluß der UNO, immer offener die Hure des Imperialismus, selbstverständlich reinen Herzens und aus purer Humanität — auf einmal sieht man Bilder des haitianischen Elends! — um zu erreichen ... Ja, was denn? Dem Volkszorn zuvorkommen, ein paar aus dem Ruder geratene Figuren auswechseln, damit „die langfristig besten Aussichten“ sich schleunigst verwirklichen mögen und die „Fülle der Niedriglohn-Arbeitskräfte“ endlich wieder zum Wohle der Menschheit an die Arbeit gehe.

Flüchtlinge, die derweil vor der Sol-

Als am 31.7. der Sicherheitsrat die Resolution gegen Haiti verabschiedete, wandte sich der kubanische Botschafter bei der UNO, Bruno Rodriguez, scharf dagegen. Solche Aktionen, erklärte er, seien nach Kapitel 7 der UNO-Charta nur möglich, wenn der internationale Frieden und die Sicherheit bedroht sind.

Im Falle Haitis handele es sich jedoch um einen inneren Konflikt. Gemeinsam mit Kuba mißbilligten Brasilien, Mexiko, Venezuela und Uruguay den Sicherheitsratsbeschluß.

Nach Auffassung der kubanischen Regierung schafft die Resolution einen gefährlichen Präzedenzfall. Frieden und Sicherheit in der karibischen Region sieht Havanna nicht durch die Situation in Haiti, sondern vielmehr durch die Konzentration von US-Truppen vor der Küste Haitis bedroht. Kuba, das nur 77 Kilometer von Haiti entfernt ist und auf dessen Territorium sich die US-Militärbasis Guantanamo befindet, liege selbst in der Konfliktzone.

Vorsorglich wurden deshalb Maßnahmen zur Verteidigung getroffen.

## Was gemeinhin als Piraterie und Terrorismus gilt

In der Tat verschärfen die USA gleichzeitig mit der Zuspitzung der Haiti-Krise die Feindseligkeiten gegen Kuba.

Während sich Anfang August von Puerto Rico aus 14 US-Kriegsschiffe mit 2000 Marines an Bord in Richtung Haiti in Bewegung setzten, kam es in Havanna in der Nacht vom 4. auf den 5. August zu Unruhen.

Diese begannen nach der Entführung eines Bootes in der Bucht von Havanna, bei der der 19jährige Polizeibeamte Gabriel Lamoth Caballero getötet wurde. Dieser hatte versucht, die Entführung zu verhindern. Um weitere Entführungen unmöglich zu machen, sperrte die Polizei die Zone um den Hafen weitläufig ab. Daraufhin hatten sich ein paar hundert Personen zu Banden zusammengerottet und in Alt- und Zentral-Havanna gewütet. Dem Vandalismus wurde durch die Bewohner selbst schnell ein Ende gesetzt, die an La Punta, am Malecon und am Parque Maceo dem Marodieren mit Stöcken und Eisenstangen entgegentraten. Fünfunddreißig Personen wurden verletzt, darunter zehn Polizeibeamte.

Die kubanische Regierung beschuldigte die USA, die Verantwortlichen solcher Schiffsentführungen zu schützen und zu ermuntern, also

Aktionen zu fördern, die gemeinhin als Piraterie und Terrorismus bezeichnet werden. Washington, so Präsident Castro am 5. August, fördere und organisiere die Unruhen als Teil einer Strategie, um die kubanische Regierung zu destabilisieren, maximale Unzufriedenheit zu schaffen, die Bevölkerung zu spalten, eine möglichst schwierige Lage zu schaffen und das Land in ein Blutbad zu führen.

## Die Antwort des kubanischen Volkes war eindrucksvoll

Am 7. August kamen mehr als eine halbe Million zum Platz der Revolution in Havanna, um Gabriel Lamoth Caballero zu ehren.

General Rosales del Toro (Mitglied des Politbüros der PCC und Stabschef der Revolutionären Bewaffneten Kräfte — FAR) erinnerte in seiner Ansprache daran, daß die USA denen Visa verweigern, die legal in die USA einreisen wollen, und die Grenzkontrollen verschärft haben, daß sie aber gleichzeitig Kubaner zur illegalen Ausreise ermun-



Anfang August 1994 im Karibischen Meer; Karte aus dem „Spiegel“ 31/1994

tern und diejenigen mit offenen Armen empfangen, die illegal dorthin kommen. Woche für Woche strahlen mittlerweile 17 Sender über 1 100 Stunden Anti-Kuba-Programme aus. Rosales wies auch darauf hin, daß keines der gekaperten Boote tauglich war, die Florida-Straße zu überqueren. Die Entführer hätten die Reise nie gewagt, wenn sie nicht gewußt hätten, daß Schiffe der US-Küstenwache ihnen weiterhelfen würden. Dies alles diene wie die Blockade dem Ziel, die Revolution zu vernichten.

Schließlich wiederholte Rosales die Warnung von Präsident Fidel Castro vom 5.8., daß Kuba illegale Ausreisen nicht länger stoppen wird, falls die USA keine konkreten Maßnahmen zur Unterbindung von illegalen Einreisen und terroristischen Akten ergreifen.

Die Kundgebung auf dem Platz der Revolution wurde zur Warnung an alle Konterrevolutionäre und zur eindringlichen Demonstration des Stolzes des kubanischen Volkes und seiner Kraft, seine Revolution zu verteidigen.

Die Reaktion Washingtons auf die Ankündigung, von Kubas Seite aus jegliches Hindernis für die Ausreise zu beseitigen, war bezeichnend: David Johnson, Sprecher des State Departments (US-Außenministerium), nannte sie eine „Drohung“. „Wir sind tief besorgt (deeply concerned). Die Vereinigten Staaten haben wiederholt gesagt, daß sie Fidel Castro nicht erlauben werden, unsere Einwanderungspolitik zu bestimmen.“ Mr. Johnson — ganz freedom and democracy im Herzen and completely humanitarian, of course — spricht: „Wir rufen die kubanische Regierung auf, keine Gewalt gegen das eigene Volk anzuwenden. Seine Pflicht, wie die jeder anderen Regierung, ist es, seine Bürger zu schützen.“

Weshalb nehmen Kubaner zu waghalsigen und kriminellen Aktionen Zuflucht, um das Land zu verlassen?

Die Verschärfung der US-Blockade (Torricelli-Gesetz) nach dem Zusammenbruch der Handelsbeziehungen mit den ehemaligen RGW-Ländern (mit de-

nen Kuba über 80 Prozent seines Handels abgewickelt hatte), hat die Lebensbedingungen in Kuba drastisch verschlechtert. Mit Drohungen und Verlockungen durch die USA und die kubanischen Rechtsextremisten in Miami wird zusätzlich ein Klima der Unsicherheit und Unzufriedenheit geschaffen. Das ist der Hintergrund. Entscheidend ist jedoch, daß die USA praktisch nur „politische Flüchtlinge“ ins Land lassen. Die legale Auswanderung ist von seiten der US-Behörden de facto unterbunden, unter Bruch der Einwanderungsverträge, die 1984 mit Kuba abgeschlossen wurden. Danach hätten jährlich 20 000 Kubaner in die USA auswandern können. Seitdem wurden jährlich von den USA im Durchschnitt nur 1 000 Einwanderungen genehmigt. In Kuba sitzen derzeit ca. 130 000 Personen mit einem von den kubanischen Behörden genehmigten Ausreisevisum.

Die USA haben ein Sondergesetz (sog. Kubanischer Ausweg). Nach diesem Gesetz werden Personen, die aus Kuba auswandern und sich dabei eines Flugzeugs oder Wasserfahrzeugs bemächtigen, automatisch als „politischer Flüchtling“ anerkannt und erhalten nach einem Jahr die begehrte „Green Card“ als Ausweis der dauernden Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung!!!

Diese Information entnehmen wir einer Stellungnahme zu den jüngsten Ereignissen aus dem kirchennahen „Instituto Felix Varela“. Die gleiche Quelle faßt die Strategie der USA zusammen: *Estrangulamiento economico + negativa de visados + guerra psicológica radial = explosión social.*

Das heißt: Ökonomische Strangulierung + Verweigerung von Visa + Psychologische Kriegsführung über den Äther = Soziale Explosion.

So hätten sie es gerne, auf daß ihre barbarische Freiheit und Democracy schrankenlos Einzug halte gegen dieses schöne Land und sein tapferes Volk. USA: Hände weg von Haiti und Kuba! Solidarität mit Kuba? Jetzt erst recht! Unterstützt die Solidaritätskarawane im Oktober. — (Corell)

# Kuba: Emigration und Demokratie

H. D. Steffan über die Versuche der USA, Auswandererkonflikte zu provozieren

**E**in Gespenst geht um die Welt: die illegale kubanische Emigration. Der unglückliche Untergang des entführten Fährschiffes und die Zusammenstöße am Malecón beweisen einmal mehr, daß „Kuba nicht das Menschenrecht seiner Einwohner auf freie Ausreise respektiert“. Der Chor der besorgten Demokraten zeigt die gewöhnliche Breite: US-amerikanische Senatoren, die Intellektuellen in der besitzenden Welt sowie die Kommunikationsmittel, deren Existenz nicht darin besteht, die objektive Realität wiederzugeben, sondern darin, eine scheinbare Realität darzustellen, die mit den herrschenden ökonomischen und politischen Interessen übereinstimmt.

Im Gegensatz zur neuen Medienoffensive ist die Wirklichkeit über die kubanische Emigration entlarvend. Im Laufe des Jahres 1993 haben rund 146 000 Kubaner einen Antrag gestellt, aus privaten Gründen andere Länder zu bereisen, von denen nur 153 (0,1%) Personen die Ausreise verweigert wurde. Das bedeutet, daß 99,9% der Anträge auf eine beschränkte oder unbeschränkte Ausreise von den kubanischen Behörden anstandslos zugestimmt wurde. Auf der anderen Seite haben 75%, also 110 000 der Antragsteller kein Visum seitens der Länder bekommen, die sie ursprünglich bereisen wollten.

Was die USA betrifft, hat die kubanische Regierung 1993 die zeitlich begrenzte und die definitive Ausreise von 134 000 Bürgern genehmigt, von denen jedoch 76% seitens der Interessenvertretung der USA in Havanna abgelehnt wurden. Innerhalb dieser gleichen Logik hat die US-amerikanische Regierung systematisch das Übereinkommen zur Regelung der Emigration mit Kuba, daß 1984 zwischen beiden Ländern verabschiedet wurde, verletzt — in diesem Abkommen verpflichtet sich die USA, die größtmögliche Anzahl von Visas mit einem möglichst geringen bürokratischen Aufwand zu erteilen — und wendet rigoros das allgemeine Einwanderungsgesetz an, sowie das zynische Gesetz des „Ajuste Cubano“, das seit 1966 gilt und beinhaltet, daß jedem Kubaner, der ins Land kommt, selbst wenn er sich nicht ausweisen kann, umgehend politisches Asyl gewährt wird, in Verbindung mit der sofortigen Erteilung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Die US-Regierung erfüllt das Programm *Exodus*, in dem Einwanderungsfragen der kubanischen Reaktion in Florida überlassen werden (und somit erstmals in der Geschichte der USA einer Minderheit Entscheidungsbefugnisse zugestanden werden).

Das Ziel der US-amerikanischen Politik ist klar. Die legale kubanische Emigration weitmöglichst einzuschränken, um auf der anderen Seite die illegale Ausreise in einer Art und Weise zu fördern, die den unerwünschten Dritte-Welt-Bürger, dem man das Visum in der Interessenvertretung der USA in Havanna verweigert; zum Helden werden läßt, wenn er auf illegale Weise die Küsten Flori-

das erreicht. Er wird zum noch größeren Helden, wenn er dazu einen Polizisten tötet, ein Boot entführt oder gar Geiseln nimmt, um die Insel zu verlassen. Eine Person mit derartigem Lebenslauf kann sich sicher sein, mit offenen Armen empfangen und nicht an die kubanischen Behörden ausgeliefert zu werden, wo man ihn für seine Taten gerichtlich belangen könnte. Man möge sich den Aufschrei in der Welt vorstellen, wenn ein US-Amerikaner ein Boot entführt, dabei einen Polizisten erschießt, um nach Kuba zu gelangen und die kubanischen Autoritäten ihm Schutz gewähren würden.

Während die statistischen Daten beweisen, daß die Auswanderungskonflikte auf der Insel von der US-Regierung provoziert sind, zeigt eine entideologisierte Ansicht des zur Zeit stattfindenden kubanischen Auswanderungsprozesses, daß es sich um ein absolut normales, soziales Phänomen handelt. Im karibischen Raum bewegte sich die Auswanderung in die Vereinigten Staaten traditionell zwischen 1 und 2% der Gesamtbevölkerung. D.h., daß eine jährliche Auswanderungsrate von 110 000-120 000 Kubanern sich innerhalb dieses geschichtlichen Rahmens bewegt. Somit gäbe es in statistischer Hinsicht keinen Zusammenhang zwischen der heutigen Regierungsform und der Emigration. Ähnliches gilt für die Demonstration auf dem Malecón. Demonstrationen — wie auch Selbstmordraten, Prostitution, Kriminalität, etc. — sind Realitäten jeder Gesellschaft. So daß die vor kurzem stattgefunden Demonstration in La Habana, einschließlich der Krawalle und Plünderungen, nichts Ungewöhnliches sind, — vor allem, wenn man die wirtschaftliche Situation berücksichtigt — und die Polizei verständlicherweise eingreift.

Das wirklich Überraschende dieses Konfliktes besteht darin, daß die Ordnungskräfte weder abgerichtete Hunde auf die Demonstranten hetzten, noch Polizeikräfte auf Pferden, Wasserwerfer mit Tränengas oder gar Schusswaffen gegen die Demonstranten einsetzten, wie dies in den lateinamerikanischen Demokratien an der Tagesordnung ist.

Die jüngsten Konflikte in Kuba sind eine subversive Handlung der Vereinigten Staaten, die drei Ziele erreichen will: die Reise des kubanischen Außenministers Robaina nach Spanien im September diesen Jahres einen Mißerfolg werden zu lassen, die geplante Invasion in Haiti für eventuelle „Abenteuer“ in Kuba zu nutzen und „last but not least“ den Ausschluß der kubanischen Regierung vom amerikanischen Gipfel in Miami zu konsolidieren. Nach dem Luftangriff auf Libyen, von Präsident Reagan angeordnet, beurteilte Noam Chomsky die USA als einen Gangsterstaat. Es gibt keinen Grund, diese Beurteilung zu revidieren.

Heinz Dieterich Steffan, z.Zt. Mexiko, arbeitet seit Jahren in der Kuba-Solidarität in Frankfurt am Main.



Anfang August 1994. US-Militärschiffe nehmen Kurs auf Haiti.



# Continental-Betriebsräte lassen sich nicht unterkriegen

**Continental-Versicherung gegen HBV- und DAG-Betriebsräte  
Kündigungsschutzprozeß am 29. August in München**

Die Auseinandersetzung um drei gekündigte Conti-Betriebsräte hat nach der Neuwahl des Betriebsrates in der Continental-Versicherung eine neue Stufe erreicht — mit einem knappen Vorsprung von 9 Stimmen hat die unternehmensfreundliche Liste die Mehrheit im neuen Betriebsrat.

Zuerst eine kurze Zusammenfassung der Vorgänge: Die drei Betriebsräte hatten sich unbeliebt gemacht, weil sie ihrem Auftrag — die Interessen der Belegschaft zu vertreten — konsequent nachgekommen sind. Sie verhinderten die Einführung eines Personalinformationssystems, widersprachen Kündigungen von teilweise langjährig Beschäftigten, erreichten über ein Beschlußverfahren einen arbeitsgerichtlichen Vergleich nach der Kündigung der betrieblichen Altersversorgung und standen seit 1991 in der Auseinandersetzung um die falsche Eingruppierung von 130 Beschäftigten. Der Conti-Vorstand reagierte jeweils mit dem Versuch, in der Belegschaft Stimmung gegen die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte (zwei HBV, einer DAG) zu machen, z.B. begründete er einen Einstellungsstopp mit der Haltung des Betriebsrates zur Eingruppierung. Dann kam es im Mai 1992 zu dem Vorfall, der seither die Arbeitsgerichte beschäftigt: Die drei Betriebsräte geben an, daß der Personalleiter Schumacher wütend auf die schwerbehinderte Betriebsrätin zustürzte und sie dabei so anrennerte, daß sie das auf Krücken gestützte Gleichgewicht verlor, mit dem Hinterkopf an eine Schrankwand schlug und sich das Handgelenk prellte. Der Conti-Vorstand beantragte daraufhin die fristlose Kündigung der drei Betriebsräte und erteilte ihnen Hausverbot.

Das Hausverbot wurde über zwei Instanzen aufgehoben, „großzügige finanzielle Regelungen“ lehnten die Betriebsräte ab, deshalb weitere Angriffe des Vorstands: Entzug des Schwerbehindertenparkplatzes für die schwerbehinderte Betriebsrätin, Verbot für die drei Betriebsräte, die Kantine zu betre-



ten, Suspendierung von ihren Arbeitsplätzen, Amtsenthebungsverfahren, einstweilige Verfügungen gegen den Betriebsrat sowie die Gewerkschaften HBV und DAG, die über die Auseinandersetzung berichteten.

Es versteht sich von selbst, daß der Ausgang der Betriebsratswahlen für den Vorstand von großer Bedeutung war. Dementsprechend ließ er kein Mittel ungenutzt, die Belegschaft zu beeinflussen. Auf einer Mitarbeiterversammlung wurde z.B. gesagt, der Bestand des Unternehmens und die Sicherheit der Arbeitsplätze seien durch die Betriebsräte gefährdet, sie hätten mehrere Personalleiter verschlissen.

Am 10. Mai hat die Betriebsratswahl stattgefunden und die vorstandsnahen Gegenliste hat die Mehrheit. Bereits am 9. Juni hat der neue Betriebsrat den fristlosen Kündigungen der drei Betriebsräte zugestimmt, übrigens mit Unterstützung der DAG. Diese hatte eine Zeit lang mit HBV die Betriebsräte

unterstützt — offensichtlich gegen den Willen der DAG-Zentrale in Hamburg, diese hat eigens ihren Bundesberufsgruppenleiter Versicherungen nach München geschickt und der DAG München die Angelegenheit aus den Händen genommen. Auch die verschiedenen Vermittlungsversuche in dem Konflikt, z.B. auch durch Oberbürgermeister Ude, scheiterten: der solle sich lieber um seine kommunalen Angelegenheiten kümmern. Inzwischen hat doch ein Vermittlungsgespräch stattgefunden, das Ergebnis ist nicht bekannt.

Daß der Conti-Vorstand nicht aufgibt, zeigt auch ein Brief, den er an die Betriebsräte verschickt, die mit Solidaritätsadressen ihre Unterstützung für die Betriebsräte erklärt hatten:

„Sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen Bezug auf o.g. Schreiben an den Betriebsrat, welches dieser seinerzeit in unserem Haus verteilt hat. Wir wenden uns zu diesem Schreiben erst heute an Sie, da wir wegen der am 10. 5.

1994 durchgeführten BR-Wahl auch nur den Anschein einer Beeinflussung dieser Wahl vermeiden wollten. Dies ändert jedoch nichts daran, daß die in Ihrem Schreiben enthaltene Kritik an unserem Unternehmen von völlig falschen Tatsachen ausgeht. Ihr Schreiben zeigt, daß Sie zu dem angesprochenen Thema bislang nur einseitig informiert sein können...“ Dann folgen drei Seiten, in denen die Verleumdungen zur Kündigungsbegründung wiederholt werden, um dann mit der unterschwelligsten Drohung zu schließen: „Umso bedauerlicher ist es, daß Sie sich in Ihrem o.g. Schreiben aus zunächst nur einseitiger Information zu ruf- und geschäftsschädigenden Äußerungen uns und unserem Unternehmen gegenüber hinreißen lassen. Wir können daher nur hoffen, daß Sie gestützt auf die vorstehenden Informationen auch Ihrerseits zu einer objektiven Sichtweise zurückkehren. Die Geschäftsleitung Ihres Unternehmens erhält von diesem Schreiben eine Abschrift.“

Die Gewerkschaft HBV hat anlässlich einer Pressekonferenz am 27.7.1994 nochmals ihre Unterstützung für den Kündigungsschutzprozeß am 29. August 1994 um 13 Uhr am Arbeitsgericht München erklärt. Der Unterstützerkreis fordert dazu auf, den Prozeß zu besuchen.

— (Dagmar Rüdernburg)



Seit dem 15. August findet in München auf dem zentral gelegenen Sendlinger-Tor-Platz ein Hungerstreik statt, mit dem Kurdinnen und Kurden aus München gegen den Völkermord in Kurdistan und die Unterstützung durch die BRD sowie gegen die Kurdenverfolgung in der BRD protestieren. Das Interesse der Vorübergehenden ist groß, ebenso die Anteilnahme der Münchner Kurden. Die Polizei hat aber von Anfang an darauf bestanden, daß die kurdischen Farben, insbesondere der kurdische Stern, als Kundgebungsmittel nicht geduldet würde. Ferner hat sich ein Richter gefunden, der eine Beschlagnahmeverfügung für den Kurdistan-Report Nr. 7/1994 ausgestellt hat. Der Hungerstreik wird voraussichtlich bis Montag, den 29.8. fortgesetzt. Der Münchner Deutsch-Kurdische Verein Komala Kurdistan, der die Aktion unterstützt, vertritt die Meinung, daß die kurdischen Farben und der kurdische Stern nach den teilweisen Wiedergelassungen ebenfalls als wiederzugelassen gelten müssen. Eine entsprechende Klärung soll eingeleitet werden. — (maf)



## „... deshalb muß Herr C. dem Arbeitsmarkt zugeführt werden“

Hamburg. Mit dieser für einen Kollegen katastrophalen Aussage glaubte die Berufsgenossenschaft Chemie (BG) das Anerkennungsverfahren einer Berufskrankheit im Mai 1994 beenden zu können. Betroffen war ein Kollege der Hamburger Aluminium Werk GmbH (HAW). Dem Kollegen, 42 Jahre alt und zu 50 % schwerbehindert (u.a. wegen einer Atemwegserkrankung), hatten medizinische Gutachter im Auftrag der BG bescheinigt, daß er wegen seiner Atemwegserkrankung zukünftig nur noch an nicht staubbelasteten Arbeitsplätzen arbeiten kann. Solche Arbeitsplätze sind aber in den Produktionsbereichen der Aluminiumhütte fast nicht vorhanden! Die Schaffung solcher behindertengerechter Arbeitsplätze, z.B. durch Änderung der betrieblichen Arbeitsorganisation, ist bisher gescheitert. Man plant seitens der HAW aktuell jetzt sogar zwei dieser wenigen Arbeitsplätze aus dem Betrieb auszugliedern und die Arbeiten an eine Fremdfirma zu vergeben! Dadurch sollen Lohnkosten gespart werden.

Für HAW gibt es bei der Beschäfti-

gung gesundheitlich angeschlagener Kollegen fast immer nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist ein Mitarbeiter in seinem Beruf oder Tätigkeit vollwertig einsetzbar, oder er ist für den Betrieb nicht mehr „tragbar“. Dieser Standpunkt der HAW-Geschäftsführung ist inzwischen ein Streitpunkt in mehreren Kündigungsschutzklagen.

In dieser Situation stellt sich für die Kollegen und den Betriebsrat der HAW die Frage: Ist es für von einer Erkrankung betroffene Kollegen noch ratsam, eine Berufskrankheit anzuzeigen? Es besteht doch für diesen Kreis der Kollegen die Gefahr, daß zusätzlich zu einer ohnehin geschädigten Gesundheit auch noch ein Verlust des Arbeitsplatzes bei HAW droht!

(aus einer Pressemitteilung des Betriebsrats von HAW)

## NPD-naher Richter auch am Essener Arbeitsgericht

Essen. Obwohl dem rechten Deutschen Arbeitnehmerverband (DAV) inzwischen das Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Arbeits- und Sozialrichter abkannt wurde, gibt es in NRW noch acht Richter, die von ihm ins Amt gehö-



## DÜSSELDORF

## Gegen Wahlzulassung von Faschisten

Der Landeswahlausschuß für Nordrhein-Westfalen hat am 19.8.1994 auch die Landesliste der REP zu den Bundestagswahlen zugelassen. Da NPD, DVU und andere offen faschistische Organisationen gar nicht erst antraten, werden sich hier rechtsradikale Stimmen bündeln. Immerhin: Sowohl der Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen als auch die beiden CDU-Vertreter enthielten sich bei der Abstimmung über die REP-Kandidatur der Stimme.

Auch in diesem Jahr hatten sich die VVN-BdA und die Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW in Briefen an den Landeswahlleiter gegen die Zulassung faschistischer Organisationen zu den Bundestagswahlen ausgesprochen. Im Brief der Landeskonferenz heißt es:

„Eine nur formale Behandlung der Berechtigung faschistischer Wahlkandidaturen, der Ausstrahlung hetzerischer Wahlsports in den Medien, des Zur-

Verfügung-Stellens öffentlicher Flächen und öffentlicher Räume für solche Wahlpropaganda ist ganz offensichtlich ebenso unerträglich wie unangemessen. Auch die aktuelle Diskussion in juristischen Zusammenhängen weist darauf hin, daß z.B. das Programm der REP ... hinreichend Anhaltspunkte dafür abgibt, sie als eindeutig in der ideologischen Tradition der NSDAP stehende Nachfolgeorganisation zu verbieten.“

Durch diese Briefe wurde die Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Positionen auch im Landeswahlausschuß gefördert. Gleichzeitig gab es an einigen Orten Aktionen: In Köln erhielt der Kreiswahlleiter etliche Postkarten, in Essen protestierten rund 40 Leute vor der Sitzung des Kreiswahlausschusses mit einem Transparent. Das war der Auftakt für Veranstaltungen, Veröffentlichungen und weitere Aktionen mit dem Ziel:

„Keine Stimme für Faschisten!“  
— (wof)

## 1. SEPTEMBER: ANTIKRIEGSTAG IN STUTTGART

## Gegen den Einsatz im Ausland!

Die Stuttgarter Friedenskoordination ruft auf, am Antikriegstag gegen das Karlsruher Urteil, das die BRD zur Kriegsführung ermächtigt, zu demonstrieren.

„Deutsche dürfen wieder schießen“, titelte das Offenburger Tagblatt am 13. Juli 1994 zum tags zuvor verkündeten Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) ... 55 Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch das Deutsche Reich ermächtigt der Zweite Senat des BVerfGE (mit 4:4 Stimmen) den Bund, im Rahmen der NATO, WEU, KSZE und UNO weltweit Krieg zu führen. Für auswärtige Militäraktionen genügt künftig die einfache Mehrheit im Bundestag. Auf 142 Seiten räumen die die Entscheidung tragenden Richter mit z.T. unglaublichen Auslegungen grundgesetzlicher Bestimmungen den gesellschaftlichen Nachkriegskonsens ab, militärische Gewalt (bei einem Angriff von außen) nur zur Verteidigung einzusetzen. Die 1949 ins

Grundgesetz aufgenommene Bestimmung des Art. 24 Abs.2, daß der ‚Bund sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen‘ könne, wird 45 Jahre später als die vorausschauende generelle Ermächtigung ausgelegt, die damals verbotene Bundeswehr jetzt global einsetzen zu können ...“

So heißt es in einem Flugblatt der Friedenskoordination.

Die Aktion beginnt am 1.9. um 18 Uhr mit einer Demonstration ab der Liederhalle. Bei der anschließenden Gedenkfeier und Kranzniederlegung des DGB am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus spricht Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland; Tobias Pflüger vom Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg informiert über die Kampagne „Jäger 2000 stoppen – Soziale Sicherheit schaffen“. Um 20 Uhr lädt der DGB zu einer Veranstaltung mit Ignatz Bubis ein. — (evc)

ben wurden. Einer ist am Arbeitsgericht Essen tätig. Drei DAV-Richter wurden bisher abberufen, darunter der Ex-Landesvorsitzende der NPD, Markert, in Bochum und der Ex-Bundesvorsitzende der Wiking-Jugend, Nawrath, in Aachen. Die ÖTV-Bezirksleitung hat die Landesregierung erneut aufgefordert, auch die Abberufung der verbliebenen Richter zu betreiben, der DAV sei eine „Tarnorganisation“ der NPD. Der Präsident des Landesarbeitsgerichts Hamm, der sich gegen weitere Abberufungen sperrt, war im Ministerium für die Berufung der Richter verantwortlich. — (wof)

## Polizeiüberfall auf kurdische Jugendliche

Bonn. Am vergangenen Donnerstag haben Polizeikräfte in Bonn eine Fahrrad-Demonstration kurdischer Jugendlicher mit brutaler Gewalt unterbunden. Die Jugendlichen wollten auf einen Aufruf des kurdischen Jugendverbandes hin mit Fahrrädern nach Genf fahren, wo der Menschenrechtsausschuß der UNO tagt. Die Polizei provozierte, indem sie die Entfernung „illegaler Symbole“ und das Ausziehen von

T-Shirts verlangte, die an den von einer deutschen Polizeikugel erschossenen Halim Dener erinnerten. Als die Jugendlichen nachgaben, begann die Polizei mit provokatorischen „Personalienkontrollen“. Darauf zogen die Jugendlichen ihre T-Shirts wieder an. Die Polizei griff die Gruppe (ca. 100 Jugendliche) mit brutaler Gewalt an, zahlreiche Jugendliche wurden durch schweren Knüppel Einsatz verletzt, eine junge Frau lebensgefährlich, die Fahrräder beschlagnahmt, 92 Personen vorübergehend festgenommen. Inzwischen sind die meisten Verhafteten wieder frei. Gegen sie laufen Ermittlungsverfahren. Innenminister minister Kanther bedankte sich bei der Polizei und forderte die sofortige Einleitung von Ausweisungen. Nach letzten Meldungen sollen sich kurdische Jugendliche mit Autos Richtung Genf bewegen, um ihre Aktion doch noch zu Ende zu bringen. — (rül)

## Menschenjagd mit Laserwaffen „nicht grob ungehörig“

München/Augsburg. Im Laserdrome werden „Spiele“ angeboten, bei denen sich die Beteiligten mit Laserwaffen „Tref-

## VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT BADEN-WÜRTTEMBERG

## REP als rechtsextremistisch eingestuft

In dem am 21. Juli veröffentlichten Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1993 wird die Partei der „Republikaner“ erstmals als rechtsextremistische Organisation eingestuft. Auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gelten die Republikaner als rechtsextremistisch.

Auf zehn Seiten setzt sich der Bericht mit der Tätigkeit der „Republikaner“ auseinander. So wird aufgezeigt, daß die Außendarstellung der „Republikaner“ als Sammlungsbewegung demokratischer Patrioten durch Stellungnahmen und Publikationen sowie durch Aussagen führender Funktionäre ad absurdum geführt wird. Die verbale und formale Abgrenzung gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien wie der DVU und der NPD wird eher als Taktik bewertet, da die Übergänge zwischen den inhaltlichen Aussagen der „Republikaner“ und denen der anderen rechtsextremistischen Parteien oftmals fließend sind.

Des weiteren gehen die VerfasserInnen auf die fremdenfeindliche Agitation der Partei ein. Starke Probleme bereitet mir allerdings auch eine Formulierung der VerfasserInnen des Berichtes in diesem Abschnitt. So ist hier u.a. zu lesen: „(...) Problemlösungen werden vereinfacht dargestellt und Mißstände und wirtschaftliche Schwierigkeiten einseitig den Ausländern und Asylbewerbern angelastet.“ Diese Formulierung suggeriert, daß Ausländer und Flüchtlinge an den Schwierigkeiten tatsächlich mitschuldig sind. Ich will den VerfasserInnen nichts Schlechtes unterstellen, aber es wäre angebracht, bei weiteren Publikationen über diese Thematik besonders sorgfältig auch auf die eigenen Formulierungen zu achten.

Baden-Württembergs Finanzminister Mayer-Vorfelder (CDU) kritisierte den Verfassungsschutzbericht '93 als „eindeutig rechtslastig, weil er umfassend die Republikaner als rechtsextremisti-

sche Partei, kaum aber die PDS behandelte“.

Die PDS wird im Verfassungsschutzbericht als sogenannter „Prüffall“ behandelt, d. h. sie wird anhand offen zugänglichen Materials beobachtet. Innenminister Birzele (SPD) wies die Kritik Mayer-Vorfelders als „unbegründet und abwegig“ zurück.

Nach wie vor im Verfassungsschutzbericht erwähnt wird die VVN-BdA und zwar wird sie als Vorfeldorganisation der DKP dargestellt. Allerdings wird im Gegensatz zum Bericht 1992 zusätzlich folgendes festgestellt:

„Tatsächlich engagieren sich in der VVN-BdA bis heute zahlreiche Bürger, die auf diese Weise etwas gegen den zunehmenden Rechtsextremismus unternehmen wollen und keinerlei Nähe zu kommunistischen Grundpositionen haben. Die Beobachtung der VVN-BdA durch das Landesamt für Verfassungsschutz bezieht sich daher auch nicht auf diese Personen, sondern resultiert im wesentlichen aus den bis heute fortbestehenden Verflechtungen der VVN-BdA mit der DKP.“ Das Zitat macht folgendes deutlich:

1. Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) gleicht nach jeder Wahl in der VVN-BdA die Namen der Gewählten mit dem Personenregister P2 (Funktionsträger in linken Gruppierungen) im nachrichtendienstlichen Informationssystem der Verfassungsschutzämter ab.

2. Auf die VVN-BdA wird so ein gehörriger Druck ausgeübt, sich von Mitgliedern der DKP in ihren Reihen zu distanzieren, und damit ihren Charakter als Bündnisorganisation in Frage zu stellen.

Abgesehen davon, daß die Tätigkeit solcher Ämter wie des LfV eine Verschwendung öffentlicher Gelder darstellt, wird es höchste Zeit, die VVN-BdA seitens des Amtes in Ruhe zu lassen.

— (cas, gekürzt aus: Kommunale Berichte Stuttgart)



Karikatur: Komm. Can



Neofaschistische Kommunalpolitik am Beispiel Köln - Umtriebe und Hetzkampagnen der Deutschen Liga und der Republikaner

Hrsg. AK Neofaschismus in der VVN/BdA Köln. 40 Seiten, Preis: 5,- DM  
Bezug bei: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

fer“ zufügen, die durch leuchtende Sensoren auf Brust und Rücken registriert und vom Computer ausgewertet werden. Gegen ein Verbot der Laserjagd prozessierte ein Unternehmer in München. Der Verwaltungsgerichtshof entschied: das Laserdrome bietet für „martialische Illusionen kaum einen Ansatz“ und sei nicht „grob ungehörig“. Auch die Stadt Augsburg wollte den Laserdrome-Betrieb unterbinden. Im Unterschied zu München, wo das Verbot mit dem Gewerberecht begründet wurde und das Gericht in dessen Rahmen die moralisch-sittliche Frage des Spiels prüfen mußte, ging es bei der Gerichtsverhandlung im Juli 1994 in Augsburg um das Baurecht. Die Stadt hatte erklärt, sie wolle Gewerbeflächen sichern und Vergnügungsstätten machen langfristig die Planung dafür kaputt. Auch hier wurde die Entscheidung der Stadt aufgehoben: trotz der Veränderungssperre könnten in Gewerbegebieten Vergnügungsstätten zugelassen werden. Die Stadt müsse noch einmal entscheiden und die Frage der Ausnahme klären. Zugleich betonte das Gericht aber, eine Verpflichtung zur Erteilung einer Baugenehmigung für das Laserdrome bestehe nicht. — (baf)

# Mannheimer Deckert-Urteil

## Offener Revisionismus und Förderung des Neonazi Deckert

Sogar Helmut Kohl bezeichnete das Mannheimer Urteil als Schande, denn tags zuvor hatte auch die internationale Presse in Leitartikeln über die Begründung berichtet. Drei, vier Tage lang beherrschte sie die Leitartikel fast aller Zeitungen und die Aufreißer der TV-Nachrichtensendungen.

Aber während *BILD* gleich wetterte: „Den Richter ablösen und den Gerichtspräsident gleich dazu!“ klang das bei der *FAZ*, Zentralorgan der deutschen Mächtigen und Hauptträgerin der revisionistischen „Historikerdebatte“, zunächst anders: Ein Kommentar mahnte „ruhige Betrachtung“ an, die hier, „wie man sieht, nicht möglich“ sei, entschuldigte das Gericht und seine „mißverständliche“ Formulierung und kritisierte die Urteilsschelte durch Politiker.

### Das Urteil

Nötig war das Verfahren bekanntlich, weil der BGH im März 94 das erste LG-Urteil vom November 1992 kassiert hatte. Grund: Volksverhetzung sei nicht ausreichend nachgewiesen. Für internationale Proteste sorgte die BGH-Neu-Definition: Die „einfache Auswütlung“ werde erst durch NS-Ideologie zur Volksverhetzung. Revisionismus an sich also erlaubt?

Beim Verfahren im Juni wurde Deckert zuvorkommend behandelt. Das viel zu niedrige Erst-Urteil wurde bestätigt. Jetzt kam die schriftliche Urteilsbegründung ans Licht.

### Ehrenhafter Nazi

Zum einen wird darin höchstes Verständnis für den Biedermann Deckert entwickelt (O-Ton Deckert: „Die haben mich so gesehen, wie ich mich selber sehe“): „Intelligent“, „charakterstark“, „glaubhafter“ Familienvater, „allseits beliebter und erfolgreicher Lehrer“, nichts mit Gewalttaten der Neonazis zu tun. Als „Ersttäter“ werde er auch künftig „so wie bisher ... strafrechtliche Verstrickungen vermeiden“.

Man erschrickt immer wieder bei mehrmaliger Lektüre des Urteils, über das der Landgerichtspräsident nachträglich „erklärte“: Die Richter hätten „nicht damit gerechnet, daß es auch publik werden könnte“. Immer stärker

wird der Eindruck, das Gericht wolle sich für die — wenn auch laxen — Verurteilung eines ehrenhaften Mannes entschuldigen. Eines Mannes, der viele Male angeklagt, mehrfach verurteilt wurde (ein für Freitag angesetzter weiterer Berufungsprozeß wurde vorsichtshalber kurzfristig auf nächstes Jahr verschoben). Eines Mannes, der als geistiger Brandstifter, Aufhetzer und Verführer von Jugendlichen, Beleidiger, Fälscher nicht nur in Weinheim und Umgebung bekannt ist.

### Staatlicher Revisionismus

Noch viel schlimmer aber sind die Ausführungen zu Deckerts Revisionismus: „Diese Denkmethode“ wird als „nicht strafbare“ „Forschung“ definiert. Zwar werden seine Tiraden als Volksverhetzung gekennzeichnet, aber immer und immer wieder mit „berechtigtem Interesse“ entschuldigt, „die nach Ablauf fast eines halben Jahrhunderts immer noch aus dem Holocaust gegen Deutschland erhobenen Ansprüche abzuwehren“.

Die Schadensbegrenzer behaupten, dies sei die nur mißverständlich wiedergegebene Position Deckerts. Das Gegenteil wird deutlich beim Kernsatz, in dem normaler, bürgerlicher Revisionismus von Deckert abgegrenzt wird: „Es hätte zur Verfolgung des von ihm angestrebten Zweckes völlig ausgereicht,

auf die lange seit der nationalsozialistischen Judenverfolgung verstrichene Zeit, den Umfang der bereits erbrachten deutschen Sühneleistungen sowie die ungesühnten und unbereuten Massenverbrechen anderer Völker hinzuweisen.“

### Reaktionen

Wahrscheinlich hat auch das Medien-Sommerloch die lange andauernde Heftigkeit der Reaktionen begünstigt. Immerhin aber führte der braune Richterspruch, der „Freibrief für Neonazis“ (Bubis) zu einem Proteststurm in In- und Ausland: Gewerkschaften, jüdische und christliche Organisationen, Politiker, ja zum ersten Mal in seiner Geschichte der Deutsche Richterbund; und nicht zu vergessen Kohl, er natürlich schadensbegrenzend („Unsere Richter sind auf dem rechten Auge nicht blind. Aber dieses Urteil ist eine Schande“) und mit dem obligatorischen Hinweis, das „Urteil schade dem deutschen Ansehen im Ausland“.

In vielen Medien-Kommentaren wurde das Urteil als Aufforderung an Neonazis zur Nachahmung kritisiert, als Verhöhnung der Opfer des Holocaust und der Opfer der heutigen nazistischen Mordbrennerei. Das rechte Weltbild, geschürt von der gesamten konservativen Bürgerlichkeit von Historikerdebatte bis Streithofen, dieses Weltbild,

das erst zu einem solchen Text führen kann, wurde angekratzt. Niemand fand sich (außer z.T. der *FAZ*), der die revisionistischen Töne verteidigen mochte.

### Richter-Absetzung

Der Druck war zu stark. Die Kritik zu breit. Mehr und mehr kamen die Richter in öffentliche Diskussion. Der Landgerichtspräsident hatte Konsequenzen für die Urteilsverfasser strikt abgelehnt, um Entschuldigung und Nachsicht für die „mißverständlichen Formulierungen“, hervorgerufen durch „Mangel an gedanklicher Sorgfalt und Sensibilität“, geworben, eben für einen „Betriebsunfall“. Richter Orlet, aus alten Heidelberger Studentenprozessen als Scharfmacher und strammer Rechter bekannt, hatte den Begründungstext verfaßt, er verteidigt das Urteil als in Ordnung. Vorsitzender Richter Müller kritisiert die Veröffentlichung des Urteils, bedauert „unglückliche Formulierungen“, er „verabscheue nationalsozialistische und antisemitische Ideen“. Im Text ist davon nichts zu finden!

Eine Woche nach Veröffentlichung des Urteils gab das Präsidium des Landgerichts die Ablösung beider Richter von ihrer bisherigen Verwendung bekannt (sie bleiben aber richtend am Landgericht) — wenn auch realsatirischerweise begründet mit einer angeblichen „dauernden krankheitsbedingten Verhinderung“, gegen die sich inzwischen angeblich beide Richter verwahrt haben.

Durch Deutschland und seine Presse ging ein Aufatmen. Die von der VVN eingereichte Anzeige gegen die Richter wegen Volksverhetzung zerstöre die „Unabhängigkeit der Gerichte“. Bezüglich der Richter sei Genüge getan. Das Urteil müsse nun der der BGH „begradigen“! Es bleibt Angst zumindest vor Teilen der Justiz, die wie in Weimar zumindest z.T. mit Neonazis übereinstimmen, sie hoffähig machen, ihnen zum Durchbruch verhelfen. — (ant)

### Broschürenhinweis:

„Günter Deckert — Biedermann und geistiger Brandstifter — Eine Materialsammlung“ — 40 Seiten A5, 3 DM pro Exemplar (zuzüglich 3 DM Porto pro Bestellung). Hrsg: Antifaschistisches Aktionsbündnis Weinheim. Bestellung an: Pumuckl, L14,6; 68161 Mannheim.



Bild: H. R. Roos

**Ehrenwerter Neonazi:** Der Angeklagte war „ein allseits beliebter und erfolgreicher Lehrer, der sich im Dienst nie einer Verfehlung schuldig gemacht hat.“

„Denn der Angeklagte hat in der Hauptverhandlung einen guten Eindruck hinterlassen. Es handelt sich bei ihm um eine charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen, seine politische Überzeugung, die ihm Herzenssache ist, verfiert er mit großem Engagement und erheblichem Aufwand an Zeit und Energie. Seine gute, schon fast 30 Jahre währende Ehe gibt ihm festen Halt, hinzu kommt eine sehr positive Beziehung zu Tochter, Schwiegersohn und Enkel. Einem so gearteten Manne glaubt die Kammer das Bekenntnis zur Rechtstreue. (...) Dies gilt um so mehr, als er ... nicht vorbestraft ist, obwohl er seit über 30 Jahren im politischen Leben steht und die Hitze der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden hochgradig geeignet erscheint, zu Straftaten

zu führen. Außerdem ist der Angeklagte ein Mann von hoher Intelligenz“.

„Außer Acht zu bleiben haben in diesem Zusammenhange die sich in den letzten Jahren häufenden Gewalttaten gegen Asylantenunterkünfte, Ausländer, jüdische Einrichtungen u.ä., denn das gesamte Verfahren hat keinerlei Hinweis dafür erbracht, daß der Angeklagte jemals zur Gewalt aufgerufen hat ... so daß ihn nach all dem kein billig und gerecht Denkender damit in Zusammenhang bringen wird.“

### Staatlicher Revisionismus:

„Aufgrund seiner betont nationalen Einstellung jedoch nimmt er den Juden ihr ständiges Insistieren auf dem Holocaust und die von ihnen aufgrund desselben auch nach nahezu fünfzig Jahren nach Kriegsende immer noch erhobenen finanziellen, politischen und moralischen Forderungen

Deutschland gegenüber bitter übel. (...) Im übrigen bekennt sich der Angeklagte zum Revisionismus, d.h. er hält es für geboten, auch als gesichert geltende historische Tatsachen immer wieder mittels der Forschung zu überprüfen ..., diese Denkmethode beinhaltet nichts Strafbares.“

„Eine starke emotional gesteigerte feindseligen Haltung ... wollte der Angeklagte aus seinem bitteren Ressenti-

ment gegen die Juden heraus in den Angesprochenen auch hervorgerufen, um auf diese Weise im deutschen Volk die Widerstandskräfte gegen die aus dem

Holocaust abgeleiteten jüdischen Forderungen zu stärken. (...) Zwar mag man der Auffassung sein, daß der Angeklagte ein berechtigtes Interesse wahrgenommen hat, indem er bestrebt war, die nach Ablauf fast eines halben Jahrhunderts immer noch aus dem Ho-

locaust gegen Deutschland erhobenen Ansprüche abzuwehren. Jedoch hat er dazu nicht das erforderliche und angemessene Mittel eingesetzt, sondern ist über dieses weit hinausgegangen, indem er die Opfer lächerlich machte; es hätte zur Verfolgung des von ihm angestrebten Zweckes völlig ausgereicht, auf die lange seit der nationalsozialistischen Judenverfolgung verstrichene Zeit, den Umfang der bereits erbrachten deutschen Sühneleistungen sowie die ungesühnten und unbereuten Massenverbrechen anderer Völker hinzuweisen.“

„Nicht außer Acht gelassen wurde auch die Tatsache, daß Deutschland auch heute noch, rund fünfzig Jahre nach Kriegsende, weitreichenden Ansprüchen politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt ist, während die Massenverbrechen anderer Völker ungesühnt blieben, was, jedenfalls aus der politischen Sicht des Angeklagten, eine schwere Belastung des deutschen Volkes darstellt.“

### DOKUMENTIERT:

## Aus dem Urteil



# Volksbegehren in Sachsen gestartet

Sein Anliegen: Verankerung von einklagbaren sozialen Grundrechten in der Verfassung

Von Barbara Wegner

**S**eit einigen Tagen sind BürgerInnen des Freistaates auf Achse, um Unterschriften für das Volksbegehren zu sammeln. Begehrt wird die Aufnahme sozialer Grundrechte in die Verfassung Sachsens:

- \* das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung
- \* das Recht auf angemessenen Wohnraum
- \* das Recht auf soziale Grundsicherung
- \* das Recht auf Bildung ohne Diskriminierung.

## Ein kurzer Rückblick

Im Mai 1992 stimmten 132 von 160 Abgeordneten der Verfassung des Freistaates Sachsen an Stelle des Volkes zu. Diese enthält zwar unverbindliche soziale Staatszielbestimmungen, aber — entgegen den Forderungen der Fraktion LL-PDS — keine einklagbaren sozialen Grundrechte. Am 14. Oktober 1993 setzten die Medizinerin Dr. Petra Pavel, Vorsitzende der „Initiative für ein demokratisch verfaßtes Sachsen e.V.“, der Rechtsanwalt Klaus Bartl, Vorsitzender der Fraktion Linke Liste-PDS im Sächsischen Landtag, sowie der Germanist Prof. Dr. Peter Porsch, Vorsitzender des Landesverbandes der PDS Sachsen, als Vertrauenspersonen gemäß Artikel 71 der geltenden Verfassung einen Volksantrag in Gang, um die Aufnahme der oben genannten vier sozialen Grundrechte in die Verfassung zu erwirken. Obwohl fast 58900 Stimmberechtigte den Volksantrag mit ihrer Unterschrift unterstützten — 40000 waren nötig —, lehnte ihn der Landtag am 18. März 1994 ab. Am 31. März 1994 haben die Vertrauenspersonen gegenüber dem Präsidenten des Sächsischen Landtages die Einleitung eines Volksbegehrens erklärt.

Der offizielle Start für das Plebiszit ist vollzogen. Auf einer Pressekonferenz Anfang August 1994 argumentierte MdL Klaus Bartl, daß, um 450000 Unterschriften zu erreichen, jede/r 6. bis 7. wahlberechtigte/r BürgerIn Sachsens



das Begehren unterstützen müßte. Kein leichtes Unterfangen. Dennoch — „Wir würden es uns nicht verzeihen, es nicht versucht zu haben“, so Dr. Petra Pavel. Rund 150 Persönlichkeiten Sachsens haben schon vor Wochen ihre Unterstützung zugesagt, darunter Pfarrer, Vertreter von Verbänden, Künstler und Sportler. Unbestritten ist jedoch, daß die Strukturen der PDS Sachsen eine der wesentlichsten Stützen für die Organisation der Unterschriftensammlung sein werden. Sie hätten es nicht sein müssen.

Die SPD in Sachsen will für mehr Gerechtigkeit sorgen, glaubt man der Werbung auf einem Plakat. Was aber ist mehr Gerechtigkeit als z.B. für alle Sachsen einen angemessenen Wohnraum bei sozial verträglichen Mieten und Lasten zu gewährleisten, Obdachlosigkeit sofort einzudämmen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sich für eine Umverteilung vorhandener Arbeit zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze zu engagieren, gesetzliche Rahmenbedingungen zur Erhaltung und zum Ausbau der Sozialpflicht des

Staates zu schaffen, der Zunahme von Armut entgegenzuwirken sowie Bildung nicht vom Geldbeutel, vom Geschlecht oder der Herkunft abhängig zu machen? Mit der Verankerung der sozialen Rechte als Grundrechte in der Verfassung wäre der Staat in der Pflicht, gesetzliche Ausgestaltungen vorzunehmen. Kein erstrebenswertes Ziel für SPD oder B'90/Grüne?

Der PDS hingegen im Verein mit der CDU vorzuwerfen, sie mache das Volksbegehren zu ihrem „Wahlkampfschlag“, ist lediglich BILD-Niveau. Daß der Start zum Volksbegehren in die heiße Phase des Wahlkampfes fällt, ist weder Verdienst der PDS noch von ihr gewollt, sondern geschuldet der Verzögerung durch „bürokratische“ (?) Hürden. Erst Ende Juli 1994 wurde im Amtsblatt Nr. 43 vom Präsidenten des Landtages das Volksbegehren öffentlich bekanntgemacht — wesentlichste Voraussetzung, mit der Sammlung von Unterschriften überhaupt beginnen zu können. Übrigens — zum Zeitpunkt der Pressekonferenz am 9. August lag den Vertrauenspersonen nur der von der

Staatskanzlei per Fax übermittelte Auszug aus diesem Amtsblatt vor. Weitere Amtsblätter bis Nr. 47 sind bereits erschienen. Auch die Verordnung zum Volksgesetzgebungsgesetz mit dem amtlichen Muster für einen Unterschriftenbogen kam erst am 30. Juli 1994 heraus. Alles Zufall?

Bis Februar 1995 haben die Initiatoren Zeit, die 450000 vorgeschriebenen Unterschriften einzuholen. Liegen diese vor, muß ein Volksentscheid zur Änderung der Verfassung durchgeführt werden. Das Volksbegehren will Pflöcke setzen in einer Zeit, wo die sozialen Dämme brechen, in der die Politik der Mächtigen Solidarverträge der Gesellschaft aufkündigt, in der allgemein die Weichen auf Privatisierung aller Lebensrisiken gestellt werden.

Die Hürden für ein Gelingen des Plebiszits sind wahrlich nicht gering, auch weil jede einzelne Unterstützerunterschrift der amtlichen Bestätigung bedarf. Zumindest eine „Hürde“ ist genommen: der dem Volksbegehren zugrundeliegende Gesetzentwurf ist laut Schreiben vom amtierenden Landtagspräsidenten Dr. Rudolf, SPD, vom 4. August 1994 verfassungskonform.

Wörtlich heißt es darin: „Diese Überprüfung hat zu dem Ergebnis geführt, daß die nach der Reduzierung nunmehr im Entwurf enthaltenen Bestimmungen nicht als verfassungswidrig erscheinen. Dies gilt allerdings überwiegend nur nach Überwindung erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken im Wege der verfassungskonformen Auslegung. Aus diesem Grunde wird von einer Vorlage an den Sächsischen Verfassungsgerichtshof abgesehen.“

Sachsens Justizminister Heitmann, CDU, teilte auf eine Anfrage von Dr. Michael Friedrich, Mitglied der Fraktion LL-PDS, mit, daß ein Mißbrauch der personenbezogenen Daten auf den Unterschriftenlisten ausgeschlossen sei. Die mit der notwendigen Überprüfung befaßten Bediensteten seien zur Wahrung des Datengeheimnisses besonders verpflichtet. Eine Verletzung ist nach § 353b des Strafgesetzbuches strafbewehrt.

Es liegt also jetzt an den BürgerInnen Sachsens, sich durch die Unterstützung für das Volksbegehren deutlich Gehör zu verschaffen.

## Leipziger SPD diszipliniert

**F**ast könnte man zweifeln, daß nur die PDS die „Nachfolgepartei“ der SED ist. Was man heute den früheren Parteikontrollkommissionen der SED vorwirft, ist gegenwärtig Praxis bei der Leipziger SPD.

Da denkt ein SPD-Bundestagsdirektkandidat, Michael Müller, laut über eine Zusammenarbeit, ja letztlich ein Zusammengehen mit der PDS nach. Sofort werden die notwendigen Gremien zusammengerufen und die Bundestagskandidatur im nördlichen Leipziger Wahlkreis zurückgezogen. Dies selbst im Wissen, daß eine neue Kandidatur nicht mehr möglich ist, also kein SPD-Direktkandidat in diesem Wahlkreis antritt.

Da tritt ein SPD-Mitglied, Karl-August Kamilli, ehemals Spitzenmann der SPD nach der Wende in Leipzig, weil ihn die Genossen nicht mehr nominieren als Einzelkandidat im südlichen

Leipziger Wahlkreis für den Bundestag an. Als dies bekannt wird, droht man ihm mit dem Parteiausschluß, wenn er sein Vorhaben nicht aufgibt. Am Freitag wurden die Direktkandidaturen in den Wahlkreisausschüssen, so auch die von Kamilli, bestätigt. Bereits am Montag beschloß der Landesvorstand, daß die Mitgliedschaft von Kamilli drei Monate ruht, und leitete ein Schiedsverfahren ein.

Da gründen fünf junge SPD-Mitglieder eine Arbeitsgruppe der Jusos, obwohl es das „laut Statut gar nicht gibt“, wie Unterbezirkschef Thürmer sagt. Junge Sozialisten wollen sie sein, statt junge Sozialdemokraten, und sich abgrenzen von den national-konservativen Jusos in Leipzig. Sofort wird nach Wegen gesucht, die jungen Mitglieder zu disziplinieren.

Nur gut, daß sich die 5100 Mitglieder zählende sächsische SPD zu einem gu-

ten Teil aus eingeflogenen „Aufbauhelmen“ aus dem Westen rekrutiert und bei den „Ossis“ darauf achtet, daß möglichst keine SED-Mitglieder darunter sind, sonst wäre denen die Ähnlichkeit dieser Reaktionen mit früheren Zeiten sicher schon aufgefallen. Auch in Anbetracht der großen Wahlwerbetafeln im Leipziger Stadtbild mit dem Text: „Gegen die alten und neuen Ungerechtigkeiten der PDS und CDU — Wählt SPD“ wirkt der innerparteiliche Rummel nicht gerade stimmungsfördernd.

Für das eigentliche Problem, den gegenwärtigen Wahlkampf, hat die Leipziger SPD aus oben genannten Gründen wenig Zeit. Auch bleibt wegen der Auseinandersetzungen kaum Zeit, über die aufgeworfenen inhaltlichen Fragen zu reden. Sicher geht der Offene Brief von Michael Müller an seine SPD-Genossen, in dem er in neun Punkten Gründe für das Zusammengehen mit der PDS dar-

## Bundestagskandidatur aberkannt, Parteiausschmiß angedroht

legt, für viele etwas weit. Fordert er doch darin nicht etwa die Tolerierung der sachsen-anhaltinischen Verhältnisse, nach deren begründet aus der Geschichte der Linken seit 1918 und den Verhältnissen in Ostdeutschland nach 1989 die Notwendigkeit einer Vereinigung von SPD und PDS.

Dabei kann man dem Leipziger Theologen, der 1989 zu den Mitbegründern der Leipziger SPD gehörte, keinesfalls eine besondere Nähe zur PDS nachsagen.

Sein offener Brief macht aber auch deutlich, daß nicht wenige SPD-Mitglieder über das Verhältnis zur PDS und die Gestaltung der parlamentarischen Arbeit mit der PDS nachdenken und die totale Abgrenzung, wie sie auf den großflächigen Werbetafeln zur Landtags- und Bundestagswahl deutlich wird, nicht für sinnvoll halten.

— (sta)

## BERLIN

Endlich konsequent  
gg. Polizeiübergriffe?

Berlin. Mit überraschender Konsequenz ist die Berliner Polizeiführung jetzt gegen 20 Polizisten eines Kreuzberger Bereitschaftszugs vorgegangen. Am 17.8. wurden zunächst neun Beamte vorläufig festgenommen, Diensträume und Wohnungen wurden durchsucht. Der Zug ist mittlerweile aufgelöst worden. Zehn Beamte, gegen die ermittelt wird, sind vom Dienst suspendiert.

Ausgelöst wurde die Aktion dadurch, daß die Beamten verdächtigt wurden, im Mai drei festgenommene Skinheads mißhandelt zu haben. Im Gegensatz zu vielen anderen Fällen muß dies erhebliches Ermittlungsinteresse ausgelöst haben: Eine interne, verdeckte Untersuchung wurde eingeleitet. Die Beamten wurden seit Juli observiert. Weitere Vorwürfe wurden gesammelt. So sollen die Beamten private Schlagwerkzeuge eingesetzt haben und Anzeigen zurückgehalten haben. In der Beobachtungszeit haben sie noch einen rumänischen Festgenommenen mißhandelt. Die Anzeige der drei Skinheads erfolgte offenbar erst in Abstimmung mit den Ermittlern Anfang August. Die Öffentlichkeit vermutete hinter dem Vorgehen zunächst einen Zusammenhang mit der Verfolgung vietnamesischer Zigarettenhändler. Gegen 27 andere Beamte laufen bereits Verfahren wegen Mißhandlung von Vietnamesen. Über den Stand dieser Ermittlungen wird seit einiger Zeit geschwiegen. Diese Beamte üben weiter ihren Dienst aus. Ermittlungen zu ausländischer Aktivitäten Berliner Polizisten im letzten Jahr waren im Sande verlaufen. Amnesty international nimmt die Entwicklung so ernst, daß sie in ihrem Jahresbericht 1993 darauf eingeht. ai beklagt sich auch darüber, daß Anfragen bei der Berliner Polizei unbeantwortet bleiben.

Im aktuellen Fall sieht es nicht danach aus, daß ausländerfeindliche Tendenzen in der Polizei geahndet würden. Ausgerechnet am Beispiel deutscher Skinheads soll wohl den Beamten angedeutet werden, daß bereits Festgenommene nicht weiter zu mißhandeln sind. Es spricht nicht gegen die Praxis, insbesondere gegen linke Demonstrationen, Leuten vor oder ohne Festnahme in provozierten Rangelagen teilweise schwere Verletzungen beizubringen. — (ard)

Wahlen in Brandenburg:  
Alternativen sind machbar

Vom Brandenburger Wahlkampf zur Landtagswahl am 11. September  
berichtet Bernhard Tschernig

Unter dieser Losung tritt die PDS Brandenburg zu den Landtagswahlen am 11. September an. Auf dem Wahlparteitag wurden rd. 100 Kandidaten für die Landesliste der Partei bestätigt. Nun hat der gegenwärtige Landtag 88 Plätze und damit die Mehrheit der PDS-Kandidaten also von vornherein keine Aussicht, in das Landesparlament einzuziehen. Ihre vielfach erklärte Absicht ist es aber, mit viel Engagement und Rückhalt vor den Wählern für die Ziele der PDS einzutreten. Wir meinen, daß allein dies schon ein Kriterium für die Akzeptanz der Brandenburger PDS ist.

Ihr Wahlprogramm steht unter obiger Losung mit dem Nachsatz: „Für ein Leben in Würde und sozialer Gerechtigkeit: Demokratie — Arbeit — Wohnen“. Das sind unseres Erachtens die Kernpunkte, die die Brandenburger Bürger gegenwärtig bewegen und die einer Lösung zugeführt werden müssen.

Dauerhaft und solide können Verbesserungen auf allen Gebieten nur erfolgen, wenn die wirtschaftliche, speziell die industrielle Basis entwickelt wird. Brandenburg muß vom Tropf des Bundes genommen werden, muß in eigener Verantwortung über seine Entwicklung entscheiden können. Gegenwärtig fehlen 400 000 Arbeitsplätze, verschlechtern sich ständig die Zugangsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt, reicht die wirtschaftliche Kraft nicht aus, eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung zu erreichen. Deshalb müssen die strukturbestimmenden Bereiche Kohle- und Energie, Umwelttechnik, Maschinenbau, Leichtindustrie, Chemie, Elektrotechnik/Elektronik und Konversion durch Landesbeteiligungen gestärkt werden. Nur auf einer solchen Grundlage ist es möglich, eine dauerhafte und sinnvolle Förderung des Mittelstandes, die die Partei anstrebt und an der sie sich mit eigenen Initiativen beteiligen wird, voranzubringen.

Die PDS hat sich an der Ausarbeitung der Brandenburger Landesverfassung

aktiv beteiligt. Sie setzt sich ein für die Förderung der demokratischen Mitwirkung der Bürger in allen Formen und auf allen Ebenen, nicht zuletzt durch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. Die PDS wird weiterhin um die Beendigung der rechtlichen und sozialen Diskriminierung von ehemaligen loyalen DDR-Bürgern wegen ihrer „Systemnähe“ kämpfen. Das betrifft auch die Ausgrenzung dieser Menschen aus dem öffentlichen Dienst. Schließlich geht es um mehr Durchschaubarkeit von Politik und Verwaltung und mehr Sicherheit für den Bürger im täglichen Leben vor Kriminalität und Gewalt.

Für ein Leben in Würde und  
sozialer Gerechtigkeit

Brandenburg braucht eine Neuorientierung in der Wohnungspolitik. Es muß nicht schlechthin mehr gebaut werden, sondern mehr sozialer und behindertengerechter Wohnungsbau erfolgen. Finanzielle und staatliche Instrumente sind einzusetzen, daß Wohnungen für Bürger bezahlbar sind, daß Brandenburger weder mit juristischen noch finanziellen Instrumenten von Haus und Grund, den sie seit Jahrzehnten nutzen, verjagt werden können.

Die PDS fordert eine Sozialpolitik, die das Wohnen, die Arbeit, Gesundheit, Betreuung im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit sichert, und sie weist auch nach, daß dies durch eine Arbeitsmarkt-Abgabe für Besserverdienende, durch einen Solidaritätszuschlag auf Einkommens- und Körperschaftssteuer sowie durch Umschichtung staatlicher Gelder ermöglicht werden kann. Gesundheitsversorgung muß für jeden möglich sein, unabhängig von Einkommen, Alter oder Geschlecht.

Eine Gesundung der Lage in der Landwirtschaft setzt die Streichung der sogenannten Altschulden aller landwirtschaftlichen Unternehmen und Einrich-

tungen voraus, verlangt die Förderung des ökologischen Landbaus anstelle weiterer Flächenstillegungen. Allen Unternehmensformen — unabhängig von ihrer Rechtsform — muß eine Perspektive geboten werden. Die PDS strebt die Erarbeitung eines Brandenburger Bodengesetzes an.

Die Frauen in Ostdeutschland, obwohl führend an der Wende 1989 beteiligt, sind, was ihre Rechte betrifft, die Verlierer der deutschen Einheit. Die PDS strebt die Wiederherstellung des Rechts der Frau auf ein selbstbestimmtes Leben an. Sie allein muß das Recht zur Entscheidung über ungeborenes Leben haben, sie muß durch bezahlte Arbeit ihre ökonomische Selbständigkeit verwirklichen können. Dazu muß ihre tatsächliche Chancengleichheit gegenüber dem Mann hergestellt werden.

Das Wahlprogramm widmet sich des weiteren noch einer Fülle von Problemen, die für die Lebensqualität im Lande ausschlaggebend sind, stellt sie aber alle auf die Grundlage ihrer Machbarkeit, d.h., ihre Realisierung ist eng verbunden mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Basis im Lande. Und schließlich wird das Programm auch in die Umgebung des Landes Brandenburg gestellt:

Die PDS ist unter den gegenwärtig herrschenden Bedingungen gegen eine Fusion der Länder Brandenburg und Berlin, unterstützt aber die notwendige Integration der Wirtschaft und des Verkehrs zwischen beiden Ländern.

Darüber hinaus sieht die Partei die besondere Verantwortung und Chance, die sich aus der Nachbarschaft Brandenburgs zu Polen ergibt.

Sie will dafür wirken, daß an Oder und Neiße kein neuer eiserner Vorhang aufgerichtet wird, sondern — im Gegenteil — alle Möglichkeiten der Integration zum gegenseitigen Vorteil genutzt werden.

B. Tschernig ist Pressesprecher des Landesvorstandes der PDS Brandenburg.

Berlin. Mehr als 1000 Teilnehmer hatte die Demonstration am 13.8. (siehe Bild rechts) gegen die angekündigten Feiern der faschistischen Szene zum Todestag von Rudolf Heß. Die Demonstration richtete sich insbesondere gegen Arnulf Priem (ganz rechts), einem der Hauptorganisatoren des „Rudolf-Heß-Marsches“, vor dessen Haus die Abschlussskundgebung stattfinden sollte. Dies wurde von der Polizei verboten mit der Begründung, Priem solle an den Pranger gestellt werden, ohne daß er Gelegenheit zur Stellungnahme habe. Rederecht für Faschisten auf antifaschistischen Kundgebungen?! Priem und 24 weitere Faschisten wurde am selben Tag in dessen Haus festgenommen, weil sie Journalisten vom Dach aus mit Stahlkugeln beschossen. Eine sofortige Hausdurchsuchung brachte u.a. Waffen zutage. — (har)





## TERMINE

3.9. Blumen für Stukenbrock. Gedenkfeier anlässlich des Antikriegstages 1994, Kranzniederlegung um 15 Uhr. Redner: Jan Niemöller u.a.

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. BtW, LtW Thüringen, Kommunalwahl NRW

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

26./27.11. Jahrestagung — Arbeitskonferenz der Volksfront und a.o. Bundeskongreß zur Beschlußfassung über den Satzungsentwurf. Köln, JH K.-Deutz.

5.—8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

## Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichterstattung mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

## Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Die unten abgedruckten interessanten Überlegungen zur Atompolitik der BRD im Zusammenhang mit der Ausrüstung des Forschungsreaktors Garching (bei München) wurden von der „Schwabinger Friedensinitiative“ am Hiroshima-Tag verbreitet und von den „Münchner Lokalberichten“ aufgenommen. Fast gleichzeitig kam der Münchner Plutonium-Schmuggel auf. Die Frage, wer eigentlich dieses Geschäft ausgelöst habe, beschäftigt inzwischen auch die „Süddeutsche Zeitung“. Es sieht nämlich so aus, als sei das Landeskriminalamt Bayern der einzige wesentliche Nachfrager gewesen. Damit hätte das LKA nicht nur Verbrechen im Ausland angeleiert. Der unsachgemäße Transport im Flugzeug — Reisegepäck! — wurde in Kauf genommen. Bei einem

Unfall hätte ein unermesslicher Schaden an Menschen und Sachen entstehen können.

Wahrscheinlich um dem Bund über das Sicherheitsargument einen Zugriff auf das GUS-Plutonium zu verschaffen, hat die bayerische Polizei, geleitet durch ihren bekannten Innenminister Beckstein, Landesrecht und Sicherheitsbestimmungen flagrant und schwerwiegend gebrochen. Als nächstes hat der Bund versucht, den Vorteil auch einzuheimsen. Der ebenfalls bekannte Geheimdienstler Schmidbauer fuhr deswegen nach Moskau. Die russischen Behörden versicherten ihm, daß bei ihnen das Plutonium nicht fehlt.

Für die BRD-Politik ist das auch recht. Jetzt kann die BRD nämlich den Stoff nicht mehr zurückgeben. Wem

denn? Plötzlich hat der Freistaat Bayern eine erhebliche Menge waffenfähiges Plutonium. Wo ist das Zeug? In der Asservatenkammer im Polizeipräsidium München, gleich neben kurdischen Flugblättern und Transparenten auf dem Regal, das ist ja wohl nicht der angemessene Ort. Genau und rechtlich gesehen gibt es überhaupt keinen angemessenen Ort. Der BRD und dem außenpolitisch durch sie vertretenen Freistaat Bayern ist der Besitz waffenfähigen Plutoniums nicht erlaubt. Der Besitz ist völkerrechtswidrig.

In der Plutonium-Propaganda kommt immer wieder der kleine Staat mit irren Chefs vor, der sich kriminell und für viel Geld Plutonium verschafft. Der Horror hat jetzt Namen. Freistaat Bayern, Stoiber, Beckstein. — (maf)

# Der Atomsperrvertrag, die BRD und der neue Garching Reaktor

## Die Zukunft des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT)

Im Jahre 1995 findet eine internationale Konferenz statt, auf der über die Verlängerung des „Atomsperrvertrages“ (NPT) entschieden werden wird. Dieser Vertrag, der aus den späten 60er Jahren stammt, soll das Risiko eines Atomkrieges dadurch verringern, daß die Zahl der fünf offiziellen Atom-mächte (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich, China) eingefroren wird. Obwohl die meisten Staaten der Erde diesem Vertrag beigetreten sind, sind seither weitere „inoffizielle“ Atom-mächte entstanden (z.B. Indien, Israel, Pakistan, Südafrika). Andere Staaten wie Argentinien, Brasilien, Irak oder neuerdings Nordkorea sind in den Verdacht geraten, an Atomwaffen zu arbeiten. Dazu kommen noch hochindustrialisierte Länder wie die BRD oder Japan, die sowohl die Technologie wie auch genügend Vorräte an spaltbarem Material besitzen, um in kürzester Zeit Atomwaffen herzustellen, falls sie das wollen. Und schließlich sind durch den Zerfall der Sowjetunion neue Kernwaffenstaaten entstanden, von denen zumindest einer (Ukraine) seine Atomwaffen anscheinend als politisches Druckmittel behalten will.

Die USA und Rußland haben aufgrund ihrer Abrüstungsverträge eine erhebliche Zahl ihrer Kernwaffen zerstört; das darin enthaltene spaltbare Material kann aber nicht einfach vernichtet werden. Es besteht die Gefahr, daß es zur devisa-bringenden Handelsware gemacht wird. Vertreter des Garching Reaktorprojekts haben bereits in Moskau wegen der Lieferung von hochangereichertem, waffenfähigem Uran („HEU“) vorgefühlt.

Der Atomsperrvertrag hat einen zwiespältigen Charakter.

Zum einen schreibt er ein Zwei-Klassen-Recht fest: Was die offiziellen Kernwaffenstaaten dürfen, ist den anderen verboten. Zum Ausgleich will er den nichtnuklearen Staaten ausdrücklich die zivile Nutzung der Atomenergie erleichtern. Es ist aber inzwischen allgemein bekannt, daß zivile und militärische Nukleartechnik nicht zu trennen sind; die zivile Anwendung der Kernenergie ist nur ein Abfallprodukt der militärischen.

Die trotz Atomsperrvertrag entstandenen neuen Atomstaaten sind sämtlich Beispiele dafür, wie zivile Atomprogramme militärisch umfunktioniert

werden können. Trotz alledem wäre die Welt ohne den NPT-Vertrag noch unsicherer, als sie es ohnehin ist.

### Die Rolle der BRD

In den Anfangsjahren des Atomsperrvertrages (etwa von 1967 bis 1974) wurde dieser von den konservativen Kräften in der BRD scharf bekämpft. Typisch ist das Wort vom „Versailler Vertrag von kosmischen Ausmaßen“ (F.J. Strauß). Der Vertrag wurde erst 1974 unter der sozialliberalen Regierung ratifiziert; es gab viele Gegenstimmen aus der CDU/CSU. Der Grund war ziemlich offensichtlich: Der BRD sollte eine nukleare Option, auf welche Weise auch immer, offengehalten werden. In den folgenden Jahrzehnten wurde die BRD zu einer heimlichen Atommacht. Sie entwickelte die technische Kapazität, den Bombenstoff Plutonium in Brutreaktoren herzustellen und durch die sog. Wiederaufbereitung abzutrennen. In den achtziger Jahren sollte dieser Weg in großtechnischem Maßstab mit dem Schnellen Brüter in Kalkar und der WAA in Wackersdorf beschritten werden.

Der Widerstand in der Bevölkerung (und vermutlich auch diskreter Druck der Alliierten) führte dazu, daß schließlich wichtige Teile der Großindustrie von diesen Projekten abrückten; gegen Ende der 80er Jahre wurden sie aufgegeben. Trotzdem verfügt die BRD über große Mengen an Plutonium und könnte bei einem politischen Schwenk jederzeit zur Atommacht werden. Es ist daher ein sehr positiver Aspekt des Umbruchs nach 1989, daß die BRD sich im sogenannten 2 + 4-Vertrag verpflichten mußte, für alle Zeiten auf Kernwaffen zu verzichten als Bedingung für die Herstellung der vollen Souveränität der BRD und Erlaubnis zum Anschluß der DDR.

### Der Reaktor in Garching — Gefahr für den Sperrvertrag?

Ende der 70er Jahre wurde die Gefahr erkannt, die weltweit über 50, mit waffenfähigem Uran (HEU) betriebene Forschungsreaktoren darstellten. Da die Nuklearforschung als solche nicht gebremst werden sollte, wurde ein Pro-

gramm gestartet, das zur Umstellung dieser Reaktoren auf niedrigangereichertes, nicht waffentaugliches Uran (LEU) führen sollte. Das Mittel dazu war: die Entwicklung des besonders dichten Brennstoffes Uransilazid, der erlaubte, mit niedrigerem Anreicherungsgrad zu arbeiten. Die Reaktorplanner von Siemens und der TU München wollen nun hochangereichertes Uran in diesen hochdichten Brennstoff verwandeln, um einen noch höheren Neutronenfluß zu erreichen. Das ist angesichts der Vorgeschichte ein dreister Coup: Der Zweck, zu dem der neue Brennstoff entwickelt wurde, wird in sein Gegenteil verkehrt.

Dieses Projekt entzieht dem Programm, die Verwendung waffentauglichen Urans in Forschungsreaktoren zu beenden, den Boden: Mit welchen Gründen will man Ländern wie dem Irak dann die Verwendung von HEU untersagen? Oder will man nach der ungleichen Behandlung der Atom-mächte und der nichtnuklearen Staaten in Atomsperrvertrag nun weitere diskriminierende Unterscheidungen einführen, zwischen „guten“ Ländern wie der BRD; die HEU verwenden dürfen, und „bösen“ Drittwelländern, denen das verboten ist? Dem würden diese Länder niemals zustimmen, und der Atomsperrvertrag wäre am Ende. Die USA haben bereits signalisiert, daß sie das benötigte HEU nicht liefern wollen; daher die oben erwähnten Gespräche der TU München mit Rußland. Allerdings hat sich auch Rußland verpflichtet, nicht zu liefern. Wird man dann auf den Schwarzmarkt gehen, den es dem Vernehmen nach schon gibt?

Der Bund ist an der Finanzierung des Garching Reaktors zu zwei Dritteln beteiligt. Wie trägt es sich mit den Verpflichtungen, die Bonn eingegangen ist, ein Projekt zu fördern, das zumindest ein schlechtes Beispiel gibt und die Chancen verschlechtert, das Problem der weltweiten Verbreitung von Kernwaffen in den Griff zu bekommen?

### Wir fordern:

— Kein Reaktor in Garching mit Waffentauglichem Uran!

— Weltweiter Stopp der Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial, Verbot des Handels mit solchem Material!

# Die politische Polizei

**Jürgen Korell, Kritische Polizisten, zu Geschichte und aktueller Funktion der politischen Polizei in der BRD**

**U**rsprünglich sollte es in der Bundesrepublik keine politische Polizei mehr geben. Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 31 vom 1. Juli 1946 wurden alle „Polizeibüros und Agenturen politischen Charakters“ verboten. Bis 1948 weigerte sich der amerikanische Generalgouverneur Clay trotz der Forderung der Ministerpräsidenten vehement, eine politische Polizei zuzulassen.

Doch mit dem „Polizeibrief“ der Militärgouverneure vom 14.4.49 wurde schließlich der Grundstein für den künftigen Verfassungsschutz gelegt. 1950 folgte den Ämtern für Verfassungsschutz der Aufbau politischer Kommissariate, womit gleichzeitig der Anfang zur Aufhebung des Trennungsgebots gemacht wurde, das ebenfalls mit dem „Polizeibrief“ festgelegt worden war. Die Angst vor den Kommunisten — vor der „roten Gefahr“ — begründete nicht nur die Schaffung des Verfassungsschutzes und der politischen Polizei, sondern 1951 auch die Gründung politischer Abteilungen der Staatsanwaltschaften und Gerichte, womit das Gesinnungsstrafrecht von den Ermittlungen bis zur Verurteilung Einzug in die bundesrepublikanische Rechtsgeschichte hielt. Es waren die Mitglieder der 1956 verbotenen KPD, die als erste die Ungerechtigkeit des politischen Strafrechts zu spüren bekamen. Die Verfolgung der Kommunisten sowie die Wiedereinstellung von „Sicherheitsexperten“ aus dem „Dritten Reich“ sind letztlich Ausdruck dafür, daß bis heute die Gefahr „links“ gesehen wird.

## Geheimpolizei oder Staatsschutz?

Die Bezeichnung Geheimpolizei oder auch politische Polizei wird in Polizeikreisen nicht gerne gehört, weckt sie doch Erinnerungen an einen Teil deutscher Geschichte, mit dem die Polizei nichts zu tun haben möchte und der weitgehend polizeilich ignoriert wird. Staatsschutz werden die polizeilichen Abteilungen genannt, die sich mit politisch motivierten Straftaten befassen. Angesiedelt bei der Kriminalpolizei unter den Kürzeln „K 14“ wie in Hessen, „FD 7“ in Hamburg oder „14. K“ in Nordrhein-Westfalen bearbeiten diese Dienststellen nicht nur die klassischen Straftaten mit politischem Hintergrund wie Verunglimpfung des Bundespräsidenten, verfassungsfeindliche Sabotage, Landesverrat usw., sondern auch Betrug, Diebstahl oder Sachbeschädigung, wenn derartige Straftaten politisch motiviert sind. In der Vergangenheit waren die Staatsschutzabteilungen auch für den Personenschutz zuständig. In jüngster Zeit wurde diese Aufgabe gesonderten Dienststellen oftmals in der Zuständigkeit der Schutzpolizei übertragen, wobei enge Anbindungen der Abteilungen auch weiterhin gegeben sind.

Die Personenschutzaufgaben durch das Bundeskriminalamt (BKA) wurden von der Sicherungsgruppe Bonn bislang getrennt von der Staatsschutzabteilung wahrgenommen. Im Rahmen einer Umstrukturierung des BKA sollen diese beiden Abteilungen nun in Meckenheim zusammengelegt werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß jede Neuorganisation mit einem Personal- und Budgetzuwachs verbunden ist. Der Personalbestand im Staatsschutzbereich beim BKA nahm von 30 Beamten im Jahre

1951 auf 1425 Beamte im Jahr 1991 zu.

Mit dem personellen Zuwachs der Staatsschutzdienststellen, die außer personell auch technisch besser ausgestattet sind als die übrigen Dienststellen, stieg die Anzahl der erfaßten „politischen Delikte“. Gerade im politischen Strafrecht besteht ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der auf Gesinnung spezialisierten Polizisten und den Ermittlungsfällen. Ein Zustand, der unter dem Begriff „Wendland-Syndrom“ bekannt wurde.

Polizeiliche Einsatzstrategien richten sich im politischen Bereich nach der politischen Bewertung. So wurde weder gegen demonstrierende Landwirte noch gegen Stahlarbeiter oder LKW-Fahrer, die an Blockadeaktionen teilnahmen, um auf ihre Arbeitssituation aufmerksam zu machen, polizeilich eingeschritten. Anders erging es den Blockierern der Friedens- oder Anti-AKW-Bewegung, die die gesamte Bandbreite polizeilicher Maßnahmen — von der Festnahme über die erkennungsdienstliche Behandlung bis zur Speicherung in den Staatsschutzcomputern — erfuhren.

Es erscheint wahrscheinlich, daß ein derartiger Verfolgungsdruck auch Auswirkungen auf die politischen Aktivitäten hat. Eine breite außerparlamentarische Bürgerbewegung von Ende der sechziger Jahre bis etwa zur Mitte der achtziger Jahre wurde fast zum Erliegen gebracht. Zumindest führen derartige Tätigkeiten zu einer Verunsicherung der Menschen. Die Tatsache, daß vermeintliche Gegner des Staates als solche kriminalisiert werden, führt zur Verbitterung und schlimmstenfalls kommt es zur Resignation. Insofern bestünden Gemeinsamkeiten mit den „Sicherheitsorganen“ totalitärer Systeme.

Für diese These spricht auch der Versuch der Einflußnahme von Staatsschützern auf den Arbeitgeber oder den familiären Bereich von Menschen, die der Staatsschutz der „linken Szene“ zuordnet.

## Der Personenschutz

Im Bereich des Personenschutzes arbeiten Kriminal- und Schutzpolizei eng zusammen. Insbesondere Erkenntnisse aus dem linksradikalen Bereich finden auf dem Gebiet des Personenschutzes Berücksichtigung. Grundlage für die Personenschutzmaßnahmen ist die „Polizeidienstvorschrift (PDV) 100“. Durch die PDV 100 werden drei Gefährdungsstufen in sechs Schutzmaßnahmen umgesetzt. Von der ständigen Begleitung der gefährdeten Person über den ständigen Objektschutz des Wohnortes bis zu Bestreifung des Objekts in unregelmäßigen Zeitabständen sollen die polizeilichen Aktivitäten optimalen Schutz gewährleisten. Zuständig ist in erster Linie das BKA für besonders gefährdete Personen und hier wie gesagt die Sicherungsgruppe Bonn, die aus etwa 330 Kriminal- und etwa 310 BGS-Beamten besteht.

Für Personen mit der höchsten Gefährdung wurde zusätzlich das „Fahndungskonzept 106“ entwickelt, das nach der 106. Tagung der AG (Arbeitsgruppe) Kripo im August 1986 benannt wurde und einer ständigen Fortentwicklung unterliegt. Das Fahndungskonzept 106 umfaßt die verdeckte Observation anschlagsrelevanter Orte.

Gefährdungsrelevante Erkenntnisse werden in dem „Polizeilichen Observationssystem“ (POS) verarbeitet. Gleichzeitig erfolgt eine stationäre sowie mo-

bile uniformierte Bewachung zu Lande und aus der Luft. Das Konzept bedingt den Einsatz von bis zu 30 Beamten für den Schutz einer Person sowie die Nutzung diverser Fahrzeuge vom Fahrrad bis zum Wohnmobil einschließlich zweier gepanzerter Mercedes-Limousinen zum Neupreis von je 420000 DM. Etwa 13 Personen waren 1991 in der höchsten Gefährdungsstufe eingestuft worden.

## Aufgaben des Staatsschutzes

Die Abschottung der Staatsschutzdienststellen in den örtlichen Polizeidienststellen, bei den Landeskriminalämtern und dem Bundeskriminalamt lassen im Grunde eine eigene Polizeiab-

teilung vermuten. Zwar rekrutieren sich die Beamten des Staatsschutzes aus dem allgemeinen Polizeidienst, insbesondere der Kriminalpolizei, doch ist in der Regel eine „besondere Staatstreue“ erforderlich.

Während die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt im Staatsschutzbereich eine rein kriminalpolizeiliche Aufgabe wahrnehmen, sind die Staatsschutzkommissariate in den einzelnen Bundesländern auch für ordnungspolizeiliche Aufgaben zuständig. Bei der Anmeldung von Demonstrationen werden die Erkenntnisse des Staatsschutzes in die Lagebeurteilung einbezogen. Desweiteren obliegt dem Staatsschutz bei entsprechenden Erkenntnissen die Beobachtung des politischen Umfeldes des Demonstrationsanmel-



**BÜROKRATOUR**

teilung vermuten. Zwar rekrutieren sich die Beamten des Staatsschutzes aus dem allgemeinen Polizeidienst, insbesondere der Kriminalpolizei, doch ist in der Regel eine „besondere Staatstreue“ erforderlich.

Während die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt im Staatsschutzbereich eine rein kriminalpolizeiliche Aufgabe wahrnehmen, sind die Staatsschutzkommissariate in den einzelnen Bundesländern auch für ordnungspolizeiliche Aufgaben zuständig. Bei der Anmeldung von Demonstrationen werden die Erkenntnisse des Staatsschutzes in die Lagebeurteilung einbezogen. Desweiteren obliegt dem Staatsschutz bei entsprechenden Erkenntnissen die Beobachtung des politischen Umfeldes des Demonstrationsanmel-

deckt eingesetzter Ermittler im Staatsschutzbereich, die sich meist in der linken Szene tummeln.

## Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz

Abgeschottet von den übrigen Abteilungen stellen die Staatsschutzdienststellen auch den exekutiven Arm der Verfassungsschutzämter dar. Diese Regelung ergibt sich aus dem Trennungsgebot und dem Bundesverfassungsschutzgesetz. Danach sind dem Verfassungsschutz ausdrücklich polizeiliche Befugnisse untersagt. Selbst bei der Polizei um Maßnahmen zu ersuchen, ist dem Verfassungsschutz untersagt. Beamte des Verfassungsschutzes dürfen somit



weder Durchsuchungen und Sicherstellungen noch erkennungsdienstliche Maßnahmen usw. durchführen.

Die Beamten des Verfassungsschutzes sind nicht dem Legalitätsprinzip, sondern dem Opportunitätsprinzip verpflichtet. Anders als der Polizeibeamte braucht der Verfassungsschutzbeamte selbst Straftatbestände nicht zur Anzeige zu bringen. § 163 StPO verpflichtet hingegen den Polizeibeamten, „Straftaten zu erforschen“.

Die strikte Trennung der beiden Institutionen wurde im Laufe der Jahre mehr und mehr aufgehoben und führt bei anhaltendem Trend nahezu zu einer Verschmelzung. Geheimdienstliche Ermittlungsmethoden durch die Polizei erhalten gerade in jüngster Zeit die gesetzlichen Grundlagen. Im Gegensatz dazu soll der Verfassungsschutz auf den klassischen Gebieten polizeilicher Arbeit — der Gefahrenabwehr — eingesetzt werden, indem er Vorfeldbefugnisse im Bereich sogenannter organisierter Kriminalität erhält und letztendlich nicht nur zu Kriminalitätsverhinderung, sondern auch zu Kriminalitätsaufklärung beitragen soll. Eine derartig enge Aufgabenzuweisung für die beiden Institutionen erschwert die Transparenz polizeilicher Arbeit, wenn sie nicht gänzlich unmöglich gemacht wird.

Zudem besteht die Möglichkeit, daß Verfassungsschutz und Polizei gemäß ihrer Befugnisse auch ihre Maßnahmen abstimmen. Auf die Art und Weise können Beweismittel nach allen Regeln der Kunst manipuliert werden, indem der Geheimdienst der Polizei beispielsweise lediglich das belastende Material übergibt, während die Polizei ihre Ermittlungsergebnisse an den Verfassungsschutz abgibt, um ein Ermittlungsverfahren nach der Strafprozeßordnung zu umgehen.

Polizeiliche Arbeit muß nachvollziehbar und justitiell überprüfbar sein. Die Eingriffe in die bürgerlichen Freiheitsrechte durch den Verfassungsschutz werden lediglich durch das Parlament — durch eine drei- oder vierköpfige parlamentarische Kontrollkommission (PKK) kontrolliert. Lediglich die Innenminister muß der Verfassungsschutz unterrichten. Um einer alles kontrollierenden Geheimpolizei entgegenzuwirken, ist eine strikte Trennung der Aufgaben von Verfassungsschutz und Polizei unerlässlich, wenn schon der These nicht gefolgt wird, daß der Verfassungsschutz überflüssig ist, weil der beste Verfassungsschutz der mündige Bürger ist.

### Die Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung

Den weitaus größten Aufgabenbereich der Staatsschutzabteilungen nimmt der Linksextremismus und hier speziell der Terrorismus insbesondere der RAF ein. „Die andauernde terroristische Bedrohung, insbesondere durch die ‚RAF‘, erfordert eine weitere Koordinierung, Konzentration und Bündelung der Bekämpfungsmaßnahmen in Gemeinsamkeit von Bund und Ländern sowie die konsequente bundesweite Durchführung von Maßnahmen“, war am 18.6. 1991 in einem Bericht über die Einrichtung der „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ (KGT) zu lesen, der den Stempel „VS — Nur für den Dienstgebrauch“ (VS = Verschlusssache) trug.

Die KGT entstand anlässlich einer Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 3. Mai 1991 in Bonn. Sie war das Beratungsergebnis der AK Kripo, der Leiter der Verfassungsschutzämter sowie der Arbeitskreise II (öffentliche Sicherheit) und IV (Verfassungsschutz) der Innenminister-

konferenz. Die Geschäftsstelle der KGT wurde beim Bundeskriminalamt eingerichtet, dem auch die Federführung oblag.

Anfangs trafen sich in der KGT „nur“ der Abteilungsleiter für Terrorismusbekämpfung im BKA, ein Vertreter der Abteilung Terrorismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie des Referates Fahndung beim Generalbundesanwalt (GBA). Später wurde der Kreis durch Hinzuziehung der Landes-kriminalämter und der Landesämter für Verfassungsschutz erweitert.

Bereits nach einem halben Jahr ihres Bestehens war die KGT in 29 geheimen Sitzungen zusammengekommen. Später teilte sich die KGT in einen großen und einen kleinen Kreis auf. Der große Kreis mit allen Beteiligten traf sich vierzehntägig. Der kleine Kreis mit Vertretern aus BKA, BfV und GBA setzte sich wöchentlich zusammen. Eine spezielle gesetzliche Grundlage besteht für die KGT nicht.

Dies verwundert umso mehr, da es sich um die ständige Einrichtung einer Gruppe aus Geheimdiensten, Polizei und Bundesanwaltschaft (Justiz) handelt. Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten ist durch die KGT aufgehoben, erfolgt doch in diesem Bereich ein geheimer Informationsaustausch sowie eine kaum mehr kontrollierbare Zusammenarbeit, wie zuletzt auch das Desaster von Bad Kleinen verdeutlichte.

Ziel der KGT ist ein umfassender und zügiger Informationsaustausch zwischen Polizei, Geheimdienst und Justiz, die Auswertung der Informationen und die Erstellung eines Lagebildes durch das BKA. Neben der Festlegung von Schwerpunkten für die Terrorismusbekämpfung sollen die Maßnahmen des Fahndungskonzeptes 106 mit den Erkenntnissen der KGT abgestimmt werden.

Im Bereich des Rechtsextremismus wurde eine „Bund-Länder-Informationsgruppe gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet, die sich von der KGT nur darin unterscheidet, daß ihr Sitz beim Bundesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist. Beim legalen Vorfeld Einsatz der Geheimdienste im Bereich der Organisierten Kriminalität ist zu erwarten, daß ein ähnliches Gremium auch in diesem Bereich eingesetzt wird.

### Datensammlung durch den Staatsschutz

Die Arbeitsweise des Staatsschutzes bedingt eine gesonderte Datenspeicherung, auf die nur bestimmte Beamte Zugriffsmöglichkeit haben. Mit dem Datenbanksystem PIOS werden die Staatsschutzdienststellen anhand einer Arbeitsdatei unterstützt. PIOS ist zur Sammlung von Informationen über

- Personen,
- Institutionen,
- Objekte,
- Sachen und Ereignisse

1976 eingerichtet worden. Die Informationen in diesem System sind untereinander verknüpfbar. Zunächst wurde die PIOS-Datei für den Terrorismusbereich beim BKA eingerichtet. 1986 wurde die Arbeitsdatei PIOS-Innere Sicherheit (APIS) in Betrieb genommen. In APIS wurden die Datensammlungen Terrorismus und Staatsschutz zusammengeführt. Die Datensammlung Staatsschutz erhielt die Erkenntnisse der Staatsschutzabteilungen von BKA und den Landespolizeien, die durch APIS eine Einheit bildeten. In APIS werden sämtliche Erkenntnisse aus den Ereignissen mit einem Staatsschutzbezug gespeichert. Daneben existieren die Arbeitsdateien Landfriedensbruch (APLF) und Landesverrat (APLV).

In den Arbeitsdateien PIOS werden

nicht nur die Daten verdächtiger, sondern auch unverdächtigter Personen gespeichert, die dem Staatsschutz interessant erscheinen. Die Richtlinien des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Staatsschutz (KPMD-S) gewährleisten, daß tatsächlich sämtliche Erkenntnisse erfaßt werden, auf die dann alle Staatsschutzdienststellen Zugriffsmöglichkeiten haben.

Die Verknüpfungen der einzelnen Daten umfaßt die Möglichkeit, ein umfassendes Persönlichkeitsbild zu erstellen. Zu einer derartigen Datenspeicherung gehört eine umfassende Personenbeschreibung (Zahnfüllen, Leberfleck, Narbe, Augenfarbe, Tätowierung usw.) ebenso wie persönliche Eigenarten (Fingernägel kauen, lispeln, tiefe Stimme usw.) „Andere Personen“, nämlich Unverdächtige, können in die Klauen des „Großen Bruders“ geraten, „wenn sie in Verbindung mit Personen oder Organisationen stehen und zureichende tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß die Erfassung zur Bekämpfung oder vorbeugenden Bekämpfung der in § 138 StGB genannten Straftaten (Vorbereitung eines Angriffskrieges, Hochverrat, Landesverrat, Menschenhandel, Mord usw., d. Verf.) oder einer Straftat nach § 129 StGB (Kriminelle Vereinigung) erforderlich ist.“

Ende 1990 waren in APIS 34556 Personen, 8257 Institutionen, 64855 Objekte, 18596 Sachen und 126588 Ereignisse gespeichert. Es ist davon auszugehen, daß sämtliche Personen, die in APIS gespeichert sind, auch im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) der Verfassungsschutzämter gespeichert werden, weil der Umfang der Auskunftsersuchen des Bundesamtes für Verfassungsschutz an das BKA ebenso groß ist wie der Umfang aller Auskünfte an die Landeskriminalämter.

### Schlußfolgerung

Die Ermittlungstätigkeit der Staatsschutzdienststellen ist besonders der Einflußnahme der Verfassungsschutzämter und Innenministerien ausgesetzt. Skandale der Vergangenheit (z.B. V-Mann Nonne im Herrhausen Mordfall, Schmücker-Verfahren, KOMM-Prozeß in Nürnberg oder Celler Loch) lassen den Rückschluß zu, daß eine solche Einflußnahme zur Verfälschung mit den Verfassungsschutzämtern führt, die zu politisch gewünschten Ermittlungsergebnissen führen soll.

Die Staatsschutzdienststellen ermitteln überwiegend aus eigenem Antrieb aufgrund der Gesinnung — der politischen Einstellung — der eigenen Person. Während im Bereich der „üblichen“ Kriminalität die Polizei überwiegend aufgrund von Strafanzeigen Dritter tätig wird, ist das Verhältnis im Staatsschutzbereich umgekehrt.

Dies führt zu einer umfassenden Datensammlung und kann Ermittlungen bis in den individuellen Bereich nach sich ziehen, um auf diesem Weg Einfluß auf die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen zu nehmen. Die Abschottung der Staatsschutzdienststellen erschwert die Nachvollziehbarkeit sowie die rechtsstaatliche Transparenz polizeilicher Arbeit. Es bleibt letztendlich nur, die Auflösung der Staatsschutzdienststellen zu fordern.

Quellen: Cilip 41, 42, Positionspapier der Kritischen PolizistInnen „Das politische Strafrecht“

(Wir danken der Redaktion von „Unbequem“, der Zeitschrift der „Kritischen Polizistinnen und Polizisten“, die uns den in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift erscheinenden Artikel für diesen Vorabdruck zur Verfügung stellte.)

Bild aus „Gittergedichte“, s.a. Seite 16

### BWK Nds.: Verschmelzung in Urabstimmung bestätigt

Hannover. Die von der Landesmitgliederversammlung des BWK in Niedersachsen/Bremen Ende Juni beschlossene Verschmelzung mit der „Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS/LL Niedersachsen/Bremen“ zu einer „Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS Linke Liste Niedersachsen/Bremen“ wurde in der am 15. August beendeten Urabstimmung deutlich bestätigt. Knapp 80 Prozent der Mitglieder beteiligten sich an der Urabstimmung. Ohne Gegenstimme bei nur 2 Enthaltungen wurde die Verschmelzung bestätigt. Am 18. September wird die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft stattfinden. — (mio)

### Beschlagnahme und Vertriebsverbot gegen „BRD/RAF“

Köln. Nachdem sie sieben Jahre verbreitet wurde, verfällt die Broschüre „Ausgewählte Dokumente zur Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) / Rote Armee Fraktion (RAF)“ einstweilen dem Verfolgungswillen der Generalbundesanwaltschaft.

Gegen die zuständigen Geschäftsführer des GNN-Verlages in Köln wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Verstoß gegen § 129a StGB („Werbung“, für eine terroristische Vereinigung, durch Verbreitung der Broschüre) in Gang gesetzt.

Alle beim Verlag in Köln noch vorhandenen Exemplare der Broschüre (ca. 1000 Stück) wurden im Zuge dieses Ermittlungsverfahrens beschlagnahmt.

Egal ob diese Beschlagnahme überhaupt rechtmäßig war — wir bezweifeln es — und egal, ob sie Bestand haben wird — das wird sie nicht —, die Verbreitung dieser Broschüre ist einstweilen strafbar.

Wir haben inzwischen im Rahmen einer Vernehmung bei der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf Ermittlungsanträge gestellt, die auch Licht in die Vorgehensweise der Bundesanwaltschaft bringen sollen. Wir haben begründet, warum das Ermittlungsverfahren gegen uns sofort eingestellt werden muß.

Wie geht es nun weiter? Wir erwarten, daß die Generalstaatsanwaltschaft, der nunmehr für die Beurteilung wesentliche Fakten bekannt sind, gar nicht anders können wird, als die § 129a-Verfahren einzustellen. Dies bedeutet aber keineswegs, daß gleichzeitig und automatisch die Broschüre wieder zurück zum GNN-Verlag kommt und wieder frei verbreitet werden kann.

Der von der Bundesanwaltschaft dienstlich ausgestreute Verdacht gegen den Inhalt der Broschüre und die Ziele des Verlages haben nämlich bei x-erlei Behörden in verschiedenen Bundesländern Repressionshandlungen ausgelöst. Mehrfach wurde bei Buchhändlern beschlagnahmt. Es gibt Vorgänge, die nach Klärung schreien. Wer so haltlosen und voreiligen Verdächtigungen folgte, wird nach aller Lebenserfahrung sich das nicht einfach eingestehen wollen. Es ist deswegen mit dem Versuch zu rechnen, das Druckwerk wegen gefährlichem Inhalt einzuziehen. Der Rechtsstreit, der daraus folgt, ist nicht ganz ungefährlich. Am Ende wird entweder die Pressefreiheit beschädigt sein oder halt gewisse Bundesanwälte. Zum Glück sehen die Gesetze zügige Verfahren in Pressesachen zwingend vor. Wahrscheinlich werden wir schon in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung weiteres über diesen Konflikt berichten können.

Für die Geschäftsführung des GNN-Verlages:

Martin Fochler, Rüdiger Lötzer



Ralf Sonntag

## Anpassungsversuch (1990)

Mit der Tasche in der Hand  
stehe ich auf dem Bahnsteig.

Fremder im eigenen Land,  
Indianer unter Weißen.

Angepaßt  
an die bleichen Gesichter  
und doch  
voller Angst,  
erkannt zu werden.

Die Feder steckt  
im Haar.



Ralf-Axel Simon:

## Normalvollzug (1990)

23 Stunden  
allein  
18 Monate  
lang Kopfschmerzen

Der Schließer schreit  
„Das ist hier normal“

Der Anstaltsarzt sagt  
„Das ist hier normal“

Der Richter bestätigt  
„Das ist hier normal“

Man kann nicht sagen  
sie wüßten nicht  
was sie tun:

Normalvollzug

Andreas Schako (Hrsg.)  
Gittergedichte



**D**er Scheunen-Verlag in Kückens-  
hagen in der Nähe von Rostock  
hat ein Taschenbuch mit Gedich-  
ten von Gefangenen herausgebracht,  
„Gittergedichte“, herausgegeben von  
Andreas Schako. Der kleine Verlag be-  
müht sich, neben einer Reihe von Ver-  
öffentlichungen zur Geschichte der Re-  
gion und des Landkreises einzelne Bü-  
cher zu gesellschaftlich wichtigen The-  
men herauszubringen, z. B. über die er-  
sten Totalverweigerer des Kriegsdien-  
stes in Mecklenburg-Vorpommern.

In dem vorliegenden Bändchen mit  
Gedichten und zwei Kurzgeschichten  
kommen die Gefangenen selber zu  
Wort. Sie äußern Kritik an den Grün-  
den, warum sie eingesperrt wurden,  
daran, wie ihr Leben im Gefängnis de-

formiert wird, und an den  
schlechten Aussichten nach  
der Entlassung. Das Buch  
enthält ein Vorwort des  
Leiters der Dokumentati-  
onsstelle Gefangenenslite-  
ratur an der Universität  
Münster, Prof. Dr. Helmut  
Koch.

Der überwiegende Teil  
der Gedichte hat knappe  
Texte und schmale Zeilen,  
die in wohlüberlegter, zu-  
gespitzter Form einen Ge-  
danken und oft auch ein  
Urteil vorbringen, mit dem  
man sich auseinanderzu-  
setzen hat. Dafür sollen  
hier zwei Beispiele stehen.

Gittergedichte, Andreas Schako (Hrsg.),  
Scheunenverlag Kückenshagen 1992,  
Preis 7,80 DM, ISBN 3-929370-02-6

# Neue politische Gedichte aus kleinen Verlagen

Veröffentlichungen  
des ostdeutschen  
Scheunen-Verlags  
und der Frankfurter  
„edition fischer“

**E**inen neuen Band mit politischen  
Gedichten von Jürgen Riedel hat  
der R. G. Fischer Verlag in Frank-  
furt am Main herausgebracht: „In  
Deutschland und anderswo. Gedichte  
und Limericks“, edition fischer. Wir

haben Jürgen Riedel bereits in einer  
früheren Ausgabe vorgestellt. Auch  
diesmal finden wir viel Material zur  
Kritik der kapitalistischen Politik ge-  
genüber den östlichen Bundesländern  
der BRD. Hier nur ein Beispiel:

## TV-Politik

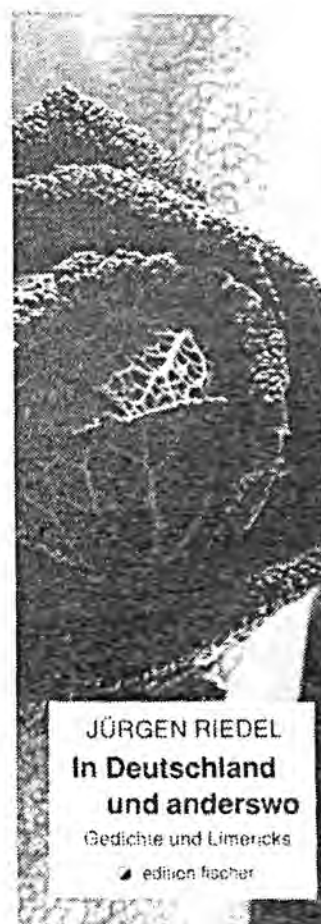
Programmdirektoren  
bilden eine zweite Bundesregierung

sie flimmert vielen Deutschen ins Hirn  
die DDR sei ausnahmslos  
eine Bildstörung gewesen

trägt dazu bei  
daß die Einschaltquote  
für braungetönte Gesinnung  
sich vergrößert  
durch gesendete Interviews  
mit Ausländerjägern  
voller Brandanschlag-Haß  
mit hakenkreuzfidelen Straßenrandgaffern

bewirkt als Politwerbefernsehen  
per Übertragung  
jedes königlichen Schrittes  
auf expreußischem Boden  
(laut Berichterstattung besitzt die Queen  
keineswegs historische Schuhgröße  
hat ihr Besuch Big-Ben-Format)  
ein Wecken und Anwachsen der Sehnsucht  
bei nicht wenigen Bundesbürgern  
nach himmelblauer Sanssouci-Monarchie

In Deutschland und anderswo,  
Jürgen Riedel, Frankfurt (Main),  
R.G. Fischer Verlag, Preis o.A.  
ISBN 3-89406-840-X



**I**m zweiten Teil des Bandes experimentiert  
Jürgen Riedel mit Limericks. Er unter-  
nimmt den Versuch, Kritik in dieser Mini-  
form unterzubringen, die üblicherweise für Non-  
senseverse verwendet wird. Dafür zwei Beispiele:  
— (anl)

## Moral-Wrack CDU

Ein Inselbewohner von List  
hält's C für beträchtlichen Mist.  
„Das Soziale versinkt.  
Wahrheit kurzbeinig hinkt.  
Für mich ist der Helmut kein Christ.“

## Nicht nur im Wachzustand

Es schwärmt ein Konzernchef aus Trier  
für Breuel, des Kontostands Zier.  
Meist wird privatisiert,  
selten öde saniert  
— der Herr träumt von Birgit voll Gier.



„Partei von Unten“ — Diskussion in der Thüringer PDS

## Was tut die PDS im Machtgefüge der BRD?

### AUS DER DISKUSSION DER REDAKTION

Seit den letzten Wahlen gewinnt die Grundsatzdiskussion der PDS über Opposition, Regierung und gesellschaftlichen Widerstand praktische politische Bedeutung. Wir stellen mit drei Dokumenten einen Ausschnitt der Debatte in der PDS Thüringen vor. Bei der Redaktionsbesprechung kam die Frage auf, was diese in einigen Passagen direkt konträren Meinungsbilder denn zusammenhält.

Bei W. Grahn (Dokument I) läßt sich nicht übersehen, daß die alte Doktrin, nach der richtig angewandte politische Macht den Fortschritt stiftet, zwischen und in den Zeilen überlebt hat, und die Passagen über die so genannte Integration der PDS lassen sich als Wegweisung zum „Herankommen an die politische Macht“ lesen.

Warum kann D. Strützel (Dokument II) meinen, durch Ersetzen und Hinzufügen weniger Aussagen sei eine andere Ausdeutung möglich, nicht in Richtung Macht und Herrschaft zwecks Vorfertigung von Lebensglück, sondern als Recht auf Selbsttätigkeit und Widerstand?

Gibt es überhaupt noch Verbindungen zu den Ansichten von S. Kachel und M. Hesselbarth (Dokument III), die vor W. Grahns Machtoptimismus in Abwehrstellung gehen?

Wer an dieser Diskussion teilnehmen will, setzt sich Widersprüchen in hellen Haufen aus, aber der praktisch-politische Arbeitszusammenhang der Urheber verbürgt Erfolgsaussichten einer Suche nach gedanklichen Zusammenhängen.

In Dokument I wird ohne Unterton des Bedauerns festgestellt, daß die konformistische Gesellschaft am Ende und die Homogenität der Opposition in Deutschland vorbei sei. Daraus folgt etwas über den Begriff der Macht. Mit Herrschaft verbundene Macht zielt auf Homogenität, auf die Gleichförmigkeit der Unterworfenen. Es ist deswegen sehr gut möglich, daß Grahn mit seinem „ganz normalen Willen zur Macht“ nicht das Streben nach Herrschaft meint. D. Strützel kann deswegen (Dokument II) Unterscheidungen vorschlagen: zwischen Macht, an Herrschaft gebunden und durch Gewaltapparate ausgeübt, und friedlicher Gegenmacht, die sich aus frei vereinbarter gemeinschaftlicher Praxis ergibt und ein Recht auf angemessene Notwehr hat.

In Dokument III konstatieren S. Kachel und M. Hesselbarth Rückwärtsentwicklung von Basisdemokratie, Transparenz und Öffentlichkeit, immer größer werdendes Defizit der Beschäftigung mit theoretischen Fragen in der Basis und mangelnde Fähigkeit, mit unterschiedlichen politischen Ansätzen produktiv umzugehen. Wenn solche Erscheinungen der Apathie aus der Verfestigung von Herrschaftsstrukturen in der neu geordneten Gesellschaft sich ergeben, so bricht Beharren auf dem Recht zum Widerstande die Übermacht nicht auf. Liest man die Aussagen von W. Grahn über die Parteilarbeit im Zusammenhang dieses Problems, so gäbe es eine Verbindung. Eine breite Bewegung zur Kritik verfestigter Herrschaftsstrukturen kann durch wissenschaftliche, theoretische und praktisch politische Vorleistungen einer Parteiorganisation sehr gefördert werden kann.

Die PDS mausert sich in den neuen Ländern zu einer im politischen Geschäft relevanten Kraft. Das ist ein Härtestest für das Konzept der Partei von Unten. Die Redaktion des Rundbriefes freut sich über die offene Form der Diskussion, — eine Einladung zum Mitreden und eine Chance des Konzeptes. Berichtet von Martin Fochler

### I. Entwurf einer Plattform

## Opposition — Mitgestaltung — Integration

VON WERNER GRAHN

Seit dem 18. März 1990 lernt die PDS, in der politischen Praxis eine Oppositionsrolle zu spielen.

Seit der Europa- und Kommunalwahl am 12. Juni 1994 wurde erkennbar, daß sie unter neuen Bedingungen die Oppositionsrolle zu spielen hat.

### I. Worin bestehen die neuen Bedingungen?

Unter politischer Opposition verstehe ich ganz allgemein eine Einstellung und/oder eine Bewegung, die sich durch Dissens, Widerspruch, Gegensatz oder Kontrast von der Regierung bzw. der Regierungspartei und den sie unterstützenden Kräften abhebt und ihnen entgegentritt, die als politische Bewegung mittels eigener Vorstellungen (Ideologie) und Organisation in und außerhalb parlamentarischer Institutionen eine alternative Politik vertritt.

1. Die soziale Lage in Deutschland ist eine andere geworden und damit das innenpolitische Wirkungsfeld der PDS.

1.1. Der von den herrschenden Kräften eingeschlagene Weg zur deutschen Einheit ist gescheitert, Enttäuschung breitet sich aus. Deindustrialisierung, Schrumpfung wissenschaftlicher Potentiale, hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Langzeitarbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, kaum Perspektiven für die Jugend etc. Zwischen Ost und West besteht eine Kluft zwischen reich und arm. Osteigentum geht in Westhände.

1.2. Zugleich wird in Ost wie West der Sozialstaat abgebaut, nicht nur wegen der fehlenden Konjunktur, sondern auch weil es die DDR mit ihrer maßstäbesetzenden Sozialpolitik nicht mehr gibt, weil man im Inland Profite wie in Billiglohnländern machen will, etc. Vom Wohlfahrtsstaat ist schon lange keine Rede mehr.

1.3. Als Folge der vorgenannten Punkte wächst die soziale Polarisierung einerseits und die Politisierung der Gesellschaft andererseits.

2. Die PDS hat sich stark verändert, ohne aber auf der Höhe der Zeit zu sein.

2.1 Die erste Phase der PDS-Entwicklung wird stichpunktartig wie folgt beschrieben: Trennung

von der Masse der SED-Mitglieder, Schaffung einer neuen Parteistruktur nach dem Wohngebietsprinzip sowie der Länderstruktur, Arbeiten an Statut und Programm der Partei (letzteres ist „unfertig“), die PDS war ständiger Diffamierung ausgesetzt, es drohte ein Verbot, Gefahr der Selbstauflösung war gegeben, Stabilisierung der Partei, Erlernen von Oppositionspolitik in einer marktwirtschaftlichen und privatkapitalistischen Gesellschaft.

2.2 Die zweite Phase der PDS-Entwicklung begann etwa mit dem Jahr 1994 und wurde anhand der Europa- und Kommunalwahlen sichtbar. Sie läßt sich mit Stichworten wie folgt beschreiben: innere Stabilität, verstärkte Zuwendung an die Gegenwart, wirkungsvollere Oppositionspolitik, konsequenter Vertreter der Ostinteressen, zunehmende Akzeptanz bei Bürgern, schwache Perspektivprogramm, anhaltende Diffamierung durch die Konservativen, wachsende Differenz zwischen der Altersstruktur der Partei und der ihrer Wähler, Ringen um politische Professionalität wird stärker, ohne hinreichend zu sein. Die Oppositionspolitik der PDS kann und muß sich neuen Aufgaben widmen, und zwar in der Kommunalpolitik, der Landes- und Bundespolitik. Keine unmittelbare Gefahr des Parteiverbotes, aber die Drohung bleibt.

### II. Zur aktuellen Oppositionspolitik der PDS

1. Zu den speziellen Bedingungen der Oppositionspolitik

1.1. An der PDS haftet der Lysolgeruch des Stalinismus, der SED. Die Erneuerung der Partei muß weitergeführt werden.

1.2. Die anhaltende Diffamierung der PDS hat aber wohl andere Gründe. Wie die skandalöse Resonanz auf die Wahlerfolge der PDS zeigt, ersetzt die Diffamierung die fehlenden Argumente. Da die CDU/CSU/FDP nicht bereit sind, eine gescheiterte Politik zu ändern, und weil keine Probleme gelöst werden, bleibt nur die Diffamierung. Sie ist ein Zeichen der Schwäche.

1.3. Gegenüber der PDS wird der Vorwurf erhoben, absolute oder totale Opposition zu sein. Merkmal dieser Opposition sei es, ein totalitäres Regime ohne politische Freiheitsrechte für die Bürger, ohne gewählte Volksvertretung und damit ohne parlamentarische Opposition anzustreben. Da sich die PDS zu Menschenrechten und Demokratie bekennt, da sie zugleich sich von stalinistischen Strukturen und Erscheinungen distanziert und sie schließlich nie mit faschistischen Tendenzen sympathisierte, sondern sie stets zurückwies, ist dieser Vorwurf nicht zu begründen. Wenn die PDS letztlich eine andere Gesellschaft anvisiert, dann auf dem Wege der Demokratie und im Interesse der Menschen. Da nach dem PDS-Parteiprogramm „viele Fragen nach der Zukunft nicht beantwortbar“ sind, bleibt eine Unsicherheit.

1.4. Wird die PDS als totale Opposition gekennzeichnet, dann wird ihr unterstellt, sie betreibe den Umsturz der bestehenden Gesellschaft, und folglich fordert man ihr Verbot, sie wird als illegitime Opposition von der legitimen Opposition unterschieden und ausgegrenzt. Auf der politischen Ebene ist

### INHALT

„Partei von Unten“, drei Texte der Thüringer PDS	
Opposition — Mitgestaltung — Integration .....	1
Macht, Herrschaft, Gegenmacht und Widerstand ..	2
Opposition oder Mitgestalten und Integration ....	3

Nächster Rundbrief: 1. Dezember 1994  
Winterschule Schnepfenthal: 5. bis 8.1.1995

Linke Schule Schnepfenthal, Berichte	
Aus der Arbeitsgruppe Geschichte	
Protokolle .....	5
Die Rede Kohls zum 20. Juli .....	7

Aus der AG Wirtschaft	
Ökonomischer Liberalismus, neoliberale Schule ..	9
Gedanken zur Bodenreform .....	11
Diskussion um „soziale Grundsicherung“ .....	12

Aus der Arbeitsgruppe Philosophie	
Lyotard über die Legitimität .....	13
Zu Derrida, Struktur, Zeichen, Spiel .....	14

Aus den Ländern	
Erbe „deutscher Herbst“ .....	15
Harte Auseinandersetzung um ein Plakat .....	15
Gegen die Kurdenverfolgung .....	16
Knallrot e.V. gegründet .....	16

das zu machen, nicht aber auf der juristischen Ebene, denn die PDS ist eine legale Opposition, d. h. sie bewegt sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung. Die PDS ist nicht subversiv, extremistisch oder verfassungsfeindlich, und sie sollte das betonen.

1.5. Schwierigkeiten, als normale Partei anerkannt zu werden, erwachsen der PDS aus der Vergangenheit der BRD, die für die Parteien der BRD noch immer die politischen Maßstäbe setzt. Das alte Feindbild des Kalten Krieges, welches zum Verbot der KPD und anderer linker Organisationen führte, identifiziert die PDS mit den damals verbotenen Organisationen. Sicherlich waren die damaligen Verbote schon Unrecht und hätten längst aufgehoben werden müssen, aber heute macht ihre Aktualisierung schon überhaupt keinen Sinn angesichts der veränderten Situation in Deutschland, in Europa und der Welt insgesamt. Man reagiert auf eine nicht ganz existente Situation. Aber das geschieht nicht ohne Absicht. Mit der Erzeugung von Angst will man die linke Opposition schwächen.

1.6. Wegen des Verbotes linker Opposition in der BRD kam es zu einer bemerkenswerten Homogenität der verbliebenen Opposition. Aus dem Rahmen fielen nur von 1983 ab die Grünen, die aber inzwischen „normal“ wurden. Sieht man von dem Intermezzo der „Großen Koalition“ von 1966 bis 1969 ab, bestand ein „Alternanzmodell“, d. h. alle bürgerlichen Parteien (CDU/CSU/FDP) waren Regierungspartei, und die SPD bildete die *einzige* Oppositionspartei. Diese Homogenität der Opposition ist Vergangenheit, da neben der SPD noch Grüne und PDS eine Rolle spielen und die Oppositionskräfte sich erheblich unterscheiden. Die SPD trauert ihrem Alleinvertretungsanspruch als Opposition nach. Homogenität besaß noch eine weitere Komponente, egal wer als Partei die Regierungsgewalt bekam, das gesellschaftliche System wurde als vernünftig von allen akzeptiert. Nun blieb die SPD zwar eine der „Homogenität“ verpflichtete Partei, die Grünen näherten sich dem zunehmend, aber die PDS schert aus. Das ist ihr Mangel in den Augen aller Parteien, aber ein Vorzug in einer relativ uniformen politischen Landschaft. Die „konformistische“ Gesellschaft ist am Ende.

1.7. Die Homogenität der „Opposition“ in Deutschland ist vorbei. Sie führte übrigens dazu, daß das politische Profil aller Parteien unscharf wurde. Die oben konstatierte zunehmende soziale Polarisierung und der Ost-West-Konflikt entzogen der Homogenität den Boden. Die einsetzende Politisierung der Gesellschaft profiliert die Parteien, besonders die der Opposition.

Die PDS muß ihr Profil stärker ausprägen und im Spielen ihrer Oppositionsrolle zumindest ebenbürtig sein, d. h. sie muß ihr Herrschaftswissen, ihre Kenntnis des Rechtsstaates, ihr Wissen von der Gesellschaft erweitern und möglichst in allen Politikfeldern und auf allen Ebenen der Politik eigene, alternative Vorstellungen und Programme entwickeln. Das bedeutet, die PDS hat — auch in Thüringen — ein wissenschaftliches Potential nötig. Mit der von der SED ererbten Wissenschaftsfeindlichkeit muß Schluß sein und auch mit der Ignoranz von Funktionsären gegenüber wissenschaftlichen Ergebnissen.

## 2. Zur Praxis aktueller Oppositionspolitik der PDS

### 2.1. Abwehr des Parteienkartells

Der Rundbrief erscheint sein 1990. Er wird im Rahmen von „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung — Arbeitsgemeinschaft bei der PDS“ zusammengestellt.

#### Herausgeberkreis und Redaktion:

Eva Bulling-Schröter, Ingolstadt; Sabine Fache, Altenburg; Martin Fochler, München; Christiane Schneider, Hamburg; Dieter Strützel, Gera.

#### Redaktionsanschrift:

GNN Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg  
Telefon: 040/381393, Fax: 040/3898331

Verantwortlich: Christiane Schneider.

Ab dieser Ausgabe erscheint der Rundbrief als Beilage zu den *Politischen Berichten*. Vor- gesehen sind vier Ausgaben pro Jahr. Für Bezieherinnen und Bezieher der *Politischen Berichte* ist die Lieferung im Abopreis inbegriffen.

Weiterhin möglich bleibt die Bestellung lediglich der Ausgaben des *Rundbriefes*, gegen 10 DM für 4 Ausgaben. Bisherige Zahlungseingänge wer-

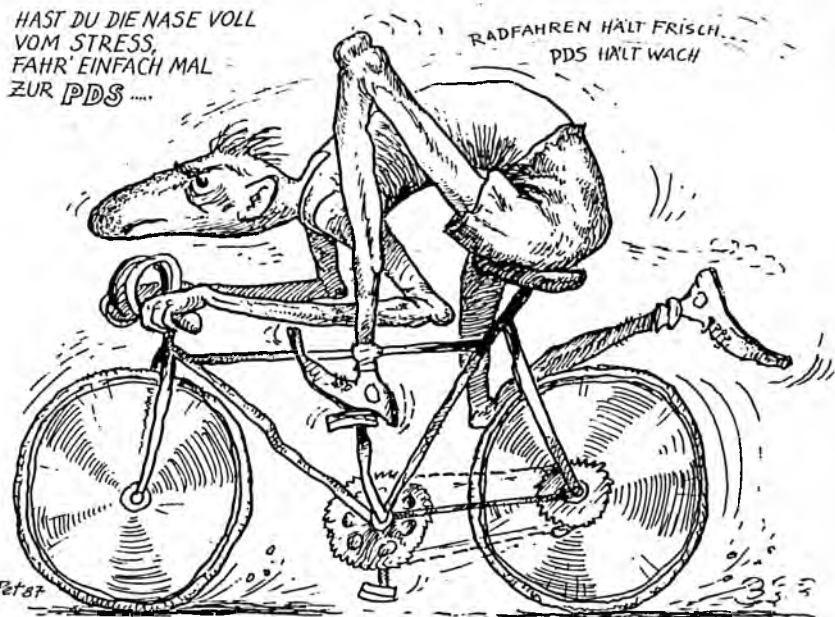
den angerechnet. Bestellungen bitte ab sofort richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

#### An die Abonnentinnen und Abonnenten des Rundbriefes:

Nach Diskussionen mit dem Herausgeberkreis der *Politischen Berichte* und in der Arbeitsgemeinschaft hielten es alle Beteiligten für eine glückliche Lösung, den *Rundbrief* künftig kostengünstig im Zeitungs-Layout zu fertigen und eine Grundverbreitung als Beilage zu den *Politischen Berichten* zu sichern.

Selbstverständlich macht die Herstellung und Verbreitung des *Rundbriefes* nach wie vor Kosten. Spenden für den *Rundbrief* erbitten wir auf das Konto des GNN-Verlags in Köln: Postbank Köln, Konto 10419-507, BLZ 37010050, Stichwort: ARGE-Rundbrief.

HAST DU DIE NASE VOLL  
VOM STRESS,  
FAHR' EINFACH MAL  
ZUR PDS ....



Gegen die PDS wird an einem Parteienkartell gezimmert, um sie in ihrer Oppositionsrolle zu beschränken und um sie von der Macht fernzuhalten. Das läuft auf allen Ebenen und gelingt nicht immer. Es geht um Spezialabmachungen von Parteien, um Mitglieder der PDS bzw. ihre Abgeordneten von gewissen Positionen fernzuhalten und ihnen bestimmte Möglichkeiten zu nehmen. Wie dieses Vorgehen auch begründet wird und wie immer die Mechanismen sind, die man bastelt, immer wird die politische Wirklichkeit verfälscht, und es werden die sozialen Kräfte, die die PDS repräsentiert, ihrer vollen Vertretung beraubt. Die politische Chancengleichheit, durch die verfassungsmäßige Ordnung zugesichert, wird verletzt. Parteienkartell gegen linke Opposition ist typisch deutsch, sie ist in Frankreich, Italien, Spanien etc. undenkbar. Das hat historische Gründe. Über Einschränkungen soll die PDS zum Verschwinden gebracht werden.

Die Methode des Parteienkartells richtet sich nicht nur gegen die PDS, sie umfaßt in Form der 5%-Klausel ein Schutzrecht gegen neue Konkurrenten überhaupt.

2.2. Ohne zu verkennen, daß in der täglichen Politik und auf den verschiedenen Ebenen der Politik eine Problemvielfalt zu beobachten ist, muß zur CDU/CSU/FDP gesagt werden, daß sie unter Inhaltsverlusten ihrer Politik leiden. Weil diese Parteien nur erhalten wollen, was besteht, weil sie nur behalten wollen, was sie bereits haben, und schließlich weil sie fast nur schon beschrittene Wege weitergehen wollen, ist ihre Politik fast nur Akklamation der bestehenden Zustände. Oder wie es kürzlich *Die Welt* sagte: Alle Deutschen sind glücklich, einige wissen es nur nicht. Aber selbst das Konsumenten- glück kann nicht allen garantiert werden. Gegen die gelstige Armut herrschender Politik muß man als politische Oppositionskraft politische Innovation setzen, also Probleme aufspüren und Lösungswege vorschlagen.

2.3. Da die Zentralfiguren (Spitzenpolitiker) der Regierungsparteien sich ständig mit dem Staat identifizieren, um von der Autorität und der Leistung des Staates an Ansehen zu profitieren und

durch die autoritätsgläubigen Wähler gestützt zu werden, muß die Opposition ständig zwischen Regierungspartei und Staat unterscheiden. Der Staat ist nicht Parteieigentum. Um diesen Unterschied zu verdeutlichen und in der Politik zu nutzen, muß man in der PDS durch Qualifikation endlich den Unterschied zwischen Staatsmacht und Macht in allen ihren Formen beachten.

2.4. Durch gewisse Positionen und Unklarheiten blockiert sich die PDS selbst.

Die Losung: Wir wollen nicht die Macht, sondern wir sind Opposition, war stets falsch. Es gab Gründe für den Fehler (schlechter Gebrauch von der Macht durch die SED; die PDS war (?) nicht reif für die Machtausübung; man sah, die PDS soll von der Macht ferngehalten werden, und man gab dem starken Druck nach; da Macht korrumpiert, wollte man unschuldig bleiben, etc.). Würde man wirklich keine Macht wollen, müßte man aufhören, Politik zu machen, denn Politik dreht sich immer um Macht, weiter müßte man die PDS auflösen, denn jede politische Bewegung oder Organisation ist Macht (Machtform). Die PDS und andere linke Organisationen sind Gegenmacht, sind Macht gegen Sozialabbau, Demokratieabbau etc. In einer Gesellschaft mit einer Sozialstruktur ist alles politisch und machtbegogen, insofern ist der Wille zur Macht ganz normal und im Interesse der Selbstbehauptung und der Lösung sozialer Probleme unverzichtbar. Das Problem ist nur: wozu Macht? Stärkung eigener Macht. Fähigkeit zur Machtausübung. Selbstschutz gegen Korruption durch Macht (über innerparteiliche Demokratie).

#### 2.5. Einzelprobleme

— Im Unterschied zu anderen Parteien ist die PDS keine Wahlpartei. Sie erwacht nicht nur zu Wahlen, um danach die Politik nur in den Parlamenten zu machen. Wir haben ständig die Einheit von parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik zu verwirklichen. Außerparlamentarische Politik ist Nutzung der politischen Freiheitsrechte durch die Bürger und legal. Einige Parteien, z. B. konservative, haben einen politischen und sozialen Stil der offiziellen Ordnung geprägt, der dem Verfassungsschutz außerparlamentarische Politik verdächtig erscheinen läßt. Wir müssen die Breite und Vielfalt der Politik wieder von Umsturzverdähten befreien.

— Opposition ist nicht generell Obstruktion. Wir sind für verantwortungsbewußte und konstruktive Opposition. Wir stellen nicht nur (aber auch) die Frage, was hat die Regierung nach unserer Meinung schlecht oder falsch gemacht? Wir müssen auch sagen, was wir „anders“ und „besser“ gemacht hätten. Wir müssen in der Politik Alternativen im Interesse der Bürger finden und praktikabel gestalten. Dabei kann es nicht um Populismus gehen, sondern um realistische Alternativen. Um glaubwürdig zu sein, müssen unsere Alternativen durch uns als Regierung von morgen realisierbar sein. Dazu gehört Mut, Wissen, viel Arbeit und Augenmaß.

— Soll sich die PDS integrieren? Die Frage ist nur zu beantworten, wenn gesagt wird, in was die PDS integriert werden soll. Integration in die verfassungsmäßige Ordnung ist unverzichtbar, auch erhält die PDS erst so die Rechte zur Opposition. Wenn Parteien sich gleichen wie ein Ei dem anderen, dann ist das nicht Integrationsfähigkeit und



kein Maßstab für die PDS. Es geht mit der Homogenität der Parteien zu Ende. Parteien unterscheiden sich nach den Zielen oder den Methoden, den Personen oder nach allen Aspekten. Das hat mit Integration nichts zu tun. Integration setzt Eigenständigkeit voraus. Jede Integration ist abzulehnen, die die Eigenständigkeit der PDS gefährdet oder behindert. Bringt Integration die PDS ihren Zielen näher, ist sie akzeptabel.

— Tolerierung kann unter Umständen praktiziert werden, aber sie ist keine Opposition. Tolerierung ist eine Haltung, die von Parteien getragene Regierungsprogramme oder Teile von diesen nicht bekämpft und nicht mit alternativen Vorstellungen in Frage stellt, sondern diese Programme duldet wie auch deren Umsetzung. Man ist weder in der Regierung noch in der dagegenhaltenden Opposition. Man erstrebt damit keinen Machtwechsel und unterstützt indirekt die Regierung oder (auf anderer Ebene) das Amt.

Opposition bedeutet, man ist an der Regierung nicht beteiligt, weder an der Richtlinienkompetenz noch der Ressortverantwortung, und verzichtet auf die Duldung einer Minderheitsregierung.

— Eigentlich ist Mitregieren mit Opposition unvereinbar.

Ein Mitregieren aus der Opposition praktiziert häufig die SPD. Das hat zur Folge, daß die Regierung kaum kontrolliert und kritisiert wird und daß das Oppositionsprogramm nur millimeterweit sich vom Regierungsprogramm abhebt. Mit einer Alternativfunktion ist das nicht vereinbar.

Wir sind aber auch schon in die Rolle des Mitregierens gelangt: a) durch die Zustimmung zu Gesetzen, b) durch Änderungsanträge, die von der Mehrheit akzeptiert wurden. Solche Ausnahmen können vertretbar sein, wenn sie dem Wählerwillen entsprechen.

— Wann muß man als Opposition Regierungsverantwortung übernehmen? Wenn genügend Wähler meinen, die PDS sei fähig — oder nur die PDS sei fähig —, die anstehenden Probleme (Arbeitslosigkeit etc.) zu lösen, dann darf sich die Partei nicht verweigern, sonst verliert sie Wähler und Mitglieder. Politikfähigkeit ist gegeben, wenn die Probleme geistig und konzeptionell beherrscht werden, wenn die praktische Vernunft da ist und damit Entscheidungswürfe, wenn ein benötigtes Kaderpotential da ist und wenn schließlich die politische Kraft hinreicht.

Alternativprogramme müssen folgenden Kriterien entsprechen: Interessenadäquatheit, Zielbestimmtheit, Folgerichtigkeit, Begründetheit, Schwerpunktbildung, Realisierbarkeit, Durchschlagskraft.

#### Eine letzte Klarstellung:

— Gegen Demokratie kann es keinen Widerstand und kein Widerstandsrecht geben.

— Für Günter Grass ist die deutsche Geschichte eine Geschichte des versäumten Widerstands.

— Heinrich Böll meinte: „Widerstand ist eine existentielle Selbstverständlichkeit des menschlichen Lebens.“

25. 7. 1994

## II. Alternative Vorschläge zu:

# Macht und Herrschaft, Gegenmacht und Widerstand

VON DIETER STRÜTZEL

## Alternativvorschlag zu These 2.2.

Macht und Verantwortung sind voneinander unabhängige Größen.

Macht strebt immer danach, sich von der Verantwortung zu lösen. Auch das gehört zu der korumpierenden Wirkung jeder Macht.

Die PDS lehnt grundsätzlich alle an Herrschaft gebundene Macht ab. Sie strebt eine Gesellschaft an, in der die Herrschaft von Menschen über andere Menschen und über die Natur beseitigt und durch Solidarität und ein ökologisches Verhalten in der Natur ersetzt werden. Sie tritt jetzt und praktisch für jede mögliche Beschränkung und Zurückdrängung von Herrschaft und die Verminderung der an sie gebundenen Macht ein.

Die PDS ist kein Apologet der Machtlosigkeit und Ohnmacht. Schon gar nicht in einer Welt der Übermacht eines Geschlechts über das andere, des Nordens über den Süden, des Kapitals über die lebendige Arbeit, der Apparate über die lebenden Menschen, der Massenmedien über die Öffentlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern. Angesichts dieser Unzahl von Machtungleichheiten verfiert sie das Recht auf Widerstand als Grundlage aller Menschenrechte, versucht sie, Gegenmacht zu mobilisieren, und solidarisiert sich mit allen, die Gleiches tun. Sie selbst bindet sich an das Prinzip des gewaltfreien Widerstands, der friedlichen Gegenmacht. Sie anerkennt das Recht auf angemessene Notwehr. Sie weiß aus schmerzlicher eigener Geschichte, daß ein Ausweg aus dem verhängnisvollen Zirkel von *Auge um Auge, Zahn um Zahn*, Macht um Macht, Diktatur um Diktatur gefunden werden muß. Sie hat lernen müssen, daß jeder Schritt weg von der Demokratie gegen die eigene emanzipatorische Bewegung zurückschlägt.

Die PDS weiß, daß „eine praktische Gewalt aufgegeben“ werden muß (Marx), wenn die Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität eine Chance haben sollen. Für sie sind die Bewegungen von Betroffenen jeglicher Art zur Artikulation und Selbstvertretung ihrer Interessen, zur friedlichen Lösung von Konflikten, die Arbeit und die Selbstverwaltung von Menschen in ihren Kommunen diese praktische Gewalt. Freie, gleiche, direkte und geheime Wahlen sowie alle Formen plebiszitärer Demokratie sind dafür ebenso unverzichtbare Institutionen wie autonome Einheitsgewerkschaften und alle anderen Formen, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Bürgerinnen- und Bürgerrechte wahrnehmen.

Die PDS verteidigt die Gewaltenteilung von Gesetzgebung, ausführender Gewalt und Rechtsprechung als Grundlagen des Rechtsstaates. Wählerinnen und Wähler und die von ihnen gewählten Parlamente sowie Bürgerinnen und Bürger, die sich in Plebisziten direkt in die politischen Entscheidungen einmischen, sind für sie die einzigen Souveräne. Sie sieht in der fortschreitenden Verselbständigung der Exekutiven und der allgegenwärtigen Zurückweisung der Parlamente auf die Beschaffung von Mehrheiten, die Regierungen legitimieren, ernste Gefahren für die Demokratie und den Rechtsstaat. Widerstand gegen diesen Prozeß und Arbeit für seine Umkehrung zu ungeschmälerter Volkssouveränität und strikter Gewaltenteilung bestimmen die Arbeit der PDS in den Parlamenten und in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit wie ihre Haltung gegenüber Regierungen.

Die Versuche, Regierungsverantwortung und Opposition ohne Verantwortung entgegenzustellen, sind für die PDS systematischer Teil der Verselbständigung der Exekutiven. Es gibt eine Verantwortung von Regierung wie der Opposition vor dem Souverän: den Wählerinnen und Wählern. Die Regierung hat die effektivsten Wege zur Verwirklichung des Mehrheitswillens zu suchen. Die Opposition hat der Regierung auf die Finger zu sehen, ihre Geschäfte öffentlich zu machen und Alternativen zu finden, in die öffentliche Diskussion zu bringen und ihre Mehrheitsfähigkeit zu prüfen. Sie verhindert damit, daß die mit der Macht gegebene Möglichkeit, nicht lernen zu müssen, zur Lernunfähigkeit der Gesellschaft wird.

## Alternativvorschlag zu These 2.4.

Wenn auch führende Unions-Politiker mit ihrem Gerede vom bewährten Kurs den Anschein erwecken, ihnen fiele nichts mehr ein, so gibt es doch sehr ernstzunehmende Anzeichen dafür, daß die Unions-Parteien an einer Modernisierung der Bundesrepublik arbeiten.

Wirtschafts- und sozialpolitisch sind die Weichen mit dem Deregulierungspaket lange gestellt. Daß die Union diesmal die FDP-Politiker als Repräsentanten dieses Kurses (Kinkel, Rexrodt, Schwätzer) die Zeche bezahlen läßt, bedeutet nicht, daß sie von diesen Plänen abläßt.

Sehr ernst sollten wir auch das gesellschaftspolitische Konzept nehmen, das Lothar Späth im Frühjahr in der evangelischen Akademie zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland verkündet hat: Wir müssen den Mut haben, die sozialen Unterschiede zu vertiefen, dürfen den sozialen Frieden nicht als das oberste Gut betrachten und uns nicht vor der Bewältigung scharfer innerer Konflikte fürchten.

Dazu paßt jenes Konzept zur Sicherung der poli-

tischen Herrschaft, das Helmut Kohl in seiner Rede zum 20. Juli 1994 unmißverständlich umrissen hat. (Siehe die Passage über die Großwetterlage sowie den Diskussionsbeitrag von Horst Leutemann mit unserer Analyse dieser Rede in der Sommerschule.)

## Zur politischen Situation im Oktober 1994

Die neue Fraktion tritt unter jenen Bedingungen an, die sich daraus ergeben, wie sich im Oktober jene politische Krise gestaltet, die mit dem Wahlergebnis vom 12.6. unübersehbar in Erscheinung getreten ist. Entweder die Oktoberwahlen bestätigen dieses Ergebnis, dann ist nach den Worten von Helmut Kohl am 20. Juli in Berlin die Gefahr schon fast nicht mehr abwendbar, und die um ihn gescharten Politiker werden das Widerstandsrecht, wie er es formuliert hat, für sich in Anspruch nehmen. Oder aber die Wahlen zeigen, daß die politische Klasse die Krise noch einmal hat abwenden können. Dann wird sie alles unternehmen, um eine Wiederholung auszuschließen. Wenig wahrscheinlich scheint mir eine Sieges-Euphorie ähnlich der Situation nach den Volkskammerwahlen vom 18.3.90.

Auf jeden Fall wird dem 16. Oktober eine zugespitzte politische Auseinandersetzung folgen, der sich die neue Fraktion vom ersten Tag an stellen muß. Die Debatte um die politische Einschätzung der Kräfteverhältnisse, um eine differenzierte Sicht aller handelnden politischen Kräfte ist daher von entscheidender Bedeutung für eine richtige Vorbereitung der kommenden Fraktion, der gesamten Partei und ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten, ihrer Wählerinnen und Wähler.

Die folgenden Thesen sollen diese Debatte eröffnen.

1. Ungeachtet dessen, wie sich die ökonomische Krise entwickelt, haben die Wahlen vom 12.6. eine radikale politische Krise signalisiert: das seit dem Godesberger Programm der SPD geschaffene System einer Ausbalancierung aller Konflikte in einer nicht in Frage gestellten Herrschaft der beiden „Volksparteien“ mit verteilten Rollen droht aus dem Ruder zu laufen, seitdem ein ernstzunehmender Teil der ostdeutschen Wählerinnen und Wähler den Grundkonsens dieses Systems, daß es zu ihm keine Alternative gibt, nicht übernommen hat. Zu diesem Teil sind die Wählerinnen und Wähler der PDS zu rechnen, aber auch ein schwer kalkulierbarer Teil der Wählerinnen und Wähler der SPD und der Grünen im Osten. Er trägt auch jenen Teil von Politikern und Politikern dieser Parteien, die eine Politik wie in Sachsen-Anhalt wieder für möglich halten.

Diese Eröffnung einer nicht von vornherein aussichtslos erscheinenden Alternative droht ein festgefügtes politisches System zu öffnen. Und das gerade in dem Augenblick, wo die Rückgängigmachung des 2. Weltkriegs großdeutschen Politikern nahezu völlig gelungen zu sein scheint, wo selbst notorischen Optimisten wie Helmut Kohl die Gefahr des Rückfalls in bewaffnete Konflikte als reale Alternative zu der von ihnen angestrebten Stabilität unter ihrer Hegemonie erscheint.

2. Helmut Kohl hat es am 20. Juli klar und deutlich gesagt: das Verhängnis für ihn und seinesgleichen sei schon fast nicht mehr abwendbar, wenn Teile der gesellschaftlichen und politischen Elite sich auf die politische Alternative einließen, ja schon dann, wenn sie aus falsch verstandener Toleranz jene für eine Normalität der Demokratie hielten, die den Grundkonsens der Alternativlosigkeit aufkündigen, die den gesetzlich fixierten Zustand der Bundesrepublik untergraben. (Dabei benutzt er geschickt den schimmernden Doppelcharakter des Begriffs *Rechtsstaat* als rechtsstaatlich organisierter Staat und als Staat in seiner konkreten Gesetzesordnung, die unentwegt zu ändern das Vorrecht seiner Partei bleiben soll, während alle anderen als Todfeinde des Rechtsstaates gebrandmarkt werden.)

3. Und Kohl läßt keinen Zweifel daran: Wenn die Demokratie den Rechtsstaat nicht mehr schützt, was ihre wichtigste Rolle sei, d.h. wenn demokratisch solche unerwünschten Veränderungen der bestehenden Gesetze zustande kämen, dann gelte es, das Widerstandsrecht zur Verteidigung des Rechtsstaates zu nutzen. Und dieses Widerstandsrecht rechtfertigt alle Formen des Widerstands, entbindet von allen Eiden und Bindungen.

4. Während Helmut Kohl mit der ihm eigenen Entschlußkraft und der von ihm vor einem Jahr offen-

herzig bekannten Liebe zur Macht seine Position zu der Gefahr einer alternativen Öffnung des alternativen Systems der Herrschaft der „Volksparteien“ mit verteilten Rollen formuliert hat, stehen alle anderen politischen Kräfte noch vor der Herausforderung, ihre Position zu dieser erstmaligen Situation zu bedenken, zu wählen, zu formulieren und in praktische Politik umzusetzen.

5. Wäre eine solche Sicht der Situation in den Grundzügen richtig, so stünde die Fraktion der Offenen Liste der PDS vor einer Doppelaufgabe: die Chancen einer alternativen Öffnung des Herrschaftssystems der Volksparteien mit verteilten Rollen glaubhaft zu machen, die Nutzung dieser Chance durch andere demokratische politische Kräfte zu befördern und gleichzeitig dem Widerstand des Kohl-Flügels zu begegnen, ohne den Rechtsextremisten aller Couleur die Chance zu geben, aus der politischen Krise erneut zu profitieren.

6. Die Politikfähigkeit der PDS würde damit zur alles entscheidenden Frage. Nicht die richtigen Inhalte an sich entschieden also, sondern die Fähigkeit, sie so rüberzubringen, daß sie in der Öffentlichkeit der Betroffenen plausibel erscheinen und daß sie andere Reformkräfte zu politischem Handeln im Interesse der Betroffenen ermutigen, statt sie zu blockieren.

### Welches Mandat hat die PDS von ihren Wählerinnen und Wählern?

So schwer es ist, die Motive differenziert zu erfassen, die Wählerinnen und Wähler bewegten und bewegen werden, für die PDS zu stimmen, so erscheint mir folgendes sehr wahrscheinlich.

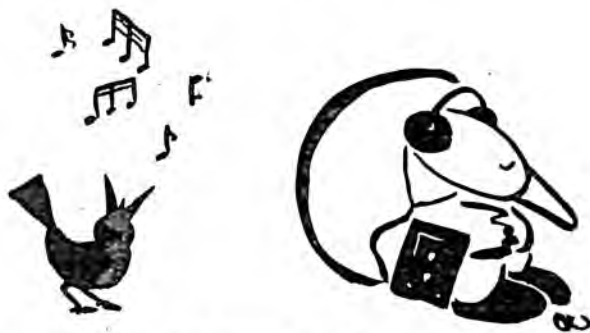
— Die Motive sind unterschiedlich bis widersprüchlich.

— Die Interpretation der Jenaer Wahlforscher hat eine hohe Plausibilität: das Wahlverhalten im Osten war eine soziale Widerstandsaktion gegen den Transformationsprozeß.

— Ein solches Verständnis schließt sowohl die ein, die eine antikapitalistische Alternative wollen, wie auch all die, die sich nicht erneut in eine Situation ohne Alternative pressen lassen wollen und die entweder glauben, das den Herrschenden schon mit ihrer Wahlentscheidung zu demonstrieren (Wir könnten ja auch die wählen!), oder aber der PDS zutrauen, sich nicht der Alternativlosigkeit zu beugen.

— Das bedeutet einen dreifachen Wählerauftrag: sich nicht in die Spielregeln der Herrschaft der Volksparteien mit verteilten Rollen drängen zu lassen, realistische Alternativen zu finden und in die Öffentlichkeit zu bringen, sich politikfähig gegenüber allen Reformkräften zu erweisen, die Chancen für eine alternative Reformpolitik zu wahren und zu mehren.

7.8.1994



### III. Kritik der Plattform

## Opposition oder Mitgestalten und Integration

VON STEFFEN KACHEL UND MARIO HESSELBARTH

#### Vorbemerkung:

Da Dieter Strützel in seinem kurzen Vorwort an Klaus Höpcke betont, daß er bis auf 2 Thesen und einem anderen Anfang mit den übrigen Intentionen von Werner Grah in inhaltlich übereinstimmt, ist die nachfolgende Kritik ausdrücklich auf beide Autoren zu beziehen.

#### 1. zum Oppositionsverständnis

Tatsächliche Opposition ist keine Regierung im Wartestand. Sie beschränkt sich auch nicht auf eine

Einstellung, die sich von einer Regierung oder den sie unterstützenden Kräften abhebt. Tatsächliche Opposition bedeutet Widerstand gegen jede Form von Herrschaftspolitik. Sie umfaßt die Entwicklung von Alternativen, konsequente Vertretung von Interessen Betroffener und das Einbringen in Sachfragen. Sie schließt Kungelei, Kompromisse bis zur Unkenntlichkeit und eine Politik hinter dem Rücken Betroffener aus. Sie verweigert sich jeder Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung von Menschen.

#### 2. zur gegenwärtigen Situation

Die Anschlußpolitik der Kohl-Regierung ist nicht gescheitert. Wer dies verkündet, hat ihr Programm nicht erkannt und ist nicht in der Lage, gegen diese Politik wirksamen Widerstand zu entwickeln. Diese Anschlußpolitik ist die logische Fortsetzung der Wende seit 1982 und hat ihre wesentlichen Ziele erreicht: Die Strukturen der alten BRD wurden dem Osten aufgedrückt, die westdeutsche Oberschicht hat dick am Anschluß verdient. Es findet eine Kriminalisierung all dessen statt, was nach Alternativen aussieht. An diesen Ergebnissen ändert auch eine mögliche Wahlniederlage der Regierungskoalition nichts.

(Was die Einschätzung der Politik von CDU/CSU/FDP betrifft, stimmen wir mit Dieter Strützel Alternativthese überein.)

#### 3. zur PDS-Entwicklung

Die Einschätzung der PDS-Entwicklung ist wohl nicht auf 2 Phasen begrenzt (Überlebenskampf 1990, Richtungsstreit 1991, endgültige Stabilisierung ab Januar 1993 usw.). Vor allem aber muß die Frage beantwortet werden, warum die PDS nicht auf der Höhe der Zeit ist. Denn die Feststellung allein reicht nicht aus, die Gründe und Ursachen sind zu hinterfragen.

Sie liegen u.E. in der Rückwärtsentwicklung von Basisdemokratie, Transparenz und Öffentlichkeit, im immer größer werdenden Defizit der Beschäftigung mit theoretischen Fragen in der Basis, in der mangelnden Fähigkeit, mit unterschiedlichen politischen Ansätzen produktiv umzugehen, in der Tatsache, daß es seit 1991 keine personelle Erneuerung in den Gremien gegeben hat.

#### 4. zur PDS-Erneuerung

Eine Klärung des Stalinismusbegriffs durch die PDS für die politische Praxis ist notwendig.

(Für uns beschränkt sich Stalinismus nicht auf die Lager, den Massenterror und die Schauprozesse. Er ist immer dort in der Geschichte der sozialistischen Bewegung anzutreffen, wo mit inhumanen Mitteln die Macht von einzelnen oder Minderheiten durchgesetzt wurde.)

Offen bleibt im Thesenpapier, worin die Erneuerung der PDS und die damit verbundenen Inhalte bestehen sollen.

#### 5. zur Verfassungstreue

Der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit seitens des politischen Gegners und unsere Reaktionen darauf verwischen lediglich, für wen und was die PDS tatsächlich eine Gefahr darstellt. Nicht für den jetzigen Bestand der BRD, sondern für den Rechtsruck und den Frontalangriff der Konservativen auf die jetzige Gesellschaft und die Verfassung. Die PDS sollte keinen Schwur auf das Grundgesetz ablegen oder ständig ihre Verfassungstreue manifestieren, da das Grundgesetz auch keine ewige Wahrheit darstellt. Wir sollten aber deutlich machen, daß sozialistische Ansätze nie gegen die Mehrheit der Menschen durchgesetzt werden können und nicht hinter den Stand an persönlichen Rechten und Freiheiten zurückgehen dürfen, den bereits die kapitalistische Gesellschaft erreicht hat. Das ist eine Lehre aus unserer Geschichte.

#### 6. zum Wunsch, daß die PDS endlich als normale Partei von den anderen anerkannt wird

Wir hoffen, daß die Schwierigkeiten, als normale Partei anerkannt zu werden, bestehen bleiben und zunehmen.

#### 7. zur angeblichen Homogenität der Opposition

Eine Homogenität der Opposition hat es in der Alt-BRD nie gegeben. Das kann aber nur sehen, wer auch außerhalb der Parlamente Oppositionsbewegungen als solche erkennt, wie z.B. die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung der BRD in den 50er Jahren, die 68er-Bewegung, die Anti-AKW-Bewegung in den 70er Jahren oder die Friedensbewegung in den 80er Jahren. Insofern war die gesamte Opposition nie homogen, und die außerparlamentarische Opposition übte immer auch mehr oder weniger Einfluß auf die „große Politik“ aus.

Seit 1983 hat die SPD ihre alleinige Rolle als

parlamentarische Opposition verloren. Die Opposition im Bundestag/Landtagen ist momentan vielfältig. In Frage steht, ob dies so bleibt. Die Grünen haben ihr ursprüngliches Profil bereits aufgegeben, der PDS könnte gleiches passieren.

#### 8. zum PDS-Profil

Eine Stärkung des PDS-Profiles durch wissenschaftliches Potential allein wird nicht zu machen sein. Neben der Überwindung von Wissenschaftsfeindlichkeit ist endgültig die Überwindung der Politik von oben erforderlich.

Notwendig ist vor allem die Einbeziehung der Erfahrungen vieler Menschen an der Basis, sowohl innerhalb als auch außerhalb des linken Spektrums.

#### 9. zum Staat als Parteieigentum

Die etablierten Parteien überhaupt betrachten den Staat als ihr Eigentum. Wir sollten nicht den Versuch unternehmen, diese Tatsache zu verschleiern und so die etablierten Parteien zu unterstützen. Sie verteilen alle wesentlichen Ämter, Posten und Funktionen unter sich und oftmals in trauter Absprache von Regierung und Opposition. (Dies ist übrigens auch ein Grund, warum sie Kartelle gegen die PDS schmieden, nämlich um sich ihre Pfründe gegen unliebsame Konkurrenz zu schützen.) Ziel der PDS als gesellschaftlicher Opposition muß es sein, den Einfluß von Parteien zu beschränken. Nicht Parteibücher, sondern fachliche und menschliche Kompetenz müssen ausschlaggebend bei der Besetzung von Posten sein.

#### 10. zur Integration

Jede Oppositionskraft, die sich in die von ihr bekämpften gesellschaftlichen Verhältnisse integrieren ließ, gab sich als gesellschaftliche Opposition selbst auf.

Es existiert keine Autorität, die den Begriff verfassungsmäßige Ordnung akzeptabel definiert und von der die PDS das Recht auf Opposition übertragen bekommen müßte. Im Gegenteil, hier stimmen wir mit der Alternativthese von Dieter Strützel überein, daß das Recht auf Widerstand (und damit Opposition) Grundlage aller Menschenrechte ist.

bleibt abschließend zu fragen:

Wann würde eine Integration in die jetzige Gesellschaft die PDS ihren Zielen näher bringen?

#### 11. zu Tolerieren und/oder Regieren

Für uns schließt Opposition die Duldung einer Minderheitsregierung nicht aus. Im Gegenteil. Indem die Regierung nicht von vornherein über eine Mehrheit im Parlament verfügt, muß sie sich ihre Mehrheiten von Fall zu Fall suchen. Dies ermöglicht der Opposition größere Mitsprache, aber auch größere Verantwortung für den Fall der Ablehnung von Gesetzen. Wir halten solche Minderheitsregierungen für geeignet, starre Strukturen aufzubrechen und die Legislative gegenüber der Exekutive zu stärken.

Schriftliche Tolerierungsabkommen, welche die PDS vertraglich an eine Regierung binden, lehnen wir ab. Die Übernahme von Regierungsverantwortung ist für uns unter den heutigen Rahmenbedingungen undenkbar, erfolgt sie dennoch, ist die PDS als gesellschaftliche Opposition erledigt.

#### 12. zur Weiterarbeit nach dem 16. 10. 1994

Die von Dieter Strützel erarbeiteten Thesen sollten nicht nur innerhalb der neuen Fraktion diskutiert werden. Sie könnten Ausgangspunkt für eine Debatte im gesamten Landesverband sein und dementsprechend öffentlich behandelt werden.

#### Schlußbemerkung

Der im Thesenpapier „Opposition — Mitgestaltung — Integration“ spürbar gewordene Politikansatz, Opposition als Regierung im Wartestand zu begreifen, durch Anpassung an die gegenwärtige Ordnung eine Legitimation von den Herrschenden für die eigene Politik zu erhalten, uns als Regierung von morgen zu sehen und im vorausseilenden Gehorsam den außerparlamentarischen Bewegungen ihre für die Herrschenden so gefährliche Unberechenbarkeit/Umsturzverdächtigkeit zu nehmen, steht im großen Widerspruch zur Wahlstrategie und zum Landtagswahlprogramm der PDS in Thüringen. Setzt sich ein solcher Politikansatz in der neuen Fraktion durch, wäre eine Integration der PDS in die Machtstrukturen das allerwahrscheinlichste Ergebnis, selbst wenn sie ausgegrenzt und von Regierungsverantwortung ausgeschlossen bliebe.

Mit einem solchen Politikverständnis wird die PDS nicht mehr in der Lage sein, Opposition als Widerstand zu begreifen. Ihre Alternativen wären tatsächlich nur noch Mitgestaltung der jetzigen Gesellschaft, aber eben keine grundsätzlichen Alternativen.

Erfurt, 26.8.1994



# Der Widerstand gegen den Faschismus 1933-1945

Im folgenden werden die Protokolle der Arbeitsgruppe Geschichte der „Jahreszeitschule“ Schnepfenthal vom 21. bis 24. Juli 1994 wiedergegeben. Die Protokolle sind zumeist bruchstückhaft. Eine Zusammenführung bzw. ein Abgleichen der Ergebnisse konnte aufgrund der Zeitknappheit nicht geleistet werden. Die Protokolle versuchen, Themenschwerpunkte der Texte/Referate bzw. der Diskussionen wiederzugeben.

Neben den Diskussionen wurden im Rahmen der AG offene Veranstaltungen angeboten: eine „Erzähl-Lesung“ von Hans Voelkner, bei der er seinen Lebensweg und den seiner Eltern darstellte. Dies ist in seinem Buch „Salto mortale“ nachzulesen. Weiter wurden Dokumentarfilme zum 20. Juli gezeigt.

Festzuhalten bleibt, daß der Widerstand vielfältig war und aus unterschiedlichen Motiven heraus gehandelt wurde. Es wurde deutlich, daß die Begriffe wie Antifaschismus und antinationalsozialistisch nicht zufällig von den Widerstand Leistenden gewählt wurden und auch unterschiedlich interpretiert werden. Dabei bedeutet Antifaschismus eher die Bekämpfung des Faschismus unter Teilnahme einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht und einem Grundkonsens für eine zukünftige demokratische Gesellschaftsform. Antinationalsozialistisch bedeutet auch Bekämpfung des Faschismus, aber auch eher die Ausgrenzung von gesellschaftlichen Kräften und Vorstellungen jenseits des bürgerlichen Lagers. Der Kurs sollte eine genauere Kenntnis über die verschiedenen Auffassungen vermitteln und möglichst Anregungen für eine aktuelle antifaschistische Arbeit liefern.

Roy Weißenberger

## Die „Rote Kapelle“

Die „Rote Kapelle“ war in der DDR immer wieder das Beispiel für den Widerstand gegen den Hitler-Faschismus, insbesondere die unterschiedlichen Strömungen, die daran beteiligt waren und die aus verschiedenen sozialen Schichten der Bevölkerung kamen. Die Rote Kapelle ist ein Beweis, daß im Widerstand auch ein Nachdenken über ein zukünftiges Deutschland stattgefunden hat, daß es inneren Widerstand in Deutschland gegeben hat und daß er selbst in Deutschland entstanden ist. Einen besonderen Beitrag leisteten dabei Frauen, die darüber hinaus unter besonders schwierigen Belastungen litten, weil sie neben Arbeit und Widerstand auch noch für die Versorgung großer Familien zuständig waren.

Hans Voelkner wies in seinem Vortrag auf die Breite der Organisation „Rote Kapelle“ hin, die sehr weit verzweigt war. Sie stellte nicht nur eine politische Breite dar, sondern widerspiegelt auch eine intellektuelle Breite ganz unterschiedlicher nationaler Herkunft. Der Begriff „Rote Kapelle“ hat übrigens nichts mit der Kirche zu tun, sondern ist Ausdruck für das Zusammenwirken einzelner. Viele einzelne Pianisten wirkten eben in einer Kapelle (als Pianisten bezeichnete die Deutsche Abwehr einen einzelnen Bunker, der den Gegnern Information zukommen ließ, Red.).

Hans Voelkner meint, daß über 90 % der Literatur den Widerstand der „Roten Kapelle“ abenteuerlich darstellen, was mit der Realität wenig gemein hat, und diese Literatur ihr Geld nicht wert ist. Die „Rote Kapelle“ bestand nicht nur aus der Harnak/Schulze-Boysen-Organisation, und in der Literatur wird die koordinierende Rolle von Trepper völlig verzerrt. Hans Voelkner meint, daß noch lange nicht alle Papiere auf dem Tisch liegen, um eine abschließende Beurteilung abgeben zu können.

Um den deutschen Widerstand genau beurteilen zu können, sollte man sich immer wieder vergegenwärtigen, daß die Deutschen nie haben eine Revolution durchsetzen können. Widerstand muß auch erfolgreich sein, sonst muß er sich hinterher immer wieder rechtfertigen — war er überhaupt gerecht und warum scheiterte er usw. usf. Das besondere deutsche Obrigkeitsdenken konnte nie vernichtend geschlagen werden. Selbst die Sowjetunion hat im Kampf gegen den Hitlerfaschismus den „Internationalismus“ eingeschränkt und nationale Begründungszusammenhänge stärker hervorgehoben.

Deshalb ist es so wichtig, den vielfältigen Widerstand von unten darzulegen und seine Beweggründe verstehen zu lernen.

## Kommunistischer Widerstand

An diesem Tag lagen drei Schriften über den antifaschistischen Widerstand von kommunistischer Seite vor. Sie wurden kurz referiert. Vorab eine Vorbemerkung: Die Kursteilnehmer/innen kritisierten, daß nicht allen die Unterlagen vorlagen bzw. bekannt waren. Unter diesen Umständen war eine für alle nachvollziehbare und demokratische Diskussion leider nur bedingt möglich.

Die erste Schrift war: *Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur „Brüsseler“ Parteikonferenz von Hermann Weber.*

Hier wird u.a. dargelegt, wie die KPD den Hitler-Faschismus unterschätzt hat. Brüning wird als Faschist bezeichnet, Schleicher und Papen werden als weitere Steigerung angesehen. Die Machtergreifung Hitlers wird zunächst nicht als die große Niederlage angesehen, vielmehr werde der Nazi-Faschismus sich selber entlarven und zusammenbrechen und die sozialistische Revolution endlich siegen. Die SPD wird als „Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse“ gesehen. „Aktionseinheit von unten“, aber keine Absprachen mit der Führung werden von der KPD angestrebt. Die Haltung der KPD ist bestimmt von der KPD/SU. Weber spricht von einer „Kettung an die sowjetische Außenpolitik“ und von der KPD als „nicht selbständige Partei“. Gegen diese Sichtweise wird angeführt, daß die KPD sehr wohl eine selbständige Partei mit selbstverantwortlichen Mitgliedern sei. Man könne höchstens von freiwilliger Selbstbescheidung sprechen. Ein anderer weist darauf hin, daß es keine Möglichkeit gab, anders zu entscheiden als die Komintern, außer durch Selbstauflösung. Schuld an der Gängelung der KPD sei aber nicht, wie Weber behauptet, der Internationalismus, sondern der Zentralismus und das Nichtaueinanderhalten von Partei und Staat.

Die zweite Schrift hieß *Revolutionäre Perspektiven des kommunistischen Widerstands* von Arnold Sywottek. Die Schrift handelt vom „Wandel von ‚Revolution‘ im politischen Kalkül der KPD von 1935 bis 1945“. Erwartete anfangs der kommunistische Widerstand den baldigen Sieg der proletarischen Revolution, so war die Aufgabe später: aktive Vervollendung der „bürgerlichen-demokratischen“ Umbildung. Sywottek verweist auf den Zusammenhang der sowjetischen Außenpolitik und der Volksfrontpolitik ab 1935. Mit der Volksfrontpolitik sollte die staatliche Bündnispolitik der Sowjetunion unterstützt werden. Die Volksfront-Politik war taktisch bestimmt und konnte nur so lange gelten, wie die SU eine Verschnaufpause brauche.

Der dritte Text hieß *Volksfront und Volksbewegungskonzept* von Detlev Peukert. Die Bündnis- und Politikfähigkeit der KPD sei zu Beginn des Faschismus stark eingeschränkt gewesen. Die größte Niederlage, der Machtantritt der NSDAP, wird zunächst nicht als Niederlage eingeschätzt, sondern als vorübergehende Erscheinung. Die Propagierung des revolutionären Massenkampfs stimmt mit der Wirklichkeit von 1933 und 1934 nicht überein. Die Partei erlitt hohe Verluste. Der kommunistische Widerstand organisierte sich zwischen 1933 und 1935 aber immer wieder aufs Neue. Hauptinhalt der Arbeit war die Aufrechterhaltung der Organisation. Das Volksfrontkonzept war nach der Niederlage im spanischen Bürgerkrieg und in Frankreich erledigt. Mit dem Nichtangriffspakt zwischen Nazi-Deutschland und SU verzichtete die Auslands-KPD auf die Losung „Stürzt Hitler“ im Gegensatz zur Inlands-KPD. In der Beurteilung, was nach dem Sturz Hitlers kommen müsse, herrschte die Meinung: kein Zurück zu einer parlamentarischen Republik wie Weimar, sondern starke Exekutivrepublik mit starker Umerziehungskomponente des deutschen Volkes.

## Der Widerstand der KPD-O

Die KPD-O (KPD-Opposition, oder auch einfach

KPO genannt, Verf.) entstand 1928 auf der Grundlage einer scharfen Kritik an der KI (Kommunistischen Internationale, Verf.) bzw. der KPD. Im wesentlichen ging es um die Ablehnung der „Sozialfaschismusthese“. August Thalheimer, einer ihrer Führer, war vorher noch in der Programmkommission für den 6. Weltkongreß der KI gewesen.

Die Mehrheit der Mitglieder wurde aus der KPD ausgeschlossen. Gleichzeitig strebte die KPO an, sich mit der KPD zu vereinigen, wozu es aber nie kam. Eher harte Auseinandersetzung bestimmte das Verhältnis zwischen KPD und KPO. Später spaltete sich die KPO, viele Genossen gingen wieder in die KPD, andere über die SAP in die SPD.

Einerseits war die KPO nicht durch die auf die SPD bezogene „Sozialfaschismusthese“ vorbelastet, andererseits lehnte sie jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Kräften zur Bekämpfung des Nationalsozialismus (Einheitsfrontpolitik der KPD, Verf.) ab. „Antifaschismus bedeutet Sozialismus“ meint, daß es a) keine anderen „Antifaschisten“ und b) keine Übergangsformen nach der Zerschlagung des Faschismus gibt.

Relativ früh hatte die KPO eine Faschismusanalyse, für sie war der Faschismus nicht eine schnell vorübergehende Erscheinung. August Thalheimer bezieht sich in seiner Analyse auf die Marxsche Schrift 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Er stellt fest, daß nicht die Herrschaft der Bourgeoisie wichtig sei, sondern die Tatsache, daß sie die Herrschaft an die Faschisten übergibt.

Die Schwerpunkte der politischen Arbeit waren die Gewerkschaftsarbeit und die Basisgruppenarbeit. Es wurde von Anfang an mit konspirativen Mitteln gearbeitet. Dies erlaubte zum Anfang der NS-Herrschaft eine Fortführung der Arbeit. Gleichzeitig kann durch die Konspirativität Erfolg des Widerstands nie genau gemessen werden. Ziel war ein Generalstreik, der in einen politischen Streik übergeht.

Die KPO wurde von der Gestapo bzw. durch die Flucht ins Ausland dezimiert.

Beide — KPD und KPO — sagen nichts zur Vernichtung der Juden. In unserer Diskussion wurde bedauert, daß eine Strömung wie die KPO entweder nicht zur Kenntnis genommen werden konnte wie in der DDR oder nicht zur Kenntnis genommen wurde wie in Westdeutschland. Hier stellt sich die Frage von Demokratie innerhalb der Partei (oder einer Partei) und dem Umgang mit anderen Strömungen innerhalb der sozialistischen Bewegung.

Klar ist, daß die Herrschaft des Faschismus auch die Frage nach Bündnispartnern bzw. Gegnern anders stellt. Dies sollte eine Lehre für den antifaschistischen Widerstand sein.

## Der Kreisauer Kreis

Der Kreisauer Kreis (KrK) ist sehr „buntscheckig“ zusammengesetzt aus Adeligen, Offizieren, Beamten, Gewerkschaftsführern und Geistlichen. Daraus erklärt sich sicher sein Hang zum Elitedenken.

Der KrK wollte nicht zurück zur Weimarer Republik, der Faschismus war seiner Meinung nach ein Ausfluß der Parteienpolitik.

Der KrK ist auch fasziniert vom Nationalsozialismus und seiner Massenmobilisation. Die Vorstellungen des KrK zu Gewerkschaften als „nur Betriebsgewerkschaften“ sind nicht weit entfernt von der der DAF. Es soll keine Tarifautonomie geben.

Bei den Eigentumsvorstellungen (es ist unantastbar) fällt der KrK hinter die franz. Revolution zurück — die Jakobiner wollten das Eigentum und die Verfügungsmacht in der Wirtschaft trennen. So ist der Sprachgebrauch in Bezug auf politische Verwaltungsorgane und Produktionsweisen (Reichsverweser etc.) von ständischen Vorstellungen geprägt, die einen Hang zu vorindustriellen Verhältnissen suggerieren.

Seine Wirtschaftspolitik (Ger van Roon, S. 18) hat Ähnlichkeit mit den Vorstellungen, wie sie von der SED formuliert wurden. So soll die Wirtschaft der Gemeinschaft und dem einzelnen dienen. Dazu gehört auch die Sicherung von sozialen Rechten (Wohnung, Nahrung etc.). Diese zunächst positiv

klingenden Vorstellungen münden in Gedanken zur „europäischen Wirtschafts- und Friedensordnung“, hier kann sich eher Kohl etwas herausuchen, das Konzept ist aggressiv und antikommunistisch (Ger van Roon, S.21). So soll ein Gesamtstaat Europa entstehen, in den alle Staaten bis zum Ural eingegliedert werden sollen, unabhängig davon, ob dies die Beteiligten wünschen oder nicht.

Durchgehend sind die Vorstellungen vom christlichen Abendland. In ihm soll das Deutsche Reich, möglichst als Hegemonialmacht in Europa, bestehen bleiben. Über diese vermeintliche gemeinsame Erbe sollen die Westalliierten für den Kampf gegen die vermeintlichen Barbaren aus dem Osten (Sowjetunion) eingenommen werden. Dieses Kalkül (gegen Ende 1943) entspringt der Einsicht, daß der faschistische Angriffskrieg bereits verloren ist.

Scharf kritisiert wurden die Vorstellungen zur Familienpolitik. Die Frau soll wieder ihre traditionell Rolle als Mutter und Hüterin der Familie einnehmen. Im Briefwechsel mit seiner Frau schreibt einer der Moltkes sogar, die Frauen sollten kein Wahlrecht haben.

Bei der Diskussion über das Verhältnis von Staat und Schule wurden die unterschiedlichsten Erfahrungen vom Staat deutlich. Einigkeit besteht wohl darin, daß die Staatsschule in Deutschland den Fortschritt nicht gerade befördert hat und daß „Staatsabbau“ notwendiger Bestandteil einer sozialistischen Bewegung sein muß. Dabei bedeutet Staatsabbau nicht zwangsläufig Privatisierung, sondern kann auch emanzipatorisch angelegt sein.

Der KrK hat den Rassismus nicht thematisiert, kein Wort kommt zur Judenvernichtung.

Wir haben festgestellt, daß jeder zum Widerstand gehört, der dazu beiträgt, Hitler und sein System zu beseitigen.

Bei aller berechtigten Kritik an den Kirchen sollten wir aber nicht vergessen, daß es u.a. einen katholisch motivierten Widerstand gab, der auch teilweise beim KrK mitgearbeitet hat. Die Priester und Pfarrer im Widerstand wurden von ihren Kirchen verlassen, denunziert und ausgeliefert.

## Militärischer Widerstand

Wir hatten aber unsere Schwierigkeiten mit dem militärischen Widerstand:

Zunächst haben diese Offiziere mit zum Angriffskrieg beigetragen, entscheidend für ihren Widerstand war wohl die drohende Niederlage.

So gab es Vorstellungen, einen Separatfrieden mit den Westmächten zu schließen, um diese dann vielleicht sogar in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzuziehen. Die Umsetzung des „Walküre-Plans“ (der Innere Notstand und die Ausführung der damit zusammenhängenden Befehle) nach dem Attentat am 20. Juli 1944 hätte eine Militärdiktatur bedeutet. Eine Entwaffnung der SS und die Auflösung der NSDAP hätte auch die Frage der Akzeptanz für solch ein Vorgehen in der Bevölkerung gestellt.

Einen Teil der Diskussion widmeten wir Claus Graf Schenk von Stauffenberg. In seiner Jugend wurde er geprägt von dem Neoromantiker Stefan George: antipreußisch, antimilitaristisch, Gegner der bürgerlichen Gesellschaft. Stauffenberg wollte eine konservative Revolution gegen die Nazis, er hat die Schuld Hitlers erkannt und entschließt sich zum Handeln. Sicher hat die Ritter- und Adelsklasse die Nazis verachtet, das aber eher aus einem Elitedenken heraus.

Die entscheidende Motivation war: Wenn der Staat nicht mehr funktioniert, ist Tyrannenmord gerechtfertigt. Noch einmal am Schluß dieser Diskussion hielten wir fest: Es gibt unterschiedliche Motivationen gegen den Faschismus, der Begriff „Antifaschismus“ muß aufgegliedert werden. Es gibt auch punktuelle Widersprüche zum Faschismus. Es ist nicht an uns, anderen abzusprechen, daß sie Widerstand geleistet haben — die faschistische Barbarei ist schlimm genug.

## Kohls Rede

Das letzte Thema des Geschichtskurses war die Diskussion um die Rede Helmut Kohls zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1944 in Berlin.

Zunächst suggeriert Kohl die Ehrung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in seiner ganzen Vielfalt. Dabei wird der Widerstand zumeist personalisiert. Neben den Hingerichteten des 20. Juli finden sich die Geschwister Scholl und der Tisch-

lergeselle Johann Georg Elsner. (Er hatte ein Attentat auf Hitler in den 30er Jahren geplant und ausgeführt. Hitler entkam lediglich durch einen Zufall.) Wichtig ist Kohl, den kommunistischen Widerstand zu diffamieren. Er bedient sich der Totalitarismustheorie, die eine zentrale Rolle in den Ausführungen spielt.

Kohl spielt sich in Person und politischer Anschauung als die Verkörperung der Widerstandstradition in unserer Gesellschaft auf. So sagt er: „Die entscheidende moralische Trennlinie ... verläuft nicht zwischen links und rechts, sondern zwischen Anstand und Ruchlosigkeit.“ Wer sodann am Kohlschen Anstand zweifelt, sieht auch gleich die Rote Karte.

Kohl weiter: „Wer politischen Extremismus als etwas Normales verharmlost und dessen Intoleranz aus falsch verstandener Großmut toleriert, der versündigt sich ... an unserer Demokratie.“ Weiter vorn führt der Kanzler aus: „Wer heute konsequent unsere freiheitliche Demokratie verteidigt, wird morgen nicht in die Lage kommen, Widerstand leisten zu müssen.“ Aus dem Gesagten ergibt sich mehreres.

Zunächst wird die Demokratie auf den Rechtsstaat reduziert, es ist die Umkehrung des demokratischen Prinzips, daß das Recht die Demokratie schützen soll. Sollte sich die Bevölkerung einmal für ein anderes Staatssystem entscheiden, und zwar unabhängig davon, welches, so müßte diese demokratische Entscheidung nicht akzeptiert werden.

Weiter bedeuten seine Ausführungen, daß Menschenrechte und Würde (was immer dies auch sei, soziale Rechte gehören explizit nicht dazu) in der Bundesrepublik garantiert werden, Feinde aber einem Sonderrecht unterliegen. Hier handelt es sich um unverhohlene Drohungen gegen die PDS, um nur ein Beispiel anzuführen, da sie als „Erbin“ der SED, und somit der DDR als eines „totalitären Unrechtsstaats“, definiert ist.

So ist die Kernaussage der Rede: „Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, gründet sich auf ... (den) antitotalitären Konsens, auf die Absage an jede Form der Diktatur, Willkür und Unrecht. Diese Gemeinsamkeit ist das Herzstück unserer Staatsräson.“ Damit versucht Kohl, die CDU und alle anderen bürgerlichen Kräfte in die Einheitsfront gegen Links zu ziehen. Deutlich wird dies an der vermehrten Benutzung des Volksfrontbegriffs in diesem Jahr als politischer Kampfbegriff von Rechts. Dies hat zur Folge, daß politischer Widerstand (hier von Links) auch als solcher bezeichnet wird. In den 70er und 80er Jahren handelte es sich lediglich um Terroristen. Ein demokratischer und sachlicher Diskurs wird aber gleichzeitig in der Öffentlichkeit unterdrückt.

Abschließend läßt sich festhalten: Es handelt sich um eine programmatische Rede mit klassischem rethorischen Zuschnitt. Derzeit finden massive Veränderungen der Verfassung und damit Umdefinierungen des gesellschaftlichen Konsens statt, diese laufen aber an der öffentlichen Diskussion vorbei. Gleichzeitig wird im voraus jeder denkbare (organisierte) Widerstand als dem Rechtsstaat entgegenstehend bestimmt. Die Aktualität dieser Rede läßt sich vielleicht am folgenden Beispiel verdeutlichen. Lang verschmähte Offiziere werden in einem Moment geehrt, in dem die Bundesrepublik die Folgen der Niederlage im zweiten Weltkrieg fast vollends abgeschüttelt hat. Diese Offiziere stellen nun das gute nationale Gewissen Deutschlands dar, und in diese Tradition soll auch die Bundeswehr gestellt werden. So ist kein Zufall, daß dies in einem Moment geschieht, in dem die Einsatzbedingung der Bundeswehr durch das Verfassungsgerichtsurteil umdefiniert wird. Ebenso wenig ist es Zufall, daß sich das Verteidigungsministerium just in dem Gebäude niederläßt, in dem mehrere oberste Militärorgane während des Faschismus ihren Sitz hatten und in dessen Hof einige der Offiziere des 20. Juli erschossen worden sind. Hier wird Legendenbildung betrieben und einer aggressiven Außenpolitik der Bundesrepublik Vorschub geleistet.

Kohl wollte schon lange diese Rede halten. Es ist eine Wahlrede erpresserischen Inhalts, ein Generalangriff gegen große Teile der Bevölkerung, der Vorbote des neuen Regierungsprogramms Helmut Kohls.

(Protokolle: jöd, scr, ros, rwe)

### Benutzte Quellen:

Theodor Bergmann/Wolfgang Haible: Die Geschwister Thalheimer. Decaton

Jens Becker: Der Widerstand der KPD-O im Faschismus. Podium Progressiv, 1992

Philipp Freiherr von Boeselager: Der Widerstand in der Heeresgruppe Mitte. Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 1990

Helmut Kohl: Rede bei der zentralen Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1944 im Ehrenhof Stauffenbergstraße zu Berlin. 1994

Detlev J.K. Peukert: Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand — Thesen. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. S. 875ff. Piper, 1994

Ger van Roon: Der Keisauer Kreis zwischen Widerstand und Umbruch. Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 1988

Arnold Sywottek: Revolutionäre Perspektiven des kommunistischen Widerstands. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. S. 475ff. Piper, 1994

Hermann Weber: Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur „Brüsseler“ Parteikonferenz. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. S. 73ff. Piper, 1994

### Weitere Quellen:

AG „Junge Genossen“: Die unendliche Geschichte oder ob friedlich oder militant ... Materialsammlung zur Widerstandsdiskussion. Magdeburg, 1994

Annette E. Dumbach/Jud Newborn: Wir sind euer Gewissen. Die Geschichte der Weißen Rose. Kreuz Verlag

Kurt Finker: Der 20. Juli 1944 und die DDR-Geschichtswissenschaft. Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 1990

Hans Scholl/Sophie Scholl: Briefe und Aufzeichnungen. Fischer

## Die Rede Kohls zum 20. Juli

## Eine Kampfansage an die linke Opposition

### VON HORST LEUTEMANN

Im Vorfeld und der Diskussion über die Gestaltung der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Anschlages auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 ist es zu einigem Protest gegen diese Veranstaltung gekommen.

Zunächst gab es von seiten der bürgerlichen Opposition bis zu Sozialdemokraten einige Unstimmigkeit darüber, daß Kohl beanspruchte, auf dieser Gedenkfeier als Alleinredner aufzutreten. Noch bevor dieser Streit richtig ausgegetragen wurde, kam durch einen Nachfahren von Stauffenberg die nächste und in der Öffentlichkeit dominant diskutierte Frage auf, ob denn in der Dauerausstellung zum Widerstand neben Stauffenberg und den anderen Vertretern des bürgerlichen Widerstandes auch der kommunistische Widerstand in den Personen Ulbricht und Pieck vertreten sein dürfte. Diese verkörperten aus dessen Sicht ein totalitäres Staatssystem und hätten somit nichts neben den „Helden des 20. Juli“ zu suchen. Die vom Stauffenberg-Nachkommling initiierte Kampagne gegen den kommunistischen Widerstand ist sicherlich ein schwerer und ernstzunehmender Vorstoß, der politisch geschickt in die Wege geleitet wurde. Kein Politiker hätte sich mit einer derartigen Position so offen exponieren können wie ein Verwandter, der seine Familienehre gekränkt wähnt.

Unter diesen Vorzeichen erschien die Rede Kohls für die Linke natürlich in einem besonderen Licht, denn hier ging es ja nicht allein um die Frage, wie der bürgerliche Teil der Gesellschaft seine Helden ehrt, sondern mit welchem gesellschaftlichen Stellenwert der kommunistische oder sozialistische Widerstand auch für die Zukunft betrachtet werden würde. Dies ist nicht nur für diejenigen, die sich in diesem Widerstand aktiv beteiligten, eine Frage der Anerkennung und der politischen Identität, sondern auch eine Frage der historischen Betrachtung und Bewertung der Rolle dieses Widerstandes und wird damit auch eine in die Zukunft gerichtete Aussage von höchster Bedeutung.

Es ist daher mehr als verständlich, daß sich vor diesem Hintergrund die Betrachtung der Feierlichkeiten vor allem auf die Frage konzentrierte, wie Kohl sich zu diesen Fragen verhielt. Doch ist zu befürchten, daß mit einer oberflächlich formalen Kritik viel zu kurz gegriffen wird. Bei näherer Betrachtung von Kohls Rede vom 20. Juli 1994 werden höchst politische Aspekte deutlich, die vielleicht allzu schnell untergegangen sind. Dieser Beitrag soll sich daher mit den Inhalten der Kohlschen Rede auseinandersetzen.



Bevor jedoch auf die Inhalte der Rede eingegangen wird, noch ein kurzes Wort zu der Kritik, daß Kohl sich an diesem Tag als Alleinredner in Szene setzen wollte. Kohl ist ein Politiker, der in entscheidenden Situationen viel auf Symbolik und Gesten setzt. Insofern war der 50. Jahrestag des Hitlerattentats sicherlich von ihm ein bewußt gewählter Zeitpunkt, mit dem er sich in Position setzen wollte, um eine grundsätzliche Rede zu halten. Jeder weitere Festredner hätte dies Konzept gestört.

Grob skizziert, unterteilt sich Kohls Rede wie folgt:

Zunächst zeichnet Kohl ein Bild des Widerstandes, um dann dessen Kriterien zu entwickeln. Er geht dann auf die Zielsetzung des Anschlages vom 20.7.44 ein und interpretiert diese. Weiterhin beschreibt er das Vorhaben des Hitlerattentats aus „patriotischer“ Sicht, um letztlich auf die Lehre des Widerstandes für die heutige Zeit einzugehen.

Untersuchen wir zunächst, wen Kohl zu den Kreisen des Widerstandes zählt. Der Beitrag konzentrierte sich natürlich am 50. Jahrestag des Anschlages auf Adolf Hitler in dessen Hauptquartier Wolfsschanze auf die Kreise um den 20. Juli, wie den Attentäter Claus von Stauffenberg oder den designierten Reichskanzler Carl Friedrich Goerdeler.

Doch erwähnt Kohl auch andere, nicht zum 20. Juli gehörende Personen des Widerstandes, wobei er dabei Personen wie die Geschwister Scholl oder Johann Georg Elsner benennt. Kohls Definition des Widerstandes ist also eine namentliche Benennung achtungswürdiger Personen.

Jedoch fällt auf, daß Kohl auf weitere Formen des Widerstandes nicht eingeht.

Mit keinem Wort erwähnt Kohl auch nur ansatzweise die unzähligen Einzelhandlungen unbekannter WiderständlerInnen. Mit keinem Wort bezieht er die Aufstände des Warschauer Ghettos und in Konzentrationslagern mit ein. Mit keinem Wort geht er auf die im Exil arbeitenden Oppositionellen ein, genauso wie er es unter allen Umständen vermeidet, den Widerstand innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie und des kommunistischen Widerstandes auch nur zu benennen.

Jede andere Form des Widerstandes, außer der des 20. Juli, erscheint sogar als nebensächlich und untergeordnet, denn Kohl spricht von diesem Datum als „Höhepunkt und Endpunkt einer Entwicklung ... im Kampf gegen die Herrschaft des Verbrechens“ und bezeichnete die beteiligten Personen in idealisierter Überhöhung als „die Besten“.

Hier schaudert man natürlich, denn es bleibt die Frage, wieso denn so viele, die ihr Leben im Widerstand gelassen und riskiert haben oder in Gefängnissen und Konzentrationslagern gefoltert wurden, im Umkehrschluß schlechter sein sollen als Vertreter des Offizierskorps, aus dem ja die meisten Personen des 20. Juli stammen. Diese waren sogar mehr oder weniger direkt und indirekt an dem Aufbau des Naziregimes und dem Kriegszug beteiligt. Kohl wählte die Formulierung der „Besten“ aber nicht aus Höflichkeit, um vielleicht an diesem Tage die Würdigung der Personen des 20. Juli hervorzuheben. Er hat auch nicht aus Unbedachtheit breiteste Kreise des Widerstandes „vergessen“. Diese Formulierung ist durchaus mit Bedachtheit gewählt worden.

Kohls zunächst noch scheinbar positive Definition des Widerstandes in Form einer Ansammlung achtungswürdiger Personen ist eine sehr geschickte Vorbereitung für spätere Aussagen. Sehr geschickt, weil hier Personen benannt und geehrt wurden, gegen deren Würdigung zunächst wohl kaum jemand etwas sagen könnte. Doch indem gleichzeitig eine Ausgrenzung allen weiteren Widerstands in Pietät und Achtung gegenüber Personen des 20. Juli gehüllt wurde, wird diese Tatsache zum Politikum.

Die bisherige Definition des Widerstandes dient Kohl erst als notwendige Vorbereitung, um damit fast Ungeheuerliches ableiten und begründen zu können. Dies wird deutlich, wenn wir als nächstes die Frage untersuchen, wie denn von Kohl der Widerstand inhaltlich definiert wurde.

## „Aufstand des Gewissens“

Der zentrale Begriff, den Kohl bereits am Anfang seiner Rede vorgibt, ist der des „Aufstands des Gewissens“.

Kohl stellt also die Frage der Gewissensentscheidung als oberstes Prinzip der Handlung im Widerstand heraus. Beinahe naiv hört es sich an, wenn er davon spricht, daß der Widerstand vor allem dort

„menschliche Größe und unvergleichliche Würde“ gewinnt, „wo er als freie Entscheidung ein Aufstand des Gewissens ist“. Diese Formulierung gewinnt allerdings an Schärfe, wenn er sagt: „Sie handelten nicht auf Weisung. Es gab keine Massenbewegung, von der sie sich hätten mitreißen lassen können.“

Hier wird allmählich erkennbar, welches Bild Kohl von legitimem Widerstand aufzeichnen und manifestieren will. Hiermit hat Kohl sich den Boden bereitet, um auf der moralischen Kategorie ein Bild vom Widerstand zu prägen. Lediglich ein durch Gewissensentscheidung veranlaßtes Individuum hätte in dieser Betrachtung das moralische Recht auf Widerstand. Sozialer Widerstand besäße diese Qualität nicht und hätte somit auch nicht das Recht auf Widerstand, politisch motivierter Widerstand ebensowenig.

Diese Formulierung ist damit nicht nur eine in die Vergangenheit gerichtete Aussage über den Wert des Handelns der genannten Personen oder nicht genannter Gruppen und Organisationen, sondern ist, bezogen auf die aktuelle Lage in Deutschland, eine klare Kampfansage. Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der zunehmenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, des ständigen Bombardements auf hart erkämpfte soziale Rechte, der permanenten Angriffe auf demokratische Rechte ist klar, daß Kohl damit auch jedem Widerstand gegen diese Zustände, insbesondere wenn er in organisierter Form als Interessenvertretung auftritt, seine Legitimation abstreitet.

Kohl entwickelt den Vorbildcharakter der Widerstandskämpfer des 20. Juli also aus ihrer „politisch-moralischen Zielsetzung“.

„In dem Wofür liegt das Vermächtnis“, und dieses sei „die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit“ respektive „die Beseitigung von Unrecht und Willkürherrschaft“. Er sagt dies noch einmal deutlich, wenn er Rudolf Prechel zitiert, der „den deutschen Widerstand als Teil des Kampfes gegen den Totalitarismus“ proklamiert. Es geht bei einer rein moralischen Festlegung des Widerstandes gegen den Faschismus nicht um die Frage des Antifaschismus. In seiner Definition postuliert Kohl einen antitotalitären Standpunkt als Konsens für Widerstand. Damit wird also auch klar, warum Kohl in seiner Definition des Widerstandes so viele Antifaschisten ausklammerte und an bestimmten Einzelpersonen festhielt. Sozialistische und kommunistische Ziele sind aus bürgerlicher Sicht und in deren Propaganda stets mit der Zielsetzung eines „Unrechtsstaates“ verbunden. Diese Terminologie des Antitotalitarismus ist geradezu das klassische Synonym im ideologischen Kampf gegen sozialistische Ziele und in der Abrechnung mit den realsozialistischen Staaten.

So könnte von Kommunisten und Sozialisten in Kohls Verständnis wohl antifaschistischer Widerstand geleistet werden. Dieser wäre dann aber in seiner bisherigen Definition wiederum unmoralisch wegen dessen letztllicher Zielsetzung.

Kohl entwickelt also aus dem Anschlag vom 20. Juli '44 mittels einer personifizierten Darstellung eines moralisch gerechtfertigten antitotalitären Widerstandes die implizierte Antithese einer klaren antisozialistischen/antikommunistischen Definition von Widerstand.

Dies verdeutlicht er, indem er unmittelbaren Bezug zur sozialistischen Vergangenheit in Deutschland herstellt. „Wir kennen die Namen von vielen, die den Kerkern der Nationalsozialisten entronnen waren und schon wenig später in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands aus politischen Gründen drangsaliert, unter massiven Druck gesetzt, zu Haft, jahrzehntelanger Zwangsarbeit oder gar zum Tode verurteilt wurden.“

Hier wird von Kohl unter der scheinbar objektiven Betrachtung von Totalitarismus offen die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus betrieben.

Doch auch bei einer antitotalitären Definition von Widerstand muß Kohl einen großen Spagat begehen. Denn daß der Kreis um Stauffenberg und Goerdeler nach dem Sturz Hitlers seinerseits lediglich eine antidemokratische Präsidial- und Militärdiktatur anstelle des Hitlerregimes setzen wollte, ruft natürlich erheblichen Widerspruch bei solch einer „antitotalitären“ Definition hervor. Dies ist auch Kohl klar. Um aber den Anschlag in der Wolfsschanze und den geplanten Umsturz in seinem Konzept verwerten zu können, rechtfertigt Kohl dies, indem er deren Absichten als „zeitbedingt“ bezeichnet und daß aus Sicht der späteren Bundesrepublik

ihre Staats- und Gesellschaftsvorstellungen zu bemängeln wären. Auch die Tatsache, daß die Herren des 20. Juli ihrerseits jahrelang an der faschistischen Diktatur mitgearbeitet haben, rechtfertigt Kohl, indem er sie durch „vordergründige Erfolge der Diktatur geblendet“ sah und „sie später ihre Irrtümer einsahen“.

## Ein instrumentelles Verhältnis zu Demokratie

Eine grundlegend antidemokratische Haltung der Personen und im Konzept des 20. Juli ist für Kohl nicht das Problem. Denn demokratisches Bestreben ist für ihn nicht das entscheidende Kriterium des Antitotalitarismus und eines moralisch legitimen Widerstandes. Kohl benutzt statt des Begriffs Demokratie die Kategorie des Rechtsstaates als Maßstab der gesellschaftlichen Ordnung. Er stellt den Begriff des Rechtsstaates über den der Demokratie, auch wenn er beteuert, „daß Rechtsstaat und Demokratie untrennbar zusammengehören“. Diese Formulierung wird von Kohl noch im selben Absatz deutlich relativiert. Wieder benutzt er ein Zitat, um seine hintergründigen Absichten zu verdeutlichen: „... das Beste an der Demokratie (sei) gerade dieses, daß sie nur geeignet ist, den Rechtsstaat zu sichern“.

Jeder Staat ist natürlich aus Sicht der jeweils Herrschenden ein Rechtsstaat. Ein bestehender Staat hat also ein von jeder demokratischen Entwicklung völlig unabhängiges Existenzrecht. Dessen Grundlage ist die bürgerlich-kapitalistische Grundordnung. Insofern drückt Kohl mit diesem Zitat hier offen aus, was bereits in vielen Hinterstüben bürgerlicher Gesellschaften gedacht wurde und wird. Die Demokratie ist nur dann sinnvoll, wenn sie der bürgerlichen Ordnung genügt. Das Volk wird nur so lange als Souverän gebraucht, wie es nutzt. Der bürgerliche Staat, der Kapitalismus ist das erhaltenswerte Gut — nicht die Demokratie.

In vielen Staaten der ehemals sowjetischen Hemisphäre kann sehr anschaulich beobachtet werden, wie noch vor 1989 die Frage der Menschenrechte und der Demokratie als Machtfaktor offen in und gegen die realsozialistischen Staaten eingesetzt wurde. Nach dem Zusammenbruch interessierte es die westlichen Politiker allerdings kaum noch, ob z.B. in dem heutigen Rußland ein völlig antidemokratisches System regiert, oder es wird wie in Polen der demokratisch gewählten Regierung offen gesagt, daß die Zusammenarbeit sehr schwer wird, weil die Regierung von der ehemaligen KP angeführt wird.

## Die Herrschaft beansprucht das Widerstandsrecht

Was bedeutet dieser Standpunkt Kohls aber in der aktuellen Situation der Bundesrepublik?

Dazu ist es nötig, sich zu vergegenwärtigen, daß die PDS in den letzten Wahlen sowohl auf Kommunal-, Landes- und Europaebene sehr erfolgreich abgeschnitten hat. Die PDS ist zu einem realen Machtfaktor geworden. Sachsen-Anhalts Wahlergebnis ist das Synonym für diese Situation. Vielerorts ist ohne die PDS keine Politik zu machen, und die mehr oder minder offene Bereitschaft zur Koordination und Kooperation mit ihr steigt. Gleichzeitig ist mit dem Verschwinden der FDP aus den Parlamenten von Niedersachsen bis Sachsen-Anhalt eine ungeheure Schwächung der bürgerlichen Mitte eingetreten, die die konservativ-liberale Regierungspolitik ernsthaft in Gefahr bringt.

Gleichzeitig ist durchaus denkbar, daß aufgrund der zunehmenden Verschärfung der sozialen Situation in der Bundesrepublik sich auch der Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse organisiert und für eine Veränderung dieser Verhältnisse kämpft.

Von der Erwartung getragen, die Bürger der DDR würden voller Dankbarkeit blind den Rattenfängern aus dem Westen folgen und nach ihrer Pfeife tanzen, hat sich die bürgerliche Politik darauf verlassen, daß die PDS lediglich zu einer temporären Erscheinung und als Nachgeburt aus der „Wiedervereinigung“ zu begreifen ist. Dieses Konzept ist nicht aufgegangen. Während in der alten Bundesrepublik sozialistische und kommunistische Organisationen vollständig isoliert und marginalisiert werden konnten, ist dies in Zukunft wohl nicht mehr so.

Unter dem Deckmantel des Antitotalitarismus und im Kleide eines Festtagsredners fordert Kohl in dieser Situation eine Weiterführung der konsequen-

ten antikomunistischen Politik als oberste Staatsmaxime. „Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, gründet sich auf diesen antitotalitären Konsens, auf die Absage jeder Form von Diktatur und Unrecht. Diese Gemeinsamkeit ist das Herzstück unserer Staatsräson.“

Doch in den „neuen Bundesländern“ weicht diese Staatsmaxime der ehemaligen Bundesrepublik auf, und diese antikomunistische Front beginnt angesichts der PDS-Ergebnisse zu bröckeln. Unter allen Umständen will Kohl einen Einbruch des antikomunistischen Konsens verhindern. Aus diesem Grunde geht der zuletzt zitierte Aussage Kohls auch eine Beschwörung voraus, mit der er den letzten Hauptabschnitt seiner Rede einleitet.

„Zum Erbe des Widerstandes gehört in der Bundesrepublik die Gemeinsamkeit der Demokraten als wichtigster Ausdruck unserer Überzeugung vom Vorrang der Menschenwürde, des Rechts und der Gerechtigkeit.“

Diese Beschwörungsformel ähnelt sicherlich nicht zufällig dem Ausspruch Wilhelm II., der am Abend des Ersten Weltkriegs ausrief: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“

Auch Kohl wähnt sich anscheinend in einem Kampf, in dem es für Deutschland um die Schicksalsfrage geht. Dazu will er alle Parteien, insbesondere die SPD, subtil dazu zwingen, sich einer Linie unterzuordnen, die sich offen von der PDS distanziert, um diese zu isolieren: „Das Verhängnis ist kaum noch aufzuhalten, wenn dann auch noch gesellschaftliche und politische Eliten den Extremisten die Hand reichen — womöglich in der Illusion, sie würden mit ihnen schon fertig werden.“

„Wer politischen Extremismus als etwas Normales verharmlost und dessen Intoleranz als falschverstandenen Großmut toleriert, der versündigt sich — gewollt oder ungewollt — an unserer Demokratie. Wenn wir jedoch allen Anfängen gemeinsam wehren, dann haben politische Extremisten nie wieder eine Chance, unser Vaterland ins Unglück zu stürzen.“

Kohl will allen bürgerlichen Parteien bis zu den Sozialdemokraten auch weiterhin einen antikomunistischen Kurs aufzwingen. Dies gilt natürlich auch für Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen. Wer ausschert, wird als Verräter denunziert — Vaterlandsverräter!

Jede sozialistische Beteiligung an Regierungen, ob auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene, in der Bundesrepublik bedeutete in den Augen der konservativ-bürgerlichen Parteien den Verrat am (Rechts-)Staat. Denn laut bürgerlicher Definition ist die PDS die Nachfolgeorganisation einer Partei (SED), deren Ziele auf die Errichtung eines totalitären Systems ausgerichtet sind.

Unter diesen Bedingungen wäre dann eine Akzeptanz von Wahlergebnissen als Ausdruck demo-

kratischer Gesinnung nicht mehr notwendig. Im Gegenteil: Die bestehende bürgerliche Ordnung und der Rechtsstaat würden in Gefahr gewähnt. Hiermit könnte zur Wiederherstellung des Rechtsstaates sogar die moralische Pflicht und patriotische Verantwortung zum Widerstand proklamiert werden.

Wenn wir diese Gedanken auf folgende Sätze der Kohlrede und die Bundesrepublik übertragen und die Begriffe wie *militärisch* und *soldatisch* entsprechend ersetzen, wird auch die bisherige Herleitung des Widerstandes in ein völlig neues Licht gerückt.

„Sie standen in der militärischen Tradition strenger Gehorsamsbindung und mußten sich erst zu der Erkenntnis durchringen, daß der soldatische Eid dort eine Grenze hat, wo Wissen, Gewissen und Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbieten.“

Mit zunehmender Deutlichkeit sahen sie, daß ihr Patriotismus ihnen geradezu gebot, Deutschland von der Gewaltherrschaft zu befreien. In der Tat: wie kann denn jemand sein Vaterland lieben und gleichzeitig mit ansehen, wie es von Verbrechern zugrunde gerichtet wird?“

Diese Definition beinhaltet im Prinzip nicht einmal den Widerstand aus der Opposition heraus, sondern hinter dieser Formulierung kann auch die Option einer Regierung stecken, mit massiver Beschränkung und Beschneidung demokratischer Rechte den Rechtsstaat abzusichern, bis hin zur Ausrufung des nationalen Notstands. Kohl selbst spricht dies als indirekte Drohung aus. „Wer heute konsequent unsere freiheitliche Demokratie verteidigt, wird morgen nicht in die Lage kommen, Widerstand leisten zu müssen.“

Auch wenn Kohl sich aktuell sicher nicht in der Lage sieht, in der ein Notstandsrecht auszurufen und durchsetzbar wäre, so wird doch schon im Vorwege der Gebrauch des Notstandsrechts als politische Option erwogen, hergeleitet aus den bisherigen Definitionen von Widerstand.

Kohls Rede ist also alles andere als eine Sonntagsrede.

Unter diesen Umständen ist es nicht nur notwendig, den entsprechenden Ansätzen weit im Vorfeld zu begegnen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Ankündigung weiterer Angriffe auf demokratische Rechte, wie sie mit der Verschärfung im Bereich der inneren Sicherheit vollzogen wurden und noch beabsichtigt sind. Dies bezieht sich auf eine vollständige Veränderung deutscher Politik auch im europäischen und weltweiten Rahmen.

Die Rolle Deutschlands hat sich in diesem Rahmen in den letzten fünf Jahren erheblich verändert. Mit seiner ökonomischen, politischen und geostrategischen Lage ist Deutschland vom Frontland des Kalten Krieges in das Zentrum Europas gerückt. Damit haben sich auch die wirtschaftlichen und po-

litischen Interessen verändert. Aus dieser veränderten Interessenlage wird an allen gesellschaftlichen Fronten an einer Verbesserung der ökonomischen Ausgangsposition gearbeitet. Die bedeutet gleichzeitig eine rechtliche Anpassung an diese Interessen und damit eine neue Prägung der Bundesrepublik. Die Möglichkeit, militärisch international intervenieren zu können, die Absegnung der G7-Staaten, Deutschland eine besondere Rolle bei der „Erschließung“ Osteuropas zukommen zu lassen, das Interesse des Großkapitals an expansiver Außenpolitik bei gleichzeitiger Verschärfung der ökonomischen Grundsituation unter dem Deckbegriff Wettbewerbsfähigkeit, all das vervollständigt das Bild der Angriffe auf demokratische Rechte und der Beseitigung bisheriger grundgesetzlicher Bedingungen. Diese ökonomischen und politischen Interessen sind es, die als neuer Status quo durchgesetzt und abgesichert werden sollen. Jede Regierung kann sich darauf berufen, lediglich den Rechtsstaat zu verteidigen, wenn dieser Status kritisiert und angegriffen wird, sobald die rechtlich gesetzliche Grundlage für diese Politik erst hergestellt ist.

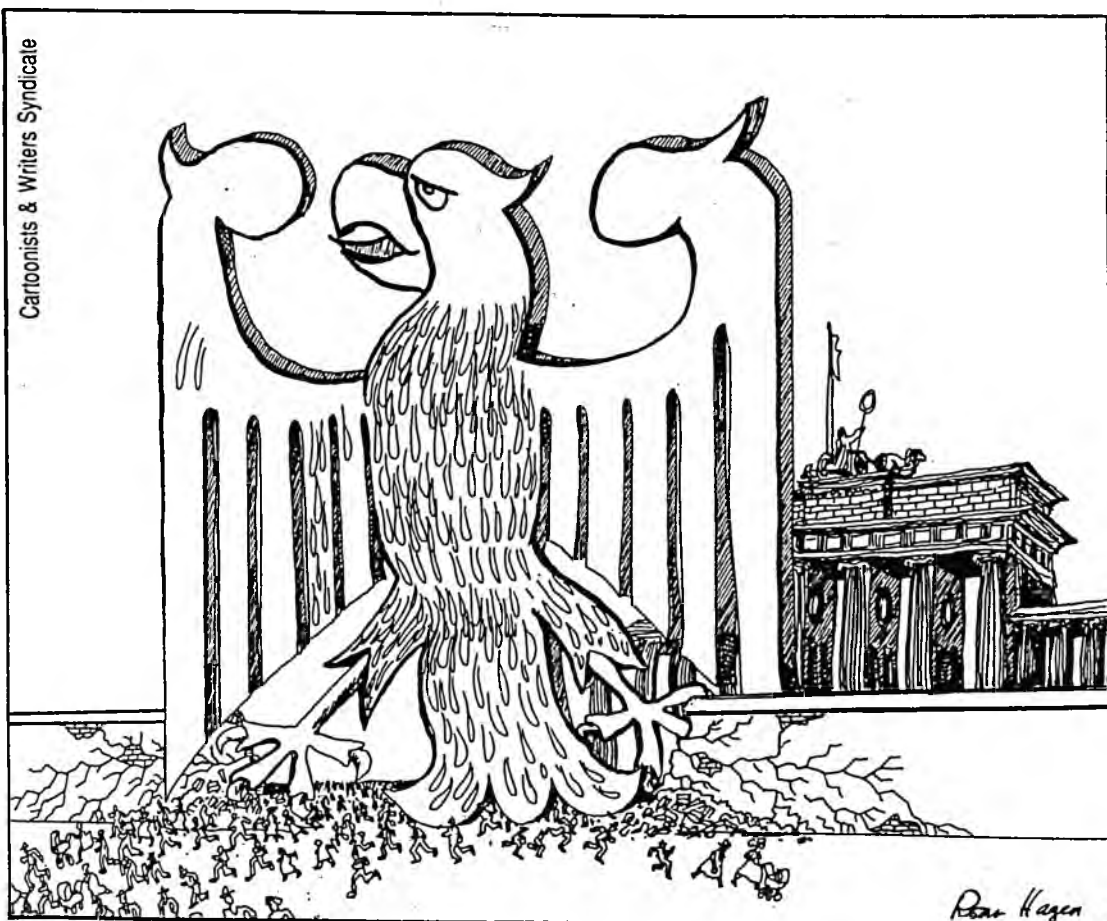
Nicht zuletzt aus diesem Grund wird immer versucht, die rechtsstaatliche Grundlage der neuen Politik abzusichern, wie bei den vielen grundsätzlichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in letzter Zeit zu sehen war. Wo das bestehende Recht noch auslegbar und uminterpretierbar ist, braucht es nicht verändert zu werden. Anders ist dies, wo selbst eine weitestgehende Auslegung der Gesetze nicht mehr genügt. Hier wird notfalls auch das Grundgesetz geändert, um bestimmte politische Ziele durchzusetzen, wie bei der Frage des Asylrechts. Der Rechtsstaat, als heiliges Gut, wird so zum Kampfbegriff bei der Manifestierung bestehender und angestrebter Verhältnisse.

Eine fortschrittliche Kritik sollte sich nicht an der Frage des Rechtsstaates orientieren. Eine solche Politik muß sich vielmehr an Fragen der Demokratie orientieren und hieraus Forderungen entwickeln. Die Forderungen nach Ausbau und Erweiterung demokratischer Rechte werden somit nicht nur eine Frage des ureigensten Interesses. Die Diskussion über demokratische Fragen und den demokratischen Zustand der Bundesrepublik ist auch ein zwingend notwendiger Ansatz, um der aggressiven bürgerlichen Politik überhaupt etwas entgegenzusetzen zu können.

Die Kohlrede hat dabei deutlich gemacht, zu welchen Geschützen man zu greifen bereit ist. Wir müssen dieser Diskussion über Widerstand und die Fragen von Demokratie contra Rechtsstaat höchst sensibel begegnen. Kohl hat auch gezeigt, daß diese Begriffe unmittelbar miteinander verbunden sind. Diese Begriffe sind mehr als Worte. Mit ihnen wird Politik gemacht. Kohl hat dies sicherlich erkannt und versucht, den Widerstand auf eine individuelle moralische Ebene zu reduzieren, der nur zur Wiederherstellung bürgerlicher Verhältnisse legitim sei. Er hat nicht zufällig den Zeitpunkt des 20. Juli und das Thema Widerstand zu dieser Rede genutzt, um diese ausgesprochen antikomunistische Rede zu halten. Leider ist dies auch in der Linken öffentlich viel zu wenig beachtet worden. Stattdessen wurde Kohl von allen bürgerlichen Seiten für seine Rede hoch gelobt. Die Rede Kohls und die hierzu bereits im Vorfeld entwickelte Kritik an kommunistischem und sozialistischem Widerstand reichen also weit über das Datum vom 20. Juli 1994 hinaus. Ihre Zielsetzung und Auswirkungen dürfen nicht unterschätzt werden. Dieser Debatte muß mit größter Aufmerksamkeit und Sorgfalt begegnet werden.

Die Frage des Widerstandes, seiner Form und seines Ziels darf keinesfalls bürgerlichen Kriterien überlassen werden. Eine antikomunistische Definition von Widerstand, sofern sie festgeschrieben würde, wäre eine präventive ideologische Waffe im Kampf gegen neue gesellschaftliche Perspektiven.

Sicherlich darf man nicht den Fehler machen, Widerstand aus linker Sicht zu vereinnahmen und diesen als einzig wahren Widerstand darzustellen. Dies hätte weder historischen Bestand noch ist es politisch ratsam. Dennoch wird zwingend sein, den Widerstand inhaltlich zu definieren. Er muß Perspektiven jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik entwickeln. Aus diesem Grunde muß der historische und aktuelle Widerstand an einer antifaschistischen und antikapitalistischen Kritik gemessen und mit ihr begründet werden. Dies beinhaltet gleichzeitig eine Kritik der bestehenden bürgerlichen Ordnung mit der Entwicklung einer neuen gesellschaftlichen Perspektive.





Aus der AG Wirtschaft

## Die Wurzeln des ökonomischen Liberalismus und die neoliberale Schule

VON HARRY NICK

### Der klassische bürgerliche ökonomische Liberalismus

Über den klassischen bürgerlichen ökonomischen Liberalismus ist aus zwei Gründen nicht einfach zu sprechen:

Erstens gibt es keine „liberale Schule“, vergleichbar etwa mit der neoliberalen Schule, die gedanklich, personell und zeitlich genau umrissen werden könnte. Die liberale ökonomische Idee — hier gemeint als ordnungspolitische Vorstellung von der Wirtschaft, die alles dem „freien Willen“ des Unternehmers überläßt und jegliche staatliche Wirtschaftsregulierung ablehnt — war ein ganz selbstverständliches Moment der entstehenden bürgerlichen ökonomischen Theorie; allerdings sich deutlich abhebend von den frühbürgerlichen ökonomischen Schulen des Monetarismus und des Merkantilismus, die auf aktive Wirtschaftspolitik des (absolutistischen) Staates setzten.

Zweitens ist es nicht einfach, über eine Theorie zu sprechen, die auf den schlichten Satz hinausläuft: Laßt alles laufen, wie es läuft! So etwa könnte man das Credo des ökonomischen Liberalismus „Laissez faire, laissez passer!“ frei übersetzen, über das auch Bundeswirtschaftsminister Rexrodt mit seiner Äußerung, daß die Wirtschaft in der Wirtschaft und von der Wirtschaft gemacht werde, offenbar nicht hinausgelangt ist. Über den Autor dieses berühmten liberalen Credos wird immer noch gerätselt, in jedem Falle aber war er Zeitgenosse Quesnays und Turgots, der großen Physiokraten, welche — noch vor den eigentlichen Größen der „klassischen“ bürgerlichen politischen Ökonomie: William Petty, Adam Smith, David Ricardo — als Begründer des ökonomischen Liberalismus gelten können. Unter den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik hebt Quesnay hervor: „Daß man die völlige Freiheit des Handels aufrechterhalte; denn das sicherste, das richtigste und das für die Nation und den Staat profitabelste Verfahrensprinzip im Binnen- und Außenhandel besteht in der vollen Freiheit der Konkurrenz.“

Der physiokratischen Schule, namentlich ihrem führenden Kopf, Francois Quesnay (1694-1774), der zugleich auch Leibarzt der Madame Pompadour, der Favoritin Ludwigs XV. gewesen war, verdankt die ökonomische Theorie „die erste systematische Fassung der kapitalistischen Produktion“; auch das erste Schema über die Kreislaufprozesse einer Volkswirtschaft (tableau economique). Dieses Reproduktionsschema ging davon aus — und die Physiokraten waren die ersten, die diese Auffassung begründeten —, daß der Reichtum einer Nation nicht aus der Zirkulation, sondern aus der Produktion entspringt; allerdings ausschließlich aus der landwirtschaftlichen Produktion. Nur hier entstehe durch die Mithilfe der Natur das Mehrprodukt, während gewerbliche Arbeit nur zur Umformung von Naturstoff führe. Als Robert Turgot (1727-1781), Freund und Schüler Quesneys und Finanzminister Ludwigs XV., damit begann, diese für die Großgrundbesitzer schmeichelhafte Lehre praktisch anzuwenden, indem er vornehmlich den Grundbesitz mit Steuern belegte und die Bauern vom Frondienst für den Wegbau befreite, damit die Grundbesitzer belastete, war der bürgerliche Pferdefuß dieser Lehre nicht mehr zu verstecken, und der Minister flog aus dem Amte. (Es hat schon seinen Sinn, wenn in den kapitalistischen Marktwirtschaften, soweit es die Steuern betrifft, offenbar vornehmlich nach der Marx'schen Arbeitswerttheorie verfahren wird, indem der „Faktor Arbeit“ mit der Steuer belastet wird und nicht etwa die Maschinerie oder die Energie.)

Die klassische Begründung des liberalökonomischen Credos ist von Adam Smith (1723-1790) gegeben worden: Von ihm stammt das theoretische Plädoyer für das grenzenlose Vertrauen in das segensreiche Wirken der „unsichtbaren Hand“, welches heute das segensreiche Wirken „des Marktes“ genannt wird: Das natürliche Streben des Menschen nach Verbesserung seiner Lage sei ein so mächtiges



Bill De Ore (USA), The Dallas Morning News, 21.3.1990  
Wiedervereinigung

Prinzip, daß es „auch hundert unverschämte Hindernisse überwinden kann, mit denen sich die Torheit menschlicher Gesetze zu oft in seine Wirkungen einmischt.“ Dem Menschen gehe es zwar immer um das Eigeninteresse, aber er „wird hierbei wie in vielen anderen Fällen durch eine unsichtbare Hand geleitet, einen Endzweck zu fördern, der keinen Teil seiner Zielstellung ausgemacht hatte ... Indem er sein eigenes Interesse verfolgt, fördert er häufig jenes der Gesellschaft wirksamer, als wenn er dessen Förderung wirklich beabsichtigt.“

Was diese „unsichtbare Hand“ verrichtet — dies kann auch als Definition der Marktwirtschaft gelten —, ist folgendes: Der wichtigste Indikator der Wirtschaftsregulierung ist der sich entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt bildende Preis. Steigt das Angebot an einer Ware oder Leistung schneller als die zahlungsfähige Nachfrage, sinken die Preise, es sinken folglich auch die Gewinne der betreffenden Produzenten. Die Produktion geht zurück, das Kapital wandert in Bereiche mit günstigeren Verwertungsbedingungen. Mit sinkenden Preisen aber steigt wieder die Nachfrage usw. Das ständige Schwanken der Preise im Gefolge ständiger Schwankungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage bewirken — eben über beständige Schwankungen — eine beständige Tendenz des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage, ein tendenzielles wirtschaftliches Gleichgewicht, eine „optimale Allokation von Ressourcen“, d.h. ihren beständigen Fluß zu den Einsatzgebieten, die jeweils höchsten wirtschaftlichen Nutzen — genauer: die höchstmögliche Verwertung vorgeschossenen Kapitals — versprechen.

Diese Idee des Gleichgewichts ist in allen Varianten liberalökonomischer Schulen offenbar nicht ausrottbar. Die radikalste und dafür auch offensichtlich falsche Interpretation dieser Idee stammte von Jean Baptiste Say (1767-1832), den Marx den Vater der Vulgärökonomie nannte. Dieses Saysche Theorem besagt schlicht, daß ein beständiges Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage existieren müsse, weil die verschiedenen Elemente des Preises zugleich auch verschiedene Einkommen seien, die eben gleichgroße Nachfrage nach sich ziehen, jedes Angebot also eine gleich große Nachfrage erzeuge und umgekehrt. Es ist dies schon ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie ein — gelinde gesagt — offenkundiges Mißverständnis, wenn es aus irgendwelchen Gründen gebraucht wird, Jahrzehnte überdauern kann. Manche Vertreter der „Angebotsökonomie“ berufen sich noch heute auf dieses Theorem. Natürlich ist für eine Summe von Tauschakten die Preissumme der Käufe gleich der Preissumme der Verkäufe. Aber daraus zu folgern, daß Angebot und Nachfrage sich folglich immer im Gleichgewicht befänden, geht der eigentlichen Frage aus dem Weg. Und die lautet: Wieso ist beständig ein Teil der produzierten Warenmenge unverkäuflich, obwohl diese Waren durchaus einen Gebrauchswert besitzen? Wieso ist diese produzierte Warenmenge

nicht gleich der Menge der auch absetzbaren Waren, wieso kann die Gesamtnachfrage dauerhaft so viel kleiner sein als das Angebot? Und diese Frage setzt sich fort: Warum werden eben aus diesem Grund viele Waren gar nicht erst hergestellt, wieso liegen Produktionsmöglichkeiten brach, obwohl viele Menschen dieser Waren dringend bedürften?

Eine Antwort hierauf gab Karl Marx: Sie besteht zunächst im Verweis darauf, daß der Verkäufer durchaus seine Erlöse nicht wieder ausgeben, also nicht wieder kaufen müsse; folglich sei vom Prinzip her ein gesamtwirtschaftliches Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage möglich.

Marx widerlegte auch eine andere, dem Sayschen Theorem direkt entgegengesetzte Auffassung, die in der Arbeiterbewegung lange Zeit eine erhebliche Rolle spielte: Da dem Arbeiter nur ein Teil des von ihm geschaffenen Wertes als Arbeitslohn zufalle, dieser aber den Großteil der Nachfrage ausmache, müsse es beständige Schwierigkeiten in der Realisation des Mehrwerts geben, die letztlich nur durch Einbeziehung von Elementen eines „nichtkapitalistischen Milieus“, der einfachen Warenproduzenten (Bauern, Handwerker), in den Warenaustausch möglich sei. Letztlich müsse — so Jean Charles L.S. de Sismondi (1773-1842), der den ersten Versuch einer Krisentheorie unternahm — der Kapitalismus an der Unterkonsumtion der Massen zusammenbrechen.

Diese Ideen griffen die Volkstümler in Rußland auf und behaupteten, der Kapitalismus habe dort wegen des Fehlen eines inneren Marktes keine Perspektive, man dürfe mit der Arbeiterklasse als einer politischen Kraft nicht rechnen. Und dieselbe Auffassung liegt der Zusammenbruchstheorie Rosa Luxemburgs zugrunde, die den Imperialismus als politischen Ausdruck des Kampfes um die Reste des nichtkapitalistischen Milieus definierte. Sei die Welt erst einmal aufgeteilt, werde der Mehrwert nicht mehr realisiert werden können und der Kapitalismus müsse zusammenbrechen. Denn: „Man kann es drehen und wenden, wie man will, so lange wir bei der Annahme bleiben, daß es in der Gesellschaft keine Schichten mehr gibt als Kapitalisten und Lohnarbeiter, ist es für die Kapitalisten als Gesamtklasse unmöglich, ihre überschüssigen Waren loszuwerden, um den Mehrwert zu Geld zu machen und so Kapital akkumulieren zu können.“ Lenin wies zu Recht darauf hin, daß alle diese Auffassungen den inneren Markt, der sich vornehmlich auf der Linie der Produktionsmittel und nicht nur der Konsumtionsmittel entwickle, vernachlässigen und die von Marx im Band II des *Kapital* behandelten Austauschbeziehungen — zum Beispiel die Gleichgewichtsformel bei einfacher Reproduktion:  $I(v+m) = IIc$ ; d.h. Das Neuprodukt der Produktionsmittel herstellenden Abteilung ist gleich dem Verbrauch an Produktionsmitteln durch die Konsumtionsmittel herstellende Abteilung — einfach ignorierten. Lenin sah den Fehler dieser Auffassung letztlich in einer „Identifizierung der Realisation mit der indi-

viduellen Konsumtion“<sup>6</sup>. „In Wirklichkeit besteht bei der Erklärung der Realisation die Schwierigkeit der Frage gerade in der Erklärung des konstanten Kapitals“<sup>7</sup>.

Die ökonomische Theorie von Karl Marx in ihrer Gesamtheit entstand als Gegenentwurf zum bürgerlichen ökonomischen Liberalismus und in der Auseinandersetzung mit ihm:

1. Der liberalen Idee von der „unsichtbaren Hand“ des spontan wirkenden Marktmechanismus setzte Marx die Idee der Planung als bewußte Gestaltung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Prozesse aus gesamtgesellschaftlicher Sicht, die Existenz eines „gemeinschaftlichen Willens“, eines „assozierten Verstandes“ gegenüber, die einen höheren Typus wirtschaftlicher Rationalität begründen sollte, welche sich an gesamtwirtschaftlicher Rationalität mißt, nicht allein auf betriebswirtschaftliche Rationalität zurückgestutzt ist. „Mit der Besitzergründung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft (werde) die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion ... ersetzt durch die planmäßige bewußte Organisation.“ Demgegenüber bestehe der „Witz der bürgerlichen Gesellschaft ... ja eben darin, daß a priori keine bewußte gesellschaftliche Regelung der Produktion“ stattfindet. „Das Vernünftige und Naturnotwendige setzt sich nur als blindwirkender Durchschnitt durch.“<sup>8</sup>

2. Nicht im Gegeneinander, im Feindverhalten, im Kampfe aller gegen alle, nicht in der Konkurrenz, sondern im Mit- und Füreinander, in der Kooperation, in der Assoziation müsse eine humanistische und wirtschaftlich vernünftige Gesellschaft ihre dominierenden Antriebe haben. Kurz und bündig schrieb Friedrich Engels bereits im Jahre 1844: Die neue Gesellschaft „wird also die Konkurrenz aufheben und die Assoziation an ihre Stelle setzen“

3. Nicht die Verwertung vorgeschossenen Werts, sondern die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, also nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert (die Summe der für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse — auch über die „Umwegproduktion“ der Herstellung von Produktionsmitteln) müssen Ziel und Zweck von Produktion und Arbeit sein. Deshalb konnten Marx und Engels sich einen Sozialismus mit Warenproduktion und -austausch, mit Geldwirtschaft, nicht vorstellen, die zwangsläufig mit einer gewissen Verselbständigung des Werts gegen den Gebrauchswert verbunden ist, wie die Erfahrung ja auch bestätigt hat. Die Verwirklichung des Leistungsprinzips sei auch mit „Gutscheinen“ möglich, die aber ebensowenig Geld seien wie eine Theaterkarte.<sup>9</sup>

Nun ist ein sozialistischer Versuch in Europa nicht nur mißlungen, sondern mißraten. Dies mag gerade auch dem ökonomischen Liberalismus kräftigen Auftrieb geben. Aber sind deshalb die von Marx und Engels aufgedeckten Gebrechen der kapitalistischen Wirtschaft aus der Welt? Müssen die ökonomische Theorie und die Leitlinien der Wirtschaftspolitik selbst hinter das zurückfallen, was mit dem Keynesianismus auch in der bürgerlichen Ökonomie über den Liberalismus hinausreichte?

### Der liberalökonomische Rückfall: die neoliberale Schule

Vor den Arbeiten von John Maynard Keynes (1883-1946) gab es — trotz einzelner Versuche, wie den von Sismondi — in der nichtmarxistischen ökonomischen Theorie keine Erklärungen für das Phänomen der Wirtschaftskrisen. Theoretisch herrschte hier die Auffassung vom immerwährenden Gleichgewicht, das Saysche Theorem inbegriffen.

In der bürgerlichen ökonomischen Theorie hat erst Keynes das Saysche Theorem gründlich widerlegt und Wege gewiesen, wie das tendenzielle Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu verringern sei. In seinem 1936 erschienenen Werk *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* wies Keynes nach, daß der Marktmechanismus in der Tat tendenziellen Ausgleich, wirtschaftliches Gleichgewicht bewirke, dieses Gleichgewicht aber bei sehr verschiedenem Niveau der Beschäftigung und der Auslastung der Produktionskapazitäten existieren könne (d.h. ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt werde durchaus nicht durch die Marktgesetze herbeigeführt). Eine Vollbeschäftigung sei nur erreichbar, wenn das von der Bevölkerung nicht für Konsumtionszwecke verwendete Einkommen („Sparquote“) voll investiert würde. Da dies aus verschiedenen Gründen nicht der Fall sei,

bleibe die Nachfrage beständig hinter dem Angebot zurück. Ein Ausweg bestünde in einer staatlichen Investitionsförderung, die zusätzliche Nachfrage schaffe. Auch unproduktive oder gesellschaftlich gar völlig nutzlose Investitionen könnten infolge ihrer „Multiplikatorwirkung“ das Wirtschaftsleben ankurbeln. „Wenn das Schatzamt alte Flaschen mit Banknoten füllen und sie in geeignete Tiefen in verlassenen Kohlebergwerken vergraben würde, sie dann bis zur Oberfläche mit städtischem Kehrriechen füllen würde und es dem privaten Unternehmergeist nach den erprobten Grundsätzen des laissez faire überlassen würde, die Noten wieder auszugraben ... , brauchte es keine Arbeitslosigkeit zu geben.“<sup>10</sup> Keynesianismus bzw. Neokeynesianismus gehörten und gehören in den westlichen Ländern zu den theoretischen Grundlagen einer nachfrageorientierten staatlichen Wirtschaftspolitik. Die neoliberale Schule („Ordo-Liberalismus“) entstand in den dreißiger bis fünfziger Jahren d. Jh. Ihre herausragenden Theoretiker waren Walter Eucken (1891-1950), Alfred Müller-Armack (1901-1978), Wilhelm Röpke (1899-1966); ihr herausragender praktisch-politischer Verfechter in der Bundesrepublik war der Bundeswirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhardt, der „Vater des westdeutschen Wirtschaftswunders“.

Das Werk der neoliberalen Schule war nicht die theoretische Verallgemeinerung neuer wirtschaftlicher Entwicklungen oder gar die Verkündung neuer wirtschaftlicher Visionen. Eher im Gegenteil: Ihr Werk war eine in manchen Akzenten neue ordnungspolitische Deutung von Tatbeständen, die seit langem bekannt waren, von der klassischen liberalen ökonomischen Theorie auch ausführlich behandelt worden waren. Wirkliche Entwicklungen, Verände-



runge in den wirtschaftlichen Strukturen und wirtschaftsregulierenden Mechanismen in der Folgezeit, etwa die objektiven Ursachen für Monopolbildungen und veränderte wirtschaftliche Funktionen des Staates, wurden ebenso ignoriert wie die Versuche der bürgerlichen Theorie, diese Vorgänge wissenschaftlich zu verallgemeinern und hieraus wirtschaftspolitische Folgerungen zu ziehen (Keynesianismus).

Das Credo des Neoliberalismus ist genau dasselbe wie das des ökonomischen Liberalismus des 18. Jahrhunderts: Der Markt werde es schon richten. Der Staat habe in der Wirtschaft nichts zu suchen, er habe lediglich für die notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen.

Die originäre Idee der Marktwirtschaftslehre, des Neoliberalismus, besteht eigentlich nur darin, diesen seit langem bekannten Regelungsmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft mit dem Namen Marktwirtschaft zu belegen und diesen Begriff wiederum als Name für die gesamte Wirtschaftsordnung des Kapitalismus zu verwenden. Eben nicht von kapitalistischer Wirtschaft, sondern von Marktwirtschaft zu reden. Damit aber erhielt die kapitalistische Wirtschaft im Selbstverständnis derjenigen, die diese Wirtschaftsordnung für die einzig vernünftige halten, überhaupt erst einen eigenen Namen. Früher nannte sie sich einfach Wirtschaft. Nun, da es neben der kapitalistischen eine andere Wirtschaft gab, die sich sozialistisch nannte, wurde ein besonderer Name für die kapitalistische Wirtschaft gebraucht. Und was als Name für die kapitalistische Wirtschaft zuallerletzt in Frage kam, war „kapitalistische Wirtschaft“ oder „Kapitalismus“. Die geringste, aber keineswegs geringe Wirkung solchen Namens ist, daß er zu erkennen gibt: In dieser Wirt-

schaft hat die Minderheit der Besitzenden das Sagen, von Ausbeutung ganz zu schweigen.

Diese Idee der Namensgebung wurde nun in einem neuen großen Theoriegebäude untergebracht, das die althergebrachte Art kapitalistischer Wirtschaftsregulierung zu ihrem Fundament auswählte, sie bewußt in den Gegensatz zur Wirtschaftsregulierung in den sozialistischen Ländern setzten, die sich als Planwirtschaften verstanden und versuchten.

Es gäbe zwei grundlegende Modelle der Wirtschaftsordnungen, in Abhängigkeit davon, wie der wirtschaftliche Zusammenhang der arbeitsteilig produzierenden Wirtschaften hergestellt werde: entweder durch freien Verkehr zwischen den wirtschaftenden Einheiten, dann handle es sich um „freie Verkehrswirtschaft“ bzw. um „Marktwirtschaften“. Oder dieser Zusammenhang werde durch eine übergeordnete Behörde, eine Wirtschaftszentrale, hergestellt; dann handle es sich um „Zentralverwaltungswirtschaft“ bzw. „Planwirtschaft“. Die wichtigsten Thesen lauten etwa:

\* In der Marktwirtschaft orientieren sich die Unternehmen an den Bedürfnissen der Verbraucher; in den Planwirtschaften gelten die Auflagen der zentralen Behörde. Deshalb sei die erstere sozial und konsumentenfreundlich, die letztere das Gegenteil. „Allein der Planbedarf der Zentralverwaltung entscheidet. Wenn in der Zentralverwaltungswirtschaft die zentralen Pläne vollständig durchgeführt werden, hat der Wirtschaftsprozess sein Ziel erreicht — auch wenn die individuellen Bedürfnisse des Menschen viel weniger befriedigt werden, als sie befriedigt werden könnten.“<sup>11</sup>

\* In der Marktwirtschaft liege der Antrieb für wirtschaftliche Leistung in den wirtschaftenden Einheiten selber, werde wirkliche Leistung belohnt; in der letzteren liegen die Antriebe in der zentralen Behörde, belohnt werde die Erfüllung deren Auflagen. Deshalb seien die Marktwirtschaften demokratisch, die Planwirtschaften undemokratisch.

\* In der Marktwirtschaft werde durch wirtschaftliche Selbstregulation eine optimale Rationalität erreicht; sie sei elastisch, könne sich verändernden Bedingungen relativ leicht anpassen. Die Planwirtschaften dagegen könnten niemals die vielenmillionenfachen wirtschaftlichen Verflechtungen, die zudem noch dynamischen Veränderungen unterliegen, übersehen. Folglich seien sie schwerfällig, zu optimaler Ressourcenallokation unfähig, weniger effektiv als die Marktwirtschaften. „Die Zentralverwaltungswirtschaft besitzt keine Mittel, diese Proportionalität zu verwirklichen. Ihr fehlt eine Lenkungsmechanik, die eine Bewegung zur gleichgewichtigen Proportionierung aller Produktionsprozesse in Gang setzt.“<sup>12</sup>

Nun waren die bisherigen sozialistischen Planwirtschaften dieser Karikatur von einer Planwirtschaft in der Tat immer ähnlicher geworden; wenn gleich sie sich selbst in ihren schlimmsten Ausprägungen von dieser Karikatur immer noch radikal unterschieden: Im neoliberalen Bild von den Planwirtschaften fehlt jeglicher Anreiz der Betriebe und Individuen zu hoher Leistung, „Wirtschaftliche Rechnungsführung“ und „Leistungsprinzip“ kommen in ihm nicht vor; die Idee, daß gesamtwirtschaftliche vorausschauende Vernunft etwas Vernünftiges sein könnte, ist dem liberalen Weltverständnis völlig unzugänglich. Die Mängel der bisherigen Art von Planwirtschaften hängen indes wesentlich mit den Schwächen des Marktes, der gesamten Zirkulationssphäre und den damit zusammenhängenden Schwächen der sozialen Antriebskräfte zusammen.

### Die Marktschwäche der Planwirtschaften

Die Planwirtschaften waren durchweg durch ein allgemeines andauerndes Angebotsdefizit im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage charakterisiert. Es waren Mangelwirtschaften. Dieser Dauermangel lähmte zunehmend die Leistungsmotivation sowohl der arbeitenden Bevölkerung wie der Betriebe. Sie versetzte die Anbieter, auch wenn sie nicht Alleinanbieter waren, faktisch in eine monopolartige Position und minderte ihr Interesse an Effektivität und technologischer Erneuerung. Sie führte zu Verspannungen in den materiellen Verflechtungen, zu einem hartleibigen Wirtschaftsorganismus, der dann objektiv auch die Ausbreitungsgeschwindigkeit technologischer Innovationen bremste. Der Effektivitätsfortschritt war kein originäres Wirt-



schaftsziel, sondern überwiegend indirekt erzwungen durch administrativ festgelegte Mengenziele einerseits und ebenso administrativ festgelegte Begrenzungen für die einsetzbaren Ressourcen (vor allem Zahl der Arbeitskräfte und Investitionen) andererseits. Die unmittelbare Ursache dieses Dauer mangels lag vor allem daran, daß es bis zuletzt, trotz vieler, aber immer halbherziger Versuche, nicht gelungen war, den Grundsatz der Eigenwirtschaftung, der Eigenfinanzierung der Betriebe zu verwirklichen. Deswegen waren sie mehr daran interessiert, möglichst große Ressourcenmengen im Plan zugebilligt zu bekommen und weniger, diese Ressourcen effektiv einzusetzen.

Die naturalwirtschaftlichen Elemente in diesen Planwirtschaften — der Umstand, daß die Verfügung über Geldsummen durchaus nicht Anweisungen auf gewünschte Waren und Leistungen waren; die Existenz einer „Schattenwirtschaft“, in der direkter Produktaustausch oder landesfremde Währungen die Zirkulation bewegten — waren durchaus keine Annäherungen an Marx'sche Vorstellungen über das Verschwinden der Geldwirtschaft, sondern Quellen wirtschaftlicher Vergeudung, gebremster ökonomischer Antriebe. Sind die Geldkategorien immer Surrogate, „Stellvertreter“ der realen wirtschaftlichen Größen, so waren die „ökonomischen Hebel“ in den Planwirtschaften „Stellvertreter der Stellvertreter“, von den realwirtschaftlichen Vorgängen noch weiter entfernt als die Geldkategorien in den Marktwirtschaften.

Bis hin zur vorletzten päpstlichen Enzyklika Johannes Paul II. *Centesimo annus* herrscht die Einsicht darüber vor, daß die Niederlage des Sozialismus keine Nahrung liefern könne für kapitalistische Hoffahrt: Nichts von dem Problemberg, den die kapitalistischen Marktwirtschaften aufgetürmt haben, ist dadurch abgetragen; im Gegenteil, der Berg wächst weiter. Diese Wirtschaftsordnungen werden in nie gekannter Dringlichkeit befragt.

## Die Defekte kapitalistischer Marktwirtschaften

Keine Wirtschaftsordnung hat es bislang mit den kapitalistischen Marktwirtschaften aufnehmen können, was die Fähigkeit betrifft, Güter und Leistungen hervorzubringen. Aber es geht eben darum nicht allein.

Reichen die marktwirtschaftlichen Wirtschaftsregulatoren aus, welche sich ausschließlich monetärer Verkleidungen der realwirtschaftlichen Vorgänge bedienen und die zwangsläufig erstens zukunftsblind sind und zweitens nur betriebswirtschaftliche und nicht gesamtwirtschaftliche Rationalität kennen, um mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden? Kann nicht angesichts der neuen globalen Probleme die vielgerühmte „unsichtbare Hand“ sich zum Würgegriff formen, der elementare Existenzbedingungen der menschlichen Gattung zu erdrosseln droht?

Den kapitalistischen Marktwirtschaften wohnt die Tendenz zur Schrankenlosigkeit, zum exzessiven Wachstum inne, das in exponentiellen Wachstumskurven seinen Ausdruck findet. Die Kapitallogik — d.i. die Verwertung des Werts, das Bestreben, aus Geld mehr Geld zu machen — kennt, weil im Ausgangs- und Endpunkt qualitativ gleich, quantitativ keine innere Begrenzung. Dieser Wachstumstyp dominiert alle anderen wirtschaftlichen Vorgänge, die Tendenz zum schrankenlosen Verbrauch von Ressourcen, vorzugsweise derjenigen, die das Einzelkapital nichts kosten, die auf Mehrung gegenständlichen Reichtums geprägte Konsumtions- und Lebensweise, die sozialen Maßstäbe, die Alltagskultur.

Es trifft nicht zu, daß die heutigen Marktwirtschaften schlechthin zu globalem Marktgleichgewicht, zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage tendieren. Auch sie bringen, wie die untergegangenen sozialistischen Planwirtschaften, ein allgemeines, globales, anhaltendes, sich ständig reproduzierendes Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hervor, allerdings in entgegengesetzter Richtung: Sie erzeugen ein beständiges Überangebot im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage und verursachen damit auch ein beständiges Überangebot — sprich: Brachliegen — wirtschaftlicher Ressourcen, namentlich auch an gesellschaftlichem Arbeitsvermögen. Dies aber ist nicht das Resultat allgemeiner Wertlogik oder der Marktlogik, sondern der Kapitallogik, die die heutigen Marktwirtschaften dominiert, ihnen inhärent ist.

Die einzig plausible Erklärung dieses Phänomens ist offenbar nach wie vor die von Karl Marx. Er erklärte das tendenzielle Zurückbleiben der Nachfrage hinter dem Angebot, den Widerspruch zwischen Produktion und Markt, aus der Tendenz des Kapitals einerseits zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion, andererseits zur Minimierung der Kosten, darunter vor allem der Löhne, beides aus dem Bestreben, eine möglichst hohe Verwertung des eingesetzten Kapitals zu erreichen. Auf dem Markt stoßen diese beiden Tendenzen aufeinander als Widerspruch zwischen stets nachhinkender zahlungsfähiger Nachfrage gegenüber der realen — aber mehr noch: der möglichen — Produktion.

Verstellt nicht die „marktwirtschaftliche Sicht“ allzusehr den Blick auf die realen sozial-ökonomischen Vorgänge? Wäre diese Sicht von der Zirkulation her nicht — wie Marx dies vorzog — durch eine Sicht von der Produktion her wenigstens zu ergänzen? Der Arbeiter als Arbeitender, d.h. auch in seiner Stellung in der Produktion, erscheint in der Marktwirtschaftslehre überhaupt nicht. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, kapitalistisches Eigentum und kapitalistische Ausbeutung, die Arbeit unter dem Kommando des Kapitals, sind ausgeblendet. In der Marktwirtschaftslehre er-



scheint der Arbeiter nur als Marktteilnehmer, als Anbieter, Verkäufer seiner Arbeitskraft und als Nachfrager, Käufer von Konsumgütern. Als Verkäufer seiner Arbeitskraft ist der Arbeiter zunächst nichts anderes als die Anbieter anderer Waren auch, scheinbar gleichberechtigt mit den Anbietern von Arbeitsplätzen. Als Nachfrager erscheint er gar unter denjenigen, die angeblich das eigentliche Sagen in dieser Wirtschaftsordnung haben. Von dorthor resultiert auch die Verkehrung der Begriffe: Diejenigen, die arbeiten, heißen Arbeitnehmer; und diejenigen, denen das Arbeitsresultat gehört, heißen Arbeitgeber.

Die Wahlmöglichkeiten, die das marktwirtschaftliche Modell voraussetzt, gibt es in der Wirklichkeit in großen Bereichen der Wirtschaft — namentlich für die sozial Schwächeren (aber eben solche Begriffe sind in der Marktwirtschaftslehre völlig unbekannt) — gar nicht. Wie müßte sich ein Bauer verhalten, wenn die Preise für seine Erzeugnisse sinken? Der Lehre nach müßte er (die betroffenen Bauern insgesamt) das Angebot reduzieren. In der Regel tun sie aber das genaue Gegenteil: Sie werden die Produktion noch vehementer zu steigern suchen, um den durch Preisverfall verursachten Erlösausfall wenigstens teilweise zu kompensieren. Und was

soll ein Land tun, von den großen Nahrungsmittelkonzernen in die Situation eines Monokulturproduzenten gebracht, das den Hauptteil seines Exporterlöses aus dem Verkauf von Kaffee oder von Bananen oder von Baumwolle bestreitet, wenn die Weltmarktpreise für diese Erzeugnisse zu sinken beginnen? Es kann nur eines versuchen: noch mehr erzeugen und verkaufen, diesen ruiniösen Rückkopplungsmechanismus in Gang setzen. Ihnen ist aber der (wenn auch unzureichende) Schutz versagt, die die Agrarpolitik der EG den Bauern der Gemeinschaft noch zu bieten vermag.

Diese Chancenungleichheit gilt in der Marktwirtschaft vor allem auch für den „Faktor Arbeit“. Wer „von der Hand in den Mund“ leben muß, kann seine abstrakte Wahlmöglichkeit, einen Kauf bzw. Verkauf — hier: den Verkauf der Arbeitskraft — zu verweigern, hinauszuschieben, nicht wirklich wahrnehmen.

Hinzu kommt das ständige Unterangebot von Arbeitsplätzen, das den Arbeitssuchenden immer in die Position dessen bringt, der etwas haben möchte, in die Position des Nehmenden, den Unternehmer in die Position des Gewährenden, des Gebenden. Das Minimum an wirtschaftlicher Gesamtvernunft, planerischen Handelns und solidarischen Verhaltens, eine nicht an exzessivem Wachstum orientierte Produktionsweise, eine nicht an schrankenloser Bereicherung orientierte Lebensweise, die heute notwendig geworden sind, können offenbar nur erreicht werden, wenn die Dominanz von Kapitallogik und Marktregulierung überwunden, d.h. den Erfordernissen einer sozial- und naturverträgliche Wirtschaftsentwicklung untergeordnet werden.

Hierfür ist offenbar mehr erforderlich als der Wechsel von einer stärker keynesianistisch zu einer stärker liberalistisch orientierten Wirtschaftspolitik und zurück. Mitte der sechziger Jahre schien in der Bundesrepublik die Uhr des Neoliberalismus abgelaufen, neoklassikalistische Wirtschaftskonzepte gewannen international an Bedeutung.

Diese aber wurden wieder von stärker liberalistischen Wirtschaftskonzepten abgelöst, der sog. angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Die „Angebotsökonomie“ (Milton Friedman), die seit Mitte der siebziger Jahre die Wirtschaftspolitik der Regierungen vor allem der USA und Großbritanniens stark beeinflusste, will nicht von der Nachfragerseite her, wie der Keynesianismus, nicht durch staatliche Nachfragesteigerung, die immer auch die Massenkaufkraft im Blick haben muß, die Konjunktur in Schwung bringen und halten, sondern durch größere Investitionsanreize für die Unternehmer; d.h. Steuervergünstigungen für die Unternehmen und möglichst restriktive Lohnpolitik. Der Staat solle also — verbunden mit inflationshemmender Geldmengensteuerung — von der Angebotsseite her das Wirtschaftswachstum fördern.

Mittlerweile wird diese Wirtschaftspolitik des „Thatcherismus“, der „Reagonomics“ weitgehend übereinstimmend als Mißerfolg gewertet; sie hat das versprochene Wirtschaftswachstum nicht bewirkt, sie hat zu rigorosem Sozialabbau und zu hoher Staatsverschuldung geführt. Aber die Rückkehr zu dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik scheint das neueste Wort konservativer Politik zu sein.

<sup>1</sup> Francois Quesnay, Allgemeine Maximen der Wirtschaftspolitik ... In: Ökonomische Schriften in zwei Bänden, Band II, Akademie-Verlag Berlin 1976, S. 302

<sup>2</sup> Karl Marx, MEW, Bd. 24, S. 360

<sup>3</sup> Adam Smith, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Bd. II, Ost-Berlin 1975, S. 324

<sup>4</sup> ebenda, S. 216

<sup>5</sup> Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1923, S. 89

<sup>6</sup> W.I. Lenin, Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik (Sismondii und unsere einheimischen Sismondisten), Werke, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 141

<sup>7</sup> W.I. Lenin, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie. Werke, Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 32, 33

<sup>8</sup> Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW, Bd. 20, S. 264

<sup>9</sup> Karl Marx, Brief an Kugelmann, MEW, Bd. 32, S. 553  
Friedrich Engels, Grundsätze des Kommunismus, MEW, Bd. 4, S. 370

<sup>10</sup> J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1955, S. 110

<sup>11</sup> W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern, Tübingen 1952, S. 100

<sup>12</sup> ebenda, S. 81

## Aus der AG Wirtschaft

## Gedanken zur Bodenreform

VON ANNEMARIE BRÜCKNER

Erinnert sei zunächst an die Situation nach Ende des 2. Weltkrieges: verlassene Güter einerseits, drohender Hunger andererseits, Tausende Umsiedler.

So gab es schnelle Übereinstimmung der Parteien zur Durchführung einer Bodenreform. Differenzen zwischen CDU und KPD gab es zur Frage, ob Entschädigung gezahlt werden solle oder nicht. Die Kommunisten setzten die entschädigungslose Enteignung durch.

Nur durch eine Bodenreform war die ökonomische Macht einer Kaste zu beseitigen, die erhebliche Mitschuld am Militarismus, Faschismus und Krieg hatte. Immerhin rekrutierte sich das Offizierskorps der Reichswehr, die den Grundstock beim Aufbau der faschistischen Wehrmacht bildete, zu 54 Prozent aus Großgrundbesitzerfamilien Ostelbiens.

Für die heutige CDU, F.D.P. und leider auch teilweise die SPD war die Bodenreform ausschließlich ein „Akt kommunistischer Willkür“. Unterschlagen wird die große Übereinstimmung und Mitwirkung der Antifaschisten und Demokraten bei der Bodenreform. In den Bodenreformkommissionen arbeiteten über 52000 Menschen mit, davon waren fast 30000 parteilos, 12500 waren Mitglied der KPD, 9200 Mitglied der SPD, und 974 waren Mitglied der CDU und LDPD.

In einer Richtlinie des Vorstandes der CDU vom 14. September 1945 heißt es: Es müsse eine „durchgreifende Agrarreform“ verwirklicht werden, „die eine weitgehende Umstellung unserer landwirtschaftlichen Produktion auf Veredlungswirtschaft und eine Ausschaltung der politischen Vorherrschaft des Großgrundbesitzes zum Endziel hat ... Der Großgrundbesitz ist daher im weitesten Umfang aufzuteilen ...“

Unterschlagen wird heute auch, daß die Bodenreform eine *Großtat* war; sie erfaßte mit 3,3 Mio. Hektar mehr als ein Drittel der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche in der Ostzone. 76 % dieses Bodenfonds stammten aus 7160 privaten Betrieben mit über 100 Hektar und 4 % von 4537 Höfen mit weniger als 100 Hektar, deren Besitzer als aktive Naziaktivisten oder Kriegsverbrecher eingestuft wurden. Bei den restlichen 20 % handelte es sich fast ausschließlich um Grundbesitz der öffentlichen Hand sowie der aufgelösten NSDAP.

Zwei Drittel des Bodenreformlandes wurden an 560000 Personen aufgeteilt. 119000 landlose Bauern und Landarbeiter sowie 91000 Zwangsumsiedler aus den vom deutschen Imperialismus verspielten Ostgebieten bekamen Land, Vieh, Gebäude, Maschinen und Geräte zur Gründung von Neubauernstellen, 87000 landarme Bauern erhielten zusätzlich Land, 40000 Altbauern eine Waldzulage, 43000 Kleinpächter ihr Pachtland zu eigen und 180000 nichtlandwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte sowie Dorfhandwerker eine Gartenparzelle oder eine kleine Nebengewirtschaft. Damit veränderten sich — Familienangehörige eingerechnet — für rund 2 Millionen Menschen die Lebensbedingungen. Bleiben wir bei den Umsiedlerfamilien. Die Möglichkeit der Einrichtung einer Neubauernstelle war eine Art Entschädigung für ihr in den Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches aufgegebenes Land, also für ihre Bauernwirtschaften in Ostpreußen, Pommern, Schlesien oder dem Sudetenland. Durch diese Integration in der neuen Heimat wurde von Anfang an Forderungen nach Grenzrevision der Boden entzogen. Auch das sollten wir nicht vergessen.

Einigungsvertrag und Grundgesetz legen fest: „Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitlicher Grundlage (1945-1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen.“ Einem gesamtdeutschen Parlament wurde die Möglichkeit eingeräumt, über Ausgleichsleistungen zu befinden. Das Tausziehen um eine solche Regelung währte mehr als drei Jahre. Das Resultat ist das sogenannte Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz (EALG), ein Kompromiß zwischen Koalition und SPD in Bonn, den beide Seiten als Erfolg ihrer Politik preisen.

## Worum geht es?

*Erstens* könnten die enteigneten Junker bzw. deren Nachfahren über ein nur für sie vorgesehenes Land-

erwerbsprogramm verbilligten Boden zu weniger als die Hälfte des derzeitigen Verkehrswertes kaufen.

*Zweitens* erhalten Alteigentümer, ortsansässige Wieder- und Neueinrichter sowie juristische Personen und deren Gesellschafter die Möglichkeit, über ein Siedlungskaufprogramm ebenfalls verbilligten Boden zu erwerben. Die Grenze liegt bei höchstens 150ha (6000 Bodenpunkte), aber bei nicht mehr als der Hälfte der Wirtschaftsfläche. Die augenscheinliche Gleichbehandlung aller Betriebsformen ist beim näheren Hinsehen eine erneute Ungerechtigkeit für die juristischen Personen. Wenn in einer Genossenschaft 30 Gemeinschaftsbauern zusammenarbeiten, so dürfen sie nicht mehr Boden als ein einziger Einzelbauer begünstigt kaufen. Gewollt ist offensichtlich die weitere Zersplitterung und Beseitigung von Gemeinschaftsunternehmen.

Die PDS fordert die Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform, keinerlei Privilegierung beim Landerwerb sowie die gleichberechtigte Einbeziehung der Gemeinschaftsbauern in das Landerwerbs- und Siedlungsprogramm. Das wäre das Mindeste. Und es drängt sich die Frage auf, warum der Grund und Boden stärker und verbitterter umkämpft wird als anderes Eigentum.

Eigentum an Grund und Boden ist Eigentum besonderer Art. Sein Besitz oder Nichtbesitz entfacht mehr Leidenschaften als bei anderen Wirtschaftsgütern. Kriege wurden um Ländereien geführt, und uns kommt dieser Tage wieder die Volk-ohne-Raum-Demagogie der Nazis schmerzlich in Erinnerung.

Grund und Boden ist Eigentum besonderer Art, weil

*erstens* der Grund und Boden nicht beliebig vermehrbar ist, er dem Eigentümer eine Rente abwirft; *zweitens* sich nirgendwo sonst ein so unmittelbarer Zusammenhang zwischen Eigentumsnutzung und wirtschaftlichem Ergebnis ergibt, und

*drittens* Grund und Boden den Banken als Sicherheit für Kreditvergabe dient.

Jetzt soll ehemals volkseigenes Land wieder privatisiert werden. Für die CDU ist das Privateigentum das „Fundament abendländischer Demokratie“ — wie der Thüringer Ministerpräsident Vogel sagt. Aber ergibt sich aus dem ehemals volkseigenen Land nicht eine Chance für eine neue Bodenpolitik?

Anstelle der Privatisierung des Bodenreformlandes im Treuhandauftrag könnte die kostenlose Übertragung der „Treuhandflächen“ an die Kommunen erfolgen, und zwar mit der Maßgabe, diese Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern zur privatwirtschaftlichen Nutzung zu vergeben (sofern die Gemeinde sie nicht selbst nutzt). Die Kopplung von kommunalem Besitz und privater Nutzung hat mehrere Vorteile: *Erstens* sicherten sich die Kommunen eine dauerhafte Einnahmequelle aus Pachten, Erbbau- und anderen Nutzungsrechten; *zweitens* könnten sie eine vernünftige Politik der Gewerbeansiedlung, der Vergabe von Bauland für Eigentumswohnungen, des finanzierbaren Sozialwohnungsbaus usw. betreiben; *drittens* würde verhindert, daß der bereits sozialisierte Boden wieder in die Hände von Privateigentümern gelangt, die aus ihm ohne eigene Arbeit Einkommen ziehen (die leistungslosen Bodenrenten gehören der Gemeinschaft); *viertens* könnte eine wirksamere Umwelt- und Naturschutzpolitik im Interesse der Allgemeinheit betrieben werden. Real ist diese Chance jedoch nur, wenn eine breite Bewegung von unten entsteht. Niemand wird dabei enteignet, denn es geht um bereits mit der Bodenreform enteignetes Land.

Die Mehrheit der ostdeutschen Landwirte hat sich nach 1990 auch ohne kommunistisches Diktat für einen kollektiven Weg entschieden.

Ein interessantes Ergebnis aus dem Europäischen Bürgerforum vom 22. bis 24. Januar 1993 in Seelow war, daß viele Wissenschaftler aus osteuropäischen Ländern eingestehen mußten, daß die Bauern dort auch beim Übergang zur Marktwirtschaft weiter genossenschaftlich wirtschaften wollen. Wenn es verlangt wird, treten sie zwar wie in Bulgarien pro forma aus den Genossenschaften aus, um dann mit ihrem Boden erneut eine Genossenschaft zu gründen.

Weiter war zu hören, daß in westeuropäischen Ländern der Genossenschaftsgedanke keineswegs veräußert wird. In der Schweiz, so Alt-Regierungsrat Hans Zurfluh, seien z.B. im Kanton Uri 80 % des Bodens im Eigentum von öffentlich-rechtlichen Körperschaften als ökonomische Grundlage der Korporationen, in denen die Marktgenossenschaften weiterleben. Diese Verhältnisse bestehen schon seit

Jahrhunderten, und auch heute denkt kaum jemand ernsthaft daran, sie zu verändern.

Und der Züricher Agrarökonom Prof. Jean Valat wies nach, daß der Boden eben nicht wie jedes beliebige Produkt auf dem Markt gehandelt werden darf. Und selbst Staatseigentum kann marktwirtschaftliches Sondereigentum sein, wenn es nicht nach dem Haushaltsprinzip, sondern nach unternehmerischen Grundsätzen bewirtschaftet wird.

Wenn Deutschlands Landwirtschaft im Rahmen der EG wettbewerbsfähig bleiben will, müßte die Regierung eigentlich alles dafür tun, den Strukturwandel hin zu großen Betrieben zu fördern, statt ihn unabhängig vom Willen der Betroffenen dann zu benachteiligen, wenn es sich um die ihr mißliebigen Rechtsnachfolger der LPG handelt.

## Aus der AG Wirtschaft

## Diskussion um „soziale Grundsicherung“

VON MARION BENTIN

Zum Einstieg in die Diskussion wurden noch mal kurz einige Gesichtspunkte aus der Diskussion um dieses Thema innerhalb verschiedener Parteien und Verbände vorgetragen. Man muß festhalten und darf nicht unterschätzen, daß diese Diskussion um „soziale Grundsicherung“ inzwischen, natürlich mit ganz unterschiedlichen Absichten, von allen politischen Richtungen und Parteien geführt wird. Daß bis in die Reihen der FDP hinein unter dem Stichwort „Bürgergeld“ dieses Thema öffentlich „wirkt“, ist einerseits Reflex auf die tatsächliche Entwicklung der Armut und Differenzierung in der Gesellschaft und andererseits auch Reaktion auf die PDS-Vorstellungen, die mit ihrem Gesetzentwurf das Thema parlamentarisch auf die Tagesordnung gesetzt hat. Das „Bürgergeld“, welches in FDP, aber auch in bestimmten CDU-Kreisen diskutiert wird, soll anstatt Sozialhilfe gezahlt werden. Es sollen unter dem Stichwort „Bereinigung“ alle sonstigen sozialen Absicherungen gekippt werden. Bei aller Kritik an der zu niedrigen Sozialhilfe: Die Liberalen und Konservativen wollen selbst diesen Standard vernichten. Mit dem Bürgergeld sollen ausdrücklich Niedrigstlöhne subventioniert werden: Spottbillige Arbeitskraft soll finanziert werden. Anscheinend schwebt den Reaktionen vor, so niedrige Löhne durchzusetzen, daß dafür freiwillig keiner mehr arbeiten will! Die einzige Kritik und Furcht, die im konservativen Lager selbst aufkommt, bezieht sich auf die Gefahr, daß eine öffentliche Diskussion um Mindeststandards provoziert wird, die in Wahlkampfzeiten dazu führen könnte, daß Mindestmarken nach oben gedrückt werden.

In den Wohlfahrtsverbänden und dem DGB, in den „Bundesarbeitsgemeinschaften der Sozialhilfeinitiativen und Arbeitsloseninitiativen“ (BAG) und bei den GRÜNEN gibt es seit längerem Vorschläge und Diskussionen um die soziale Grundsicherung. Vieles spricht dafür, daß die PDS mit ihrem Gesetzentwurf sich mit diesen gesellschaftlichen Kräften verbinden kann.

Folgende Fragestellungen wurden aufgeworfen (ohne hier im Protokoll die Einzelheiten der verschiedenen Vorstellungen dokumentieren zu können):

1. Welche Höhe soll die soziale Grundsicherung haben?

Die BAG fordert 1200 DM plus Miete. Bei den Vorstellungen von Bündnis 90/Grünen kämen derzeit für die alte BRD ca. 1300 DM heraus. Der PDS-Vorschlag orientiert sich am durchschnittlichen Nettoeinkommen. Eine Empfehlung des EU-Ministerrates für Einkommensstandards zur Verhinderung von Armut geht von der Hälfte des jeweiligen Durchschnittseinkommens eines Landes aus. Für die BRD wären das gegenwärtig ca. 1250 DM.

2. Soll der Anspruch auf soziale Grundsicherung an Bedingungen (im Extremfall: Arbeitspflicht) geknüpft werden?

Wohlfahrtsverbände, DGB, Grüne, BAG und PDS lehnen dies (unterschiedlich weitgehend) ab. Aber in der Gesamtdiskussion sind die diesbezüglichen Zumutungen natürlich keineswegs erledigt.

Auch in der Wirtschafts-AG der linken Sommer-

schule hatten wir erneut die Diskussion, ob soziale Grundsicherung auch bekommen soll, „wer nicht arbeiten will“, d.h. der Gesellschaft „nichts bietet“, „keine Werte schafft“ usw. Gegen diese Befürchtungen wurde argumentiert, daß die Verweigerung, jede Dreckarbeit zu jedem Lohn und unter allen Bedingungen zu verrichten, durchaus Widerstandselemente enthält. Außerdem sollte es jedem freistehen, vorübergehend oder auch dauerhaft, mit und ohne Dazuverdienstmöglichkeit, von sozialer Grundsicherung zu leben, sofern er das will (dazu siehe auch weiter unten).

### 3. Wie soll die soziale Grundsicherung finanziert werden?

Auf der Seite der Reformkräfte besteht weitgehend Einigkeit, daß dies aus dem Bundeshaushalt, zur Entlastung u.a. der Kommunen, finanziert werden muß. Verschiedene Modelle zur erhöhten Besteuerung von Vermögen (Grüne: z.B. Erbschaftsteuer) werden diskutiert. Hier müßte man sich einen genaueren Überblick verschaffen. Die PDS weist darauf hin, daß erhebliche Summen durch konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung und anderer Formen der Wirtschaftskriminalität gewonnen werden könnten.

Von Konzepten und Überlegungen, die Selbständigenabgabe wieder ins Spiel zu bringen, wurde eher abgeraten. Man verdirbt sich's dabei u.U. mit zuviel Falschen!

### 4. Wie definiert sich das Verhältnis der sozialen Grundsicherung zum Arbeitsmarkt bzw. zum Problem der untertariflichen Niedriglohnzonen, dem Dazuverdienst, der Teilzeitarbeit?

Unter diesem Stichwort wurden verschiedene, auch strategische Überlegungen diskutiert, anknüpfend auch am Vortrag von Günter Kasch vom Vortag:

Wenn die These stimmt, daß sich eine kapitalistische Gesellschaft „neuen Typs“ entwickelt, in der z.B. Tarifverträge immer weniger Bindungswirkung haben für wachsende Teile der Betroffenen, in der Vollbeschäftigung unter Bedingungen des 1. Arbeitsmarktes bzw. in der Industrie illusionär ist:

– Könnte dann die soziale Grundsicherung ein Instrument werden, um Mindestsicherung zu erreichen?

– Könnte diese Mindestsicherung durchaus Sprengkraft bezüglich anderer Arbeits- und Lebensformen, anderer Arbeitsplatzmöglichkeiten (z.B. im Alternativsektor) durch Hinzuverdienst entwickeln?

– Und welche Schranken und Sicherungen wären erforderlich, um Überausbeutung in Gelegenheits-Jobs und bei Teilzeit zu verhindern?

Im folgenden einige zentrale Argumente aus der durchaus kontroversen Diskussion:

Die traditionelle Gewerkschafts- und Tarifpolitik kann Einkommen nicht mehr sichern. Die Politik des Haltens (z.B. untere Lohngruppen, Arbeitszeitverkürzung bzw. Normalarbeitstag) ist gescheitert und auf breiter Front aufgeweicht (z.B. Abschluß Chemie oder Metall 1994).

Der sogenannte „Betriebsratsblick“ ist zunehmend ungeeignet, emanzipatorische Interessen zu entfalten. Wer Betriebsrat ist, ist gefesselt a) an die Arbeitsorganisation im Betrieb; b) an die Konzern- oder Weltmarktposition des eigenen Betriebes; c) an die eigene Klientel! Diesen Tatsachen muß sich linke, sozialistische Politik stellen bei der Frage: Welchen Beitrag leisten wir zur Durchsetzung von Mindeststandards und wie müssen diese aussehen?

Es muß Mindestlöhne geben, und zwar gesetzlich verankert, damit nicht Elendslöhne noch aus der Staatskasse subventioniert werden. Es gibt z.B. einen Mindestlohngesetzentwurf der Grünen, der gerade ausschließen soll, daß die soziale Grundsicherung dazu mißbraucht wird, Elendslöhne bezahlen zu können.

Es wird darauf hingewiesen, daß insbesondere für den Non-profit-Bereich, also im genossenschaftlichen oder alternativen Bereich mit niedriger Rendite, dieses Konzept Wirkung bekommen könnte. Insgesamt ist die aktuelle Besteuerung des Faktors Arbeit kontraproduktiv: Sie führt zu arbeitssparendem Technikeinsatz. Hier müßte ein Wandel hin zu arbeitsintensiverer, aber ressourcensparender Besteuerung angestrebt werden.

Überhaupt muß die PDS für Grundsätze kämpfen wie: Obdachlosigkeit gehört abgeschafft! Daher ist die soziale Grundsicherung fundamental.

Die ABS-Gesellschaften könnten in Richtung von solchen non-profit-centern gehen, obwohl die aktuelle Regierungspolitik alles daran setzt, gerade dies zu verhindern. Die im Osten durchaus vorhan-

denen Ansätze, z.B. in diesen Gesellschaften innovative Produktionsansätze zu entwickeln (z.B. Wis-muth), wurden zunichte gemacht.

Es könnte in diesem Sinne ja durchaus gewollt werden, daß das Konzept von sozialer Grundsicherung plus Hinzuverdienstmöglichkeit gerade im Non-profit-Bereich zu einer Art „Subventionierung“ führen könnte. Auch wenn die Kapitalisten dagegen Sturm laufen würden!

Die soziale Grundsicherung sei im deregulierten Kapitalismus dringend und zwingend erforderlich. Nötig wäre aber auch, einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme über die Grundsicherung hinaus zu schaffen, definiert über einen Mindestlohn, der deutlich über der Grundsicherung liegen sollte. Dies ergäbe auf jeden Fall einen Konflikt mit dem Kapital, weil der Zwang zur Lohnarbeit (jedweder Art!) gemildert würde.

Daß sich diese Diskussion als gesamtgesellschaftliche derzeit entfaltet, ist durchaus spannend, drückt sie doch aus, daß alle gesellschaftlichen und politisch tätigen Kräfte reagieren müssen auf offensichtliche „Konstruktionsmängel“ dieser kapitalistischen Gesellschaft. Wirklich interessant wäre in dieser Situation eine Bewährung sozialistischer Politik durch eine positive Besetzung des Begriffs „Freiheit“, durch ein Aufgreifen und Vernetzen von durchaus verschiedenen „Freiheitsbestrebungen“. Auf der Suche nach neuen Arbeits- und Produktionsmethoden müssen die Konzernbelegschaften mit einbezogen werden, aber diese Emanzipationsbestrebungen werden nicht in der großen Industrie entstehen können. Wir müssen die Chancen dieser „Umbruchstimmung“ erkennen und zu nutzen lernen.

In diesem Sinne seien die Tarifverträge eher in Richtung Rahmenbestimmungen zu entwickeln, innerhalb derer das Einzelvertragsrecht viel mehr Geltung bekommen müßte. Das Ganze natürlich eingebettet in Mindeststandards bei der Grundsicherung, den Löhnen, dem Arbeitstag usw. Die bisherige Tarifpolitik wirkt mit ihrem Anspruch, für viele, wenn nicht alle, alles „gleich“ regeln zu wollen, zunehmend auch bevormundend, reglementierend, einschränkend.

Dagegen wurde eingewandt, daß die Gefahr besteht, daß bei einer solchen „Freiheitsbewegung“ letztlich nur mehr „Freiheit“ für das Kapital und die Konzerne und noch schlimmere Deregulierung herauskommen könnte. Man müsse schon genauer definieren, was trotz nachlassender Bindungswirkung der Tarife an diesen Tarifen verteidigungswürdig und unbedingt aufrechtzuerhalten sei. Für wen kann „individuelle Vertragsfreiheit“ überhaupt durchgesetzt werden bzw. wer kann sie einklagen usw.?

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Diskussion war das Thema Kindergeld. Auch die SPD fordert inzwischen ein einheitliches Kindergeld von 250 DM. Das paßt zu den Forderungen der PDS im Zusammenhang mit der sozialen Grundsicherung. Längerfristig wird ein Betrag von 600 DM angepeilt. Die Tendenz, Steuerprivilegien für Kinder abzuschaffen zugunsten eines einheitlichen Kindergeldes, ist auf jeden Fall fortschrittlich.

Zu diesem Thema wäre durchaus eine Bündnislinie von PDS, Grünen und SPD denkbar, die die Konservativen richtig unter Druck bringt. Wobei die PDS viel konkreter in die öffentliche Diskussion eingreifen könnte und müßte, um die Beliebigkeit und Leimrutenpolitik der SPD unter Druck zu bringen.

Jedenfalls ist davon auszugehen, daß noch im Wahlkampf, auf jeden Fall aber in den nächsten Jahren das ganze Thema: „Grundsicherung, Kindergeld, Steuerfreiheit des Existenzminimums“ für linke Reformpolitik echte Chancen bietet, sofern die PDS ihre Bundestagsposition halten und dafür offensiv und im Bündnis eintreten wird.

Es wurde darauf hingewiesen, daß bei der Diskussion um den Solidarzuschlag der SPD noch über die Marken nachgedacht werden muß. Ein gewisses Problem ist jedenfalls, daß der ledige Facharbeiter z.B. voll erwirbt wird.

Außerdem ist die Wirkung der Abschaffung der steuerlichen Kinderfreibeträge anders, je nachdem, ob die Steuerfreiheit des Existenzminimums bis 1996 tatsächlich durchgesetzt wird, wozu Waigel eigentlich verpflichtet ist. Nur dann wäre diese Forderung unterstützenswert und wirklich entlastend für die unteren Einkommen. Hierzu besteht weiterer Untersuchungs- und Aufklärungsbedarf, wie die verschiedenen Modelle auf wen wirken.

## Lyotard über die Legitimität

## Kritik von Herrschaft über Sprache thematisiert

VON CHRISTIANE SCHNEIDER

In der Beschäftigung mit der Postmoderne begannen wir mit dem Text *Memorandum über die Legitimität* des französischen Philosophen Jean-Francois Lyotard. Das kritische Anliegen des Textes ist es, die Frage des Totalitarismus und dabei auch der Unterscheidung verschiedener Zustände von Totalitarismus über die Sprache der Legitimation zu thematisieren.

Die Frage nach der Legitimation bzw. Legitimität wirft die Frage nach der Übertragung von Macht, nach Herrschaft, den Rechtfertigungsgründen für Herrschaftsakte, Institutionen, soziale und politische Praktiken, Geboten und Verboten auf. Lyotard verwickelt die Frage der Legitimität mit der Frage nach den Regierungsformen; dabei greift er auf Kants Unterscheidung zurück zwischen *forma imperii* (Formen der Beherrschung: Autokratie, Aristokratie, Demokratie) und *forma regiminis* (Regierungsformen: despotisch – republikanisch, wobei sich der Republikanismus durch die Teilung der Gewalten vom Despotismus unterscheidet).

Wer ist, so lautet die Fragestellung, das Subjekt eines normativen Satzes (y setzt die Norm, daß x verpflichtet ist, die Handlung a auszuführen), wer also die Legitimationsinstanz? Die Frage ist logisch unauflösbar, die Unauflösbarkeit aber wird durch zwei große sprachliche Verfahrensweisen, die mythische Erzählung und die Emanzipationserzählung, verdeckt.

Bevor er auf die beiden Erzähltypen eingeht, stellt Lyotard dar, unter welchen beiden Aspekten er die Untersuchung der Sprache für seine Argumentation heranzieht. Die Sprache existiere nicht wie ein Werkzeugkasten, aus dem die Sprecher schöpfen; vielmehr situieren die Sätze einen Sender (den Sprecher), einen Empfänger (den Hörer) und einen Referenten (den bezeichneten Gegenstand bzw. Sachverhalt) in dem Universum, das sie darstellen. Und insofern sei jeder Satz wie ein Ereignis. Er sei etwas Zufälliges, das gleichwohl notwendig geschieht.

Die *mythischen Erzählungen* legitimieren eine despotische Autorität durch Rückgriff auf die Vergangenheit. Lyotard entwickelt am Beispiel der Erzählungen der Cashinawa, wie die archaische Legitimation Identität stiftet, und zwar die Identität als ausschließliche (und ausschließende) Singularität, wie die narrativen Instanzen (Sender, Empfänger, Held) jedem in der Gesellschaft den Platz zuweisen, wo ein Ereignis außerhalb der Tradition nicht ist, wenn es keinen Namen dafür gibt, d.h. wenn es nicht in die Erzählungen eingebettet und dadurch autorisiert wird.

Der Nationalsozialismus bedient sich der mythischen Erzählung zur Legitimation seiner despotischen Autorität.

Die *Emanzipationserzählungen* suchen die Legitimation ebenfalls nicht in der Gegenwart. Sie suchen sie in einer einzulösenden Zukunft; die reale Gesellschaft wird durch eine in der Zukunft zu verwirklichende Idee legitimiert: die Idee der Freiheit, der Aufklärung, des Sozialismus, der allgemeinen Bereicherung u.ä. Die in der Zukunft zu verwirklichende Idee legitimiert, weil und insofern sie universell ist, das heißt auf „das menschliche Geschlecht im ganzen seiner Vereinigung (non singulorum, sed universorum)“ bezogen (Kant, *Streit der Fakultäten*). Die Emanzipationserzählungen legitimieren die Regierungsform der Republik, ihre sprachliche Verfahrensweise ist deliberativ (bedenkend, beratend), zerlegbar in verschiedene Diskursgenres und Satzordnungen, die mit der interrogativen Präsiktion „Was sollen wir sein?“ beginnen und mit dem normativen Diskurs, in dem das Urteil legitimiert wird, enden. Sie sind offen für Ereignisse, fördern die Überlegung und das Urteil, nicht den Glauben.

Die Untersuchung der sprachlichen Verfahrensweise ermöglicht die grundsätzliche Unterscheidung zwischen Nationalsozialismus auf der einen, Schreckensherrschaft und Stalinismus auf der anderen Seite, deren grundlegenden Unterschiede im Begriff Totalitarismus zunächst erst einmal ver-



schwunden sind.

Im Nationalsozialismus erhebt das „einzeln benannte Wir (die Arier — Verf.) den Anspruch, dem Ziel, das die menschliche Geschichte verfolgt, seinen Namen zu geben“ (S. 72). In der Schreckensherrschaft besteht die Legitimationsinstanz im „reinen Willen . . . , der niemals dieses oder jenes, niemals bestimmt, sondern einzig und allein die Macht ist, alles zu sein“ (S. 70). In ihr scheint die Wirklichkeit eine Verschwörung gegen das legitimierende Ideal zu sein. Ähnlich im Stalinismus, der Verwirklichung der sozialistischen Republik zu sein beanspruchte und in dem die konkreten Verhältnisse und Individuen als Hindernis der Verwirklichung bekämpft wurden.

Der Text regte uns zur Diskussion von und Nachdenken über verschiedene Problemkomplexe an:

Mit der Untersuchung der sprachlichen Verfahrensweisen der mythischen Erzählung und der Emanzipationserzählung leistet Lyotard u. a. einen Beitrag zum Verstehen, wie die Legitimation der despotischen Autorität durch den Nationalsozialismus funktioniert, und auch, warum dieser durch Rückgriff auf die Mythen überhaupt so „erfolgreich“ sein konnte. Der Wunsch „Zurück zu den Wurzeln“, den allein die Mythologie erfüllen kann, wird als Wunsch nach festem Halt ständig neu aus dem alltäglichen Leben geboren. Die Idee des autonomen, die verschiedenen Diskurse beherrschenden Bürgers, der sich so als Subjekt der bürgerlichen Öffentlichkeit versteht, kollidiert mit der Erfahrung der meisten Menschen. Sie erfahren das Leben als in verschiedenste Diskurse zerlegt, die sie nicht beherrschen, und sie erfahren sich selbst daher aus immer mehr Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen. Diese Ausschließung führt zu Erschütterungen.

In der Linken etwa ist als Leitlinie für den Umgang mit Polizei und Justiz die Parole „Paula und Anton halten's Maul“ in weiten Kreisen akzeptiert, die indes nur zum Ausdruck bringt, daß der im Recht nicht Ausgebildete den juristischen Diskurs, der ihm hier aufgezwungen wird, nicht beherrscht und nicht lernen zu können glaubt bzw. auch wirklich nur schwer oder gar nicht lernen kann. Es ist aber Erfahrung, daß der in der Parole zum Ausdruck kommende Protest hilflos bleibt, das Problem der Ausschließung — und Entmündigung — nicht nur nicht verarbeitet, sondern verdeckt und auf lange Sicht eher zum Rückzug vor als zur Gegenwehr gegen Repression führt.

Die als Ohnmacht erfahrenen Ausschlußmechanismen der Diskurse bilden den Boden für das Wuchern von Mythen und bringen stets neu den Wunsch nach „populärer Identität“ hervor, einer Identität in der Singularität, der Einzigartigkeit („deutsches Volk“), in der die eigene Ohnmacht aufgehoben scheint. Es wäre wohl der Mühe wert, sich näher mit den entsprechenden aktuellen Entwicklungen auf der „Angebotsseite“ zu befassen. So schien uns etwa, daß die „Männer des 20. Jahrhunderts“ gegenwärtig zu „deutschen Helden“ vom Typ des Siegfried herauspräpariert werden.

Eine andere Diskussion entwickelte sich anhand der kurz skizzierten deliberativen sprachlichen Verfahrensweisen der Republik, deren Ausgangspunkt die Frage ist: Was sollen wir sein — und nicht: Was sind wir. Es fiel weiter auf, daß Lyotard den durch die Argumentation geordneten Diskurs über die Frage, was wir tun können, um zu werden, was wir sein sollen, durch Begriffe geprägt sieht wie: beweisen, widerlegen, überreden, überzeugen. Das heißt, in diesem Diskurs geht es um die Durchsetzung von Auffassungen, nicht um Lernen, Weiterentwicklung von Auffassungen, Willensbildung durch Konsens usw. Das hier zu Tage tretende Autoritäre dieses Dialogs ergibt sich letztlich aus dem Ausgangspunkt, der Ausgangsfrage. Die Frage „Was sind wir“ ist kritisch, sie fördert die Kritik, bringt viele und vielfältige Erfahrungen ins Spiel und auch Interessen. Die Frage „Was wollen wir sein“ verschiebt den Ausgangspunkt weg von der Kritik auf ein Ziel („glücklich, gelehrt, frei, gleich“ usw.), d. h. ein Ziel, das dann schließlich Autorität setzt, Herrschaft und Macht legitimiert. Gegenseitiges Akzeptieren, Voneinander-Lernen, wirkliche Verständigung sind für die kritische Bewegung letztlich unverzichtbar, Beweisen, Überzeugen, Überreden dagegen sind Mittel von Macht.

Lyotards Distanz gegenüber auch der sprachlichen Verfahrensweisen der Emanzipationserzählung erschließt sich aus dem Text nicht eindeutig. Sie

wird jedoch erkennbar, insofern er darauf verweist, daß ebenso wie die mythische auch die Emanzipationserzählung *verdeckt*, daß die Frage nach der Legitimationsinstanz logisch nicht auflösbar ist. Aus seiner Darstellung der sprachlichen Verfahrensweisen der Emanzipationserzählungen lassen sich für die Auseinandersetzung mit der Legitimation von Herrschaft durch universelle, also geschichtlich fortschrittliche Ideen wichtige Gesichtspunkte entwickeln. Widerstand sollte gerade nicht auf Herrschaft reflektieren, nicht (beanspruchte) Herrschaft zu legitimieren suchen, sondern sich auf die zugrundeliegenden, verletzten Interessen beziehen und die Verständigung über Interessen suchen.

<sup>1</sup> In: P. Engelmann (Hg.), *Postmoderne und Dekonstruktion, Texte französischer Philosophen der Gegenwart*, Reclam

## Zu Derrida

# Struktur, Zeichen, Spiel vs. Geschichte und Moral?

VON ULRICH JÄCKEL

In seinem Aufsatz *Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaften vom Menschen* konstatiert Jacques Derrida ein „Ereignis“ in der Geschichte des Begriffs der Struktur. Das Denken vor diesem „Bruch“ hat die Strukturalität der Struktur reduziert „durch einen Gestus, der der Struktur ein Zentrum geben und sie auf einen Punkt der Präsenz, auf einen festen Ursprung beziehen wollte“. Dieses Zentrum, das man mit der Platonischen oder Hegelschen „Idee“ oder mit „Gott“ illustrieren könnte, steht zugleich außerhalb der Struktur und beherrscht sie, es begrenzt das Spiel ihrer Elemente. Ursprung dieser Denkweise ist nach Derrida die „Begierde“, die Angst zu meistern, die aus dem Verwickeltsein in das Spiel entstehe. Durch das Denken eines Zentrums soll das Spiel Ursprung und Ziel, Sinn, eine Geschichte bekommen. Die Strukturalität, das freie Spiel der Elemente in der Struktur wird dadurch begrenzt, ja „untersagt“, womit Derrida auf den dogmatischen, der umfassenden Erkenntnis der Strukturalität hinderlichen Charakter dieser Denkweise, auf ihren Herrschaftscharakter hinweist. Die gesamte Geschichte der Metaphysik und des Abendlandes sei eine Geschichte dieser Namen für die „Invariante einer Präsenz“.

Mit dem Beginn des „Denkens der Strukturalität“, der Erkenntnis von Gesetzmäßigkeiten (Beispiel: Zerstörung des ptolemäischen Weltbildes) und der Erkenntnis des Vorgangs des Bezeichnens, der der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten folgte, sei schließlich — mit Nietzsche, Freud und Heidegger — die Einsicht erfolgt, daß es kein Zentrum gebe, daß es kein fester Ort sei, „sondern eine Funktion, ein Nicht-Ort, worin sich ein unendlicher Austausch von Zeichen abspielt“. Alles wird zum Diskurs, zum System von Differenzen, die Sprache erlangt entscheidende Bedeutung. Zugleich ist der Versuch, die metaphysischen Begriffe zu erschüttern, in einem Zirkel gefangen, der darauf beruht, daß die gesamte Sprache, daß der Begriff des Zeichens selbst durch den Gegensatz von „sinnlichem“ Signifikat und „intelligiblen“ Signifikanten gekennzeichnet sind. Jeder Begriff, jedes Zeichen kennzeichnet (überschreitet) die sinnliche Erfahrung und setzt ihr einen verallgemeinerten Signifikanten entgegen. Die Destruktion abstrakter, metaphysischer Begriffe kann nur mittels Begriffen geschehen, die in einem metaphysischen System eingebunden sind und so dieses wieder heraufbeschwören. „Qualität und Fruchtbarkeit eines Diskurses können vielleicht an der kritischen Strenge gemessen werden, mit der dieses Verhältnis zur Metaphysik und zu den überlieferten Begriffen gedacht wird.“

Als Beispiel für solche Diskurse bezieht er sich auf die ethnographischen Arbeiten von Claude Lévi-Strauss, der sich dazu bekennt, die alten Begriffe, deren Wahrheitswert und Bedeutung bezweifelt wird, als methodische „Werkzeuge“ zur Destruktion der Metaphysik zu benutzen. Lévi-Strauss bezeichnet dies als „Bastelei“. Die konträre Vorstellung vom „Ingenieur“, als jemand, der nicht mit den vorgefundenen Werkzeugen „bastelt“, sondern eine komplette Sprache für seinen Diskurs konstruierte, wäre eine theologische, ein Mythos. Folglich ist je-

der Diskurs in gewissem Umfang zur „Bastelei“ gezwungen. Am Beispiel der Erforschung der Mythologien wird dargestellt, daß es nicht möglich ist, wie im wissenschaftlichen Diskurs Quelle, Zentrum, Grund oder Prinzip des Untersuchungsgegenstandes aufzudecken. Vielmehr sind nur Strukturen, Konfigurationen und Relationen erkennbar, die der Diskurs „in der Form dessen, worüber er spricht“, aufdecken kann. Derrida verweist hier auf die ungeklärte Frage der erkenntnistheoretischen Geltung solcher Diskurse. Mit Hilfe des Begriffs des „Spiels“ will er den Anspruch der Totalisierung (in der Hegelschen Dialektik „das Allgemeine“, welches den ganzen Reichtum des Besonderen umfaßt) zurückweisen: Die Sprache schließt die Totalisierung aus, weil ihr Feld das eines Spiels, d. h. Substitutionen und Bezeichnungsvorgänge ist. Der Begriff des Spiels wird in Gegensatz gesetzt zur Geschichte. Der Begriff der Geschichte ist für Derrida „schon immer mitschuldig an einer teleologischen und eschatologischen Metaphysik“, ist immer „als eine Derivation zwischen zwei Präsenzen“ gedacht worden. Demgegenüber soll das Spiel radikal der Alternative von Abwesenheit und Präsenz vorausgedacht werden. Nicht Trauer über die Unmöglichkeit, Ursprung und Präsenz zu erkennen, sondern mit Nietzsche „die fröhliche Bejahung des Spiels der Welt und der Unschuld der Zukunft, die Bejahung einer Welt aus Zeichen ohne Fehl, ohne Wahrheit, ohne Ursprung, die einer tätigen Deutung offen ist“. Derrida will „über den Menschen und den Humanismus hinausgelangen“, weil deren Geschichte mit der metaphysischen Denkweise und den damit verbundenen Herrschaftsideologien verknüpft sind.

## Beliebigkeit statt begrifflicher Totalisierung?

Die Kritik Derridas an der begrifflichen Totalisierung ist ein Angriff gegen jeden Dogmatismus, gegen jedes „Systemdenken“. In diesem Sinne berührt sich die Auffassung Derridas mit der Vorstellung Adornos vom „Ganzen“ als dem „Unwahren“ und kann als Kritik der Leninschen Auffassung von der Möglichkeit der Widerspiegelung „der Allseitigkeit des materiellen Prozesses und seiner Einheit“ durch die Dialektik aufgefaßt werden<sup>1</sup>, die in ihrer „Weiterentwicklung“ zu Blüten wie „Die Partei, die hat immer recht“, geführt haben. Derrida fordert dazu auf, jeden „Text“ in seiner Individualität vorurteilsfrei zu würdigen. Diese Aufforderung kann für die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen der linken, emanzipatorischen Bewegung durchaus fruchtbar sein. Wie aber Peter Engelmann feststellt, resultiert daraus „eher eine Haltung als ein Regelwerk“<sup>2</sup>.

Die Beschränkung auf die Ebene der Sprache, des Textes, des Sprachspiels als Gegenstand und Ort des Diskurses führt jedoch tendenziell zu einem Ausschluß der gesellschaftlichen Praxis und des Begriffs der „Erfahrung“ aus den Diskursen. Es ist zu fragen, wieweit nicht hiermit die Brauchbarkeit des Derridaschen Ansatzes für emanzipatorische Bestrebungen ihre Grenzen findet.<sup>3</sup> Zugleich wird der Pluralismus der Sprachspiele und Diskurse mit gewissem Recht verdächtigt, zu einer „quietistischen Linie“ (Quietismus = tatenlose Geisteshaltung) zu führen.<sup>4</sup> Zu guter Letzt muß die Absage an den Humanismus in diesem Zusammenhang kritisch beleuchtet werden. Für Adorno etwa entspringt das Interesse an Erkenntnis des objektiven Zusammenhangs dem Interesse an der Abwendung des Leidens an dem, was auf den Subjekten lastet.<sup>5</sup> Will Derrida in seiner Hinwendung zu Nietzsche und dessen „fröhlicher Bejahung des Spiels der Welt“ auch dessen „Bejahung des Leidens“, dessen „Elitetheorie der Zucht und des Leidens“<sup>6</sup>? In welchem Verhältnis steht solch eine Haltung zu den Bestrebungen linker, emanzipatorischer Politik?

(1) Vgl. W.I. Lenin, *Konzept von Hegels Wissenschaft der Logik*, in: *Lenin über Hegelsche Dialektik*, Leipzig (Reclam), 1976, S. 70f.

(2) P. Engelmann, *Einführung: Postmoderne und Dekonstruktion, Texte französischer Philosophen der Gegenwart*, Stuttgart (Reclam) 1990, S. 30;

(3) Vgl. dazu Martin Jay, *Erfahrungen und / oder experimentieren: Löwenthal und die Herausforderung der Postmoderne*, in: *Geschichte denken*, hrsg. v. Frithjof Hager, Leipzig (Reclam) 1992, S. 78ff.;

(4) vgl. F. Hager, L. Löwenthal, *Gespräche*; ebenda S. 35;

(5) vgl. J. Habermas, *Philosophisch-politische Profile*, Ffm. 1991, S. 174f.;

(6) vgl. Thomas Rentzsch, *Aufhebung der Ethik*, in: *Ethik, ein Grundkurs*, Reinbek 1994, S. 122 - 130

## Erbe „Deutscher Herbst“

### Die PDS und die Todesstrafe auf Raten

VON MARTIN FOCHLER

Aus den 70er Jahren der BRD gibt es noch eine Hinterlassenschaft: Eine ganz große Koalition aus CDU/CSU/FDP/SPD will keinen Zweifel aufkommen lassen, daß die aus dem eingebildeten Staatsnotstand begründeten, gemeinsam verantworteten Ausnahmemaßnahmen in der Bekämpfung der RAF voll gerechtfertigt gewesen wären. Das ist eine Geschichtslüge. Das staatliche Handeln war seinerseits von Ungesetzlichkeiten und Gewaltexzessen geprägt. Zur nachträglichen Reinwaschung dieser Exzesse dient jetzt: die exzessive Bestrafung!

Deswegen sollen die Gefangenen aus der RAF ohne jedes Maß, bis zum Tode inhaftiert bleiben.

Das nebenstehend abgebildete Plakat der PDS Hamburg hat die Bildzeitung beflügelt, Ermittlungsverfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ gegen die PDS Hamburg anzuregen und für die Beobachtung und Bekämpfung der PDS durch die Geheimdienste zu werben.

Diese Kampagne zielt nicht nur darauf, die PDS und ihre Anhänger zu ängstigen, es geht auch um Selbstschutz Beteiligter aus Politik, Justiz, Staatsschutz. Wenn nämlich im nächsten Bundestag mit Bündnis 90/Grünen und PDS zwei Parteien vertreten sind, die an diesen Staatsexzessen nicht beteiligt waren, sind Schwierigkeiten vorherzusehen: Die große Gemeinsamkeit wird aufbrechen, eine kritische Würdigung des exekutiven Handelns im „Deutschen Herbstes von 1977“ wird unvermeidlich werden. Der barbarische Zustand, daß Menschen nur deshalb über jedes menschenrechtlich vertretbare Maß hinaus inhaftiert bleiben, weil ihre Freilassung die Vertuschung und Geschichtsfälschung ins Wanken brächte, wird unhaltbar.

In ihrem Verfassungsentwurf hat die PDS eine prinzipielle Position bezogen. Erste Reaktionen aus dem Vorstand machen aber Probleme bei der Wendung ins Praktische sichtbar. Tendenz: Man hätte während des Wahlkampfes davon schweigen sollen.

Für die PDS ist der Konflikt um die — rechtlich mögliche, ja gebotene — Freilassung der Gefangenen aus der RAF eine Reifeprüfung. Versucht sie auszuweichen, macht sie ihren Verfassungsentwurf unglaublich. Es wäre politisch naiv zu glauben, daß die fortwährende Vollstreckung der Todesstrafe auf Raten beendet werden kann, ohne daß eine neue Auseinandersetzung über die Geschichte des Konfliktes erzwungen wird.

## PDS/Linke Liste Hamburg

### Harte Auseinandersetzung um ein Plakat

#### PRESSEERKLÄRUNG

„Unglaublich! PDS will Terroristen freilassen“, titelte *Bild* am 15.9. unter Bezug auf ein Plakat, das der Landesverband Hamburg der PDS/Linke Liste in den vergangenen vier Wochen in hoher Auflage in Hamburg verklebte. Worum geht es?

Die PDS/Linke Liste Hamburg wendet sich auf dem Plakat gegen die Vollstreckung der lebenslangen Freiheitsstrafe („Keine Todesstrafe auf Raten! kein lebenslänglich! Sie müssen raus!“) an den Gefangenen aus der RAF. Das Plakat verweist auf die Forderung des PDS-Verfassungsentwurfs (Art. 144): „Die Todesstrafe und die lebenslange Freiheitsstrafe sind abgeschafft.“

Damit knüpft die PDS/Linke Liste unmittelbar an eine alte Forderung humanistisch gesonnener Juristen an, wie z.B. an den früheren Richter am Bundesverfassungsgericht Mahrenholz, der anlässlich der Neuregelung des §57a (Überprüfung der Strafaussetzung nach 15 Jahren) durch das Bundesverfassungsgericht in seiner abweichenden Meinung darauf hingewiesen hatte, „daß der Gesetzgeber das Problem der lebenslangen Freiheitsstrafe in ihrem Charakter als absoluter Strafandrohung für Mord nicht länger ignorieren kann“. Es ist in der einschlä-

gigen Diskussion kaum mehr strittig, daß die über eine Zeitdauer von 15 bis 20 Jahren hinausgehende Haft den Gefangenen körperlich und seelisch in ein Wrack verwandelt, daß sie irreversible Persönlichkeitsschädigende Folgen nach sich zieht und deshalb gegen Art. 1 Abs. 1 GG, d.h. gegen die Menschenwürde verstößt.

Die Gefangenen aus der RAF sind überwiegend seit langen Jahren im Gefängnis. Irmgard Möller ist seit über 22 Jahren inhaftiert. Andere Gefangene sind seit 19, 17, 16, 15 ... Jahren inhaftiert. Gegen wiederum andere werden immer neue zweifelhafte Kronzeugenprozesse angestrengt, mit denen die Bundesanwaltschaft das erklärte Ziel verfolgt, den Betroffenen jede Hoffnung zu rauben, das Gefängnis jemals lebend zu verlassen. Alle haben lange Jahre in quälender Einzelisolation verbracht, die Gesundheit von vielen ist zerrüttet.

Gegen ihre rechtlich mögliche und aus humanitären und politischen Gründen gebotene Freilassung haben die Behörden einen grausamen Dreh erdacht: die Mitwirkung an einem psychiatrischen Gutachten.

Es geht bei dem Gutachten nicht um die Prüfung der Frage, ob die Gefangenen nach der Freilassung den bewaffneten Kampf wiederaufnehmen. Diese Frage ist längst entschieden, und niemand weiß das besser als die Behörden, die jede Lebensäußerung der Gefangenen peinlich genau registrieren. Es geht vielmehr um ihre öffentliche Hinrichtung als Vernunftwesen, als Menschen, die ihre Handlungen aus politischen Zielen begründet haben. Mit dem willkürlich abverlangten psychiatrischen Gutachten sollen die Gefangenen als abartig, krank abgestem-

pelt werden.

Geschieht das, dann erscheinen auch die staatlichen Handlungen bei der Bekämpfung der RAF in einem anderen Licht. Die exzessive Fahndung v.a. in den 70er Jahren, die Maschinenpistolen damals an jeder Straßenecke, die Jagd auf wirkliche und vermeintliche Sympathisanten, die Tötung vieler „Verdächtiger“ ohne jede Notwehr, die mit wissenschaftlicher Genauigkeit exekutierte grausame Behandlung der Gefangenen, die Todesfälle unter staatlicher Verfügungsgewalt — all das, die ganze Entgleisung des Staatsapparates, von der heute viele Menschen nicht mehr wissen, wird im nachhinein als Eingriff an Kranken, an Menschen, die aus der „Normalität“ gefallen sind, als Entscheidung aus quasi ärztlicher Verantwortung gerechtfertigt.

Die Gefangenen aus der RAF sind vor die erpresserische Alternative gestellt, sich dem Gutachten zu unterwerfen, sich und ihre politischen Motive zu verleugnen — oder aber im Gefängnis zu verfaulen. Selbst Gerichte bezeichnen das als „Todesstrafe auf Raten“.

Die Verfolgung der Gefangenen aus der RAF bis zum Tode ist maßlos. Das macht überdeutlich, wie notwendig die von der PDS erstrebte Verfassungsänderung ist, die selbstverständlich allgemeine Geltung beansprucht und sich keineswegs nur auf die zu lebenslanger Haft verurteilten Gefangenen aus der RAF bezieht. Wir wollen aber ausdrücklich die menschenverachtende Behandlung dieser Gefangenen, den Mißbrauch der Psychiatrie für politische Zwecke, nicht stillschweigend hinnehmen.

Christiane Schneider, Bundestagskandidatin der PDS Hamburg, 15.9.1994

Art. 102  
Grundgesetz:

Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Irmgard Möller seit 22 Jahren	Karl-Heinz Döhrn seit 19 Jahren	Hanna Krubbe seit 19 Jahren
Leitz Towler seit 19 Jahren	Knut Folkerts seit 17 Jahren	
Stefan Wisniewski seit 16 Jahren	Christine Kuby seit 16 Jahren	Rolf-Clemens Wagner seit 15 Jahren
Rolf Heitscher seit 15 Jahren	Sieglinde Hofmann seit 14 Jahren	Brigitte Mohrhardt seit 13 Jahren
Adelheid Schulz seit 12 Jahren	Christine Klar seit 12 Jahren	
Ingrid Jakobsmeier seit 10 Jahren	Manuela Hoppe seit 10 Jahren	Helmut Pohl seit 10 Jahren
Eva Heide-Frimpong seit 8 Jahren	Birgit Hogefeld seit 1 Jahr	

**PDS LINKE LISTE**  
Landesverband Hamburg

Verfassungs-  
entwurf PDS,  
Art. 144  
Grundgesetz:

Die Todesstrafe und die lebenslange Freiheitsstrafe sind abgeschafft.

## PDS/Linke Liste Bayern

Protest gegen die  
Kurdenverfolgung

## INTERVIEW MIT EVA BULLING-SCHRÖTER

Christian Schäflein vom Kulturverein Solidarität Schweinfurt (Kurdistanolidarität) sprach mit Eva Bulling-Schröter, Spitzenkandidatin der PDS/Linke Liste in Bayern für die Bundestagswahlen, über die Flüchtlings- und Kurdenpolitik der BRD. (Aus: nachrichten/standpunkte, Arbeiterzeitung für die Region Schweinfurt)

**Frage:** Nach dem Verbot der kurdischen Newrozfeiern, den Auseinandersetzungen in Augsburg und dem Verbot der kurdischen Vereine setzen das bayerische Innenministerium und die Bundesregierung ihre Politik der Kurdenverfolgung fort, obwohl die Vereinsverbote zurückgenommen werden mußten. Mittlerweile gibt es Hunderte kurdischer Gefangener. Beckstein will alle in Augsburg beteiligten Kurden abschieben lassen. Wofür tritt die PDS ein, wie steht sie zum kurdischen Befreiungskampf?

**Eva Bulling-Schröter:** Den in der BRD lebenden Kurden wird das Recht abgesprochen, hier für die legitimen Ziele ihres Befreiungskampfes einzutreten. Schon das Tragen ihrer nationalen Symbole reicht zur Kriminalisierung. Offensichtlich braucht die Bundesregierung zur Absicherung ihrer Innen- und Außenpolitik, ihrer Asylpolitik, zur Verschärfung bestehender Gesetze die Bestätigung, daß Ausländer, insbesondere die Kurden, kriminell seien. Die Medien haben einträchtig in der Bevölkerung Ängste gegen die Kurden geschürt. Dagegen müssen wir gemeinsam mit anderen Organisationen Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Berechtigte Ängste der Bevölkerung dürfen nicht ignoriert werden, aber gegen aus politischem Interesse künstlich hochgespielte Ängste müssen wir Aufklärung betreiben. Ziel muß sein, einen Abschiebestopp zu bewirken. Wie in Griechenland und Italien mußten die kurdischen Vereinigungen, anstatt verboten zu werden, diplomatischen Status erhalten, die kurdische Volkszugehörigkeit mußte anerkannt werden, z.B. durch Unterricht in der kurdischen Muttersprache, durch kurdische Fernsehsendungen.

Die PDS verhält sich kritisch, solidarisch zum kurdischen Befreiungskampf. Es gibt vom bayerischen Landesverband der PDS, zum Beispiel, keine Beschlußfassung dazu, aber ich kenne von verschiedenen bayerischen Ortsgruppen der PDS viele Beispiele praktischer Solidarität gegen die Verfolgung der Kurden in der BRD. Ich selbst bin Gründungsmitglied des deutsch-kurdischen Vereins in Ingolstadt aus Gründen der Solidarität und des Protestes gegen die Kurdenverfolgung geworden.

**Frage:** Der bayerische Innenminister Beckstein behauptet, für abgeschobene Kurden bestünde eine Fluchtalternative in die Westtürkei und es gäbe keine generelle Gruppenverfolgung der Kurden in der Türkei.

**Eva Bulling-Schröter:** Das ist für mich Ausdruck einer unvorstellbaren Ignoranz, die gerade aus christlichem Standpunkt heraus völlig unhaltbar ist. Amnesty International und andere haben genügend Beweise vorgelegt, daß kurdische Dörfer systematisch dem Erdboden gleichgemacht werden — mittlerweile über 1400, daß sich kurdische Flüchtlinge in unmenschlicher Lage befinden. Solange sich die Lage in der Türkei nicht ändert, muß ein uneingeschränktes Bleiberecht für verfolgte Kurden bestehen.

**Frage:** Welche Chancen siehst Du für eine Lösung der kurdischen Frage?

**Eva Bulling-Schröter:** Eine Lösung ist nur auf friedlichem Weg möglich, durch ernsthafte Verhandlungen. Dafür müßte von der Weltöffentlichkeit, auch hier von der BRD aus, Druck gemacht werden.

**Frage:** Die PKK tritt für eine politische Lösung ein, macht Verhandlungsangebote, aber dagegen steht die Strategie der türkischen Regierung, nicht mit der PKK zu verhandeln.

**Eva Bulling-Schröter:** Mit wem denn sonst? Es kann nur mit der PKK und mit allen wichtigen politischen Kräften, die für die kurdische Sache eintre-

ten, verhandelt werden. Aber stattdessen werden z.B. die Abgeordneten der Demokratiepartei (DEP) inhaftiert und mit dem Todesurteil bedroht. Das war in früheren Jahren auch schon so in der Türkei. Erst wurden die Friedenskomitees verhaftet, ihnen der Prozeß gemacht, dann ihren Rechtsanwälten und schließlich der kritischen Presse.

**Frage:** Wie ist Deine Position zur deutsch-türkischen wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit? Trittst Du für Wirtschaftsboykott und Stopp von Waffenexporten ein?

**Eva Bulling-Schröter:** Die Zusammenarbeit ist von großen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen bestimmt. Mit drei Waffenlieferungen zu je 1,5 Mrd. DM in die Türkei unterstützt die BRD die türkische Militärdiktatur im Rahmen ihrer NATO-Waffenbrüderschaft. Es ist eine Farce und zugleich eine unmenschliche Aussage, wenn dann behauptet wird, daß keine deutschen Waffen gegen die Kurden eingesetzt würden. Ohne die militärische und finanzielle Unterstützung aus der BRD und von der NATO wäre der Krieg gegen die Kurden nicht mehr zu führen. Das deutsche Interesse, die Türkei stabil zu halten, ist sehr groß. Ich trete prinzipiell gegen Rüstungsexporte, gegen staatliche, aber auch gegen Exporte von Waffenkonzernen ein. Letzteres ist schwer durchsetz- und überwachbar, wenn sich die Unternehmen mit ausländischen Konzernen zusammenschließen, wirtschaftliche Sanktionen ebenfalls, denn das deutsche Kapital hat offensichtlich keine Moral und keinen Anstand.

**Frage:** Abschließend noch eine Frage: Wie hältst Du es mit dem Türkei-Tourismus?

**Eva Bulling-Schröter:** Ich würde sehr gerne wieder in die Türkei reisen. Wir haben aber einen Familienbeschuß gefaßt, daß wir, solange der schmutzige Krieg gegen die Kurden andauert, keine Urlaubsreise in die Türkei unternehmen.



## Knallrot e. V. gegründet

Augsburger Manifest für  
lustvolle Aktion von Links

Fünf Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges wird die Welt von blinder Geld- und Machtgier regiert. Der autoritäre Staatssozialismus ist gescheitert, während der westliche Kapitalismus immer größeren Teilen der Welt sein System aufzwingt, immer mehr Menschen zu modernen Sklaven der „freiheitlichen“ Wirtschaft macht und ihrer Existenz- und Lebensgrundlage sowie ihrer kulturellen Identität beraubt. Die grundlegenden Menschheitsprobleme zu lösen, dazu ist die kapitalistische Nicht-Ideologie der sogenannten freien Welt nicht nur nicht in der Lage, sondern wegen ihrer prinzipiell eigennützigen Orientierung auch gar nicht willens.

In Deutschland, wie überall sonst, hat ein großer Teil der jungen Generation keine Chance auf eine gesicherte Zukunft mehr, die bisher als naturgegeben betrachtet wurde. Die wachsende Hoffungslosigkeit der jungen Menschen in diesem Lande befördert widersprüchliche Prozesse: rassistische Unruhen einerseits sowie die Entstehung neuer, sozialer Protestformen andererseits. Die konstruktive Wut der jungen Linken aufzunehmen; dazu sind die traditionellen linken Gruppen in ihrer galoppierenden Verkrustung nicht fähig. Genauso wenig wie vereinzelt auftretende, bürgerInnenfreie BürgerInnenbewegungen der Ex-DDR, die bislang Ansätze

und den ernsthaften Willen zur Durchsetzung gesellschaftlicher Alternativen vermissen lassen.

Die vorhandenen Angebote treiben viele engagement-willige Menschen in die politische Resignation. Das eröffnet aber auch die Chance auf die Bildung von etwas Neuem, Selbstgeschöpftem: die Bildung eines offenen, radikaldemokratischen und basisorientierten Netzwerkes links-alternativer Menschen. Ein solches Netzwerk in Bayern aufzubauen, dazu haben wir uns entschlossen.

Wir wollen mit Mut, Geist, Phantasie und Lust für eine freie, friedliche, sozialistische und selbstbestimmte Zukunft eintreten und über vielfältiges Engagement zu einem solidarischen Gegenentwurf zu Kapitalismus und Staatssozialismus gelangen.

Für ein Wirtschaftssystem, das jedem Menschen überall ein nach seinen Vorstellungen gestaltetes lebenswertes Dasein ermöglicht, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der sogenannten „Dritten Welt“ durch die sogenannte „Erste Welt“ überwindet und das im Einklang steht mit der Umwelt, anstatt sie für die nächsten Generationen unwiederbringlich zu zerstören.

Für eine Gesellschaft, in der sich jeder Mensch nach seinen Vorstellungen und ohne Bevormundung durch einen übermächtigen „Rechts“-Staat entfalten kann und an allen ihn betreffenden Entscheidungsprozessen teilnimmt.

Für eine Gesellschaft, deren oberstes Prinzip radikale, also tief verwurzelte Demokratie und Freiheit und die solidarische Verantwortung jeder und jedes einzelnen für sich und ihr/sein Umfeld ist.

Für eine Gesellschaft, in der die jahrtausendalte Unterdrückung der Frau durch eine auf allen Ebenen durchgesetzte Selbstbestimmung der Frau abgelöst ist.

Für eine Gesellschaft, in der alle gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt und voll eingebunden sind, ob sie nun anders fühlend, anders aussehend, körperlich oder geistig benachteiligt, alt oder jung sind.

Wir sehen uns als Teil der weltweiten Bewegung für Frieden und bekämpfen jede Form von Nationalismus und Militarismus, überzeugt davon, daß nicht Rasse oder Nationalität die Menschen trennen, sondern die Mauern zwischen reich und arm, Freiheit und Unterdrückung.

Gestaltet wird nicht vorrangig in Parlamenten, sondern dort, wo gelebt wird, und da müssen wir hin. Veränderungen finden nicht statt, wo Gesetze gemacht, sondern da, wo sie angewendet werden.

Die Bildung einer Partei streben wir nicht an, stattdessen versuchen wir, inhaltlich auf offene und fortschrittswillige Parteien einzuwirken und deren Einfluß in der Öffentlichkeit zu nutzen. Wir stehen der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) als möglichem Kristallisationspunkt kritisch nahe — auf der Basis gegenseitiger Unabhängigkeit.

Die Anwendung von Gewalt lehnen wir grundsätzlich ab. Unsere Arbeit und unser Denken muß in jeder Situation antirassistisch, antifaschistisch, antipatriarchal und internationalistisch sein.

Unsere Politikvorstellungen entwickeln wir durch thematische Veranstaltungen, Seminare und durch meinungsbildende Öffentlichkeitsarbeit. Unsere Ziele verfolgen wir durch Aktionen zur Durchsetzung konkreter Projekte sowie durch phantasie- und lustvolle Happenings einerseits und durch die effektive Nutzung der vorhandenen Macht-Strukturen sowie Parlamente und Abstimmungen andererseits.

Unsere nach außen formulierten Grundsätze müssen wir als Anspruch im Umgang miteinander vorleben. Das schließt irrationalen, persönlichen Streit, Ausgrenzung, die Dominanz einzelner Führungsfiguren oder Apparatschiks im Netzwerk aus. Der Umgang miteinander muß durch Toleranz, Verständnis, Offenheit, Basisorientierung, Gelassenheit und Solidarität geprägt sein, wenn wir wirklich ein Gegenmodell zur vorherrschenden geistigen Verkrustung entwickeln wollen.

So beschreiben wir, junge Menschen aus ganz Bayern, unser Vorhaben. So wollen wir unsere Ziele erreichen, mit Hartnäckigkeit, Mut und viel Lust.

Für Frieden, Freiheit und Sozialismus.

Die UnterzeichnerInnen:

Stefanie Deason, Dominik Tuleweit, Albert Köstler, Pierre Deason, Anette Franz, Anton (Pinky) Stengler, Roland Schrödl, Karl-Heinz Grad, Gernot Klemm, Marat Tayfun, Peter Balzor